

4. Quartal 1991, 21. Jg., Nr. 4, Einzelheft DM 3,-

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

wub

was uns betrifft



Thema:

500 Jahre Eroberung Lateinamerikas

Im Blickpunkt:

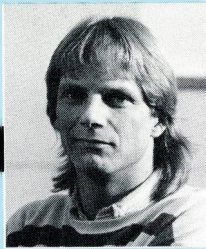
Einweisungsdienst

EXTRA-BEILAGE:
wub-Buchtips

INTERN

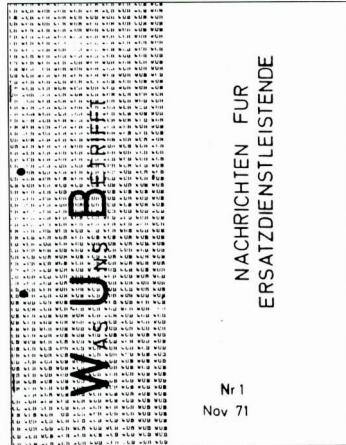
Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 8.11.91



wie versprochen, diesmal am Anfang eine gute Nachricht: wub hat Geburtstag. Aus der Taufe gehoben wurde wub von ein paar engagierten „Ersatzdienstleistenden“ in Stuttgart, die allererste Nummer erschien im November 1971.

D. h., mit dieser Ausgabe hier besteht wub seit exakt 20 Jahren! Ein runder Geburtstag also und Anlaß genug, wie wir meinen, unserer Zeitschrift und ihren LeserInnen etwas Besonderes zu gönnen. Als da hätten wir: Erstens, fürs Auge, im Innenteil ein bißchen mehr Farbe – und zweitens, für die Umwelt, ein neues Papier. Es heißt „Alsaprint“ und ist das Beste, was wir z. Zt. an **Recycling-Papier** finden konnten: hergestellt aus 100 %



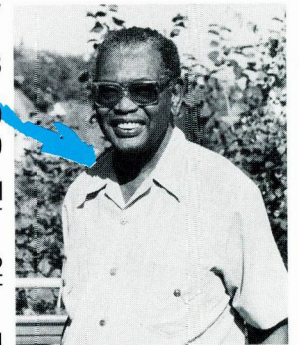
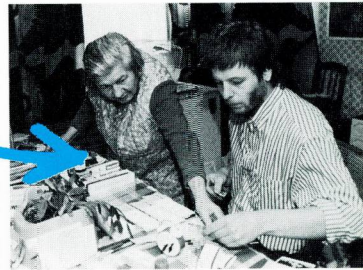
Altpapier und **ohne Chlorbleiche** recycled. Letzteres ist neu. Bislang entstanden bei der Bleichung der Papiere – auch der sog. Umweltschutzpapiere – im Chlorverfahren die gefährlichen, krebserregenden chlorierten Kohlenwasserstoffe (CKWs), die von den Kläranlagen nicht zurückgehalten werden und so in die Flüsse und schließlich in die Nahrungskette gelangen. Die bekanntesten und schlimmsten CKWs sind die Dioxine. Diese Schadstoffe fallen beim neuen Bleichverfahren, in dem mit einer Wasserstoff-Sauerstoff-Verbindung gearbeitet wird, nicht mehr an. Das neue Papier ist zwar immer noch nicht richtig weiß und trotzdem merklich teurer, aber der Beitrag zum Umweltschutz war uns die Mehrkosten wert. Für den wub-Jahrgang 1991 haben wir immerhin knapp 17 Tonnen Papier verbraucht, mehr als 4 Tonnen pro Nummer. Und bei der hier vorliegenden Ausgabe werden's nochmal ein paar hundert Kilo mehr sein. Der Grund dafür ist „Geburtsstagszugabe“ Nummer drei: In die Mitte des Heftes haben wir diesmal eine Extra-Beilage eingeklebt, in der eine Menge Buchtips zu finden sind, zum Verschenken und Sich-schenken-lassen – gerade rechtzeitig zum bevorstehenden Weihnachtsfest. Mitglieder unseres Redaktionsbeirates und wub-Freunde/innen haben eine bunte Mischung interessanter Buchempfehlungen zusammengestellt, vom Sachbuch (Kriegssteuer-Verweigerung) über diverse Romane bis hin zum Mitbringsel für verwandte und bekannte Kinder.

Viel Spaß beim Lesen und allen ein gesegnetes Weihnachtsfest wünscht Euer

Gerd Fiess

INHALT

SEITE 3	3
IM BLICKPUNKT	4
Einweisungsdienst	
PREISRÄTSEL	7
wub-GRAFFITI-SATIRE	8
KONTROVERS	10
Kirchenasyl – eine Christenpflicht?	
RECHT	12
Datenschutz im Zivildienst	
wub-THEMA:	13
500 JAHRE EROBERUNG LATEINAMERIKAS	
wub-Gespräch mit Philip Potter	14
Aus den Berichten von Kolumbus und Las Casas	16
Kreuz oder Schwert – Die Rolle der Christen	17
Internationale Verschuldung – moderner Kolonialismus	18
„Ohne Land können wir nicht leben“ – Von der Vertreibung der Indianer	19
Feiern, Kampagnen, Aktionen, Adressen	20
EINSICHTEN	21
Von Helmut Simon	
UNTERWEGS	22
Kanada	
PORTRAIT	24
Josef Ruf	
KULTURTIPS	25
INFO	26
DIE FRAUEN IN SCHWARZ	27
Preisträgerinnen des Aachener Friedenspreises '91	
BRIEFE	29
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
WUB-ART	32



Titel: H. Psiuk, unter Verwendung des Kupferstichs von de Bry.

wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Gerd Fiess, Stuttgart; Günter Knebel, Bremen; Holger Githorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 24 46 96. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 09) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10.–. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 30. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Gesamtherstellung und Layout: Windhueter, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf, Tel. (071 81) 6 10 76 / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 46 000 / ISSN 0936-6520

Trends

Rekord eins: KDV-Zahlen
101 000 KDV'er gab es im ersten Halbjahr 1991 (45 000 Reservisten/Einberufene und 56 000 Ungediente). Im selben Zeitraum des Vorjahres waren es insgesamt 75 000 KDV'er.

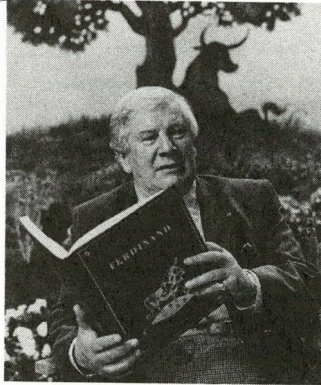
Rekord zwei: Kirchnaustritte
Im Juli '91 verließen doppelt so viele Menschen die katholische und evangelische Kirche wie im gleichen Monat des Vorjahres. Als Grund wird von den meisten die Steuererhöhung

– wegen Golfkrieg und deutscher Vereinigung – zum 1.7. angegeben, die durch den Wegfall der Kirchensteuer wieder ausgeglichen werden können.

Frauen im Kampfeinsatz
Fast 35 000 US-Amerikanerinnen haben am Golfkrieg teilgenommen. Obwohl alle von Frauen ausgeübten Funktionen vom Pentagon als „nicht mit Kampfhandlungen verbunden“ bezeichnet wurden, verloren 11 Frauen ihr Leben.

Fundsachen

Sir Peter Ustinov...
... Schauspieler und „Botschafter“ des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen, hat bemerkt, daß er noch nie auf der Straße um Spenden für Atomwaffen gebeten worden ist. „Offenbar deshalb, weil die Regierungen für Waffen stets genug Geld zur Verfügung haben“, mutmaßt Ustinov in der in Köln erscheinenden Vierteljahrszeitschrift UNICEF-Nachrichten. Andererseits habe man ihn „unzählige Male“ um Spenden für Arme, Kranke, Alte und Kinder gebeten. Der in England geadelte Sir Peter Ustinov dazu: „Es mag der Phantasie jedes einzelnen überlassen sein, sich auf diese Ungereimtheiten einen Vers zu machen.“ (epd)



Peter Ustinov liest aus „Ferdinand“, s. Buchtip-Extra Foto: dpa

Und für die Regierenden muß auch ein Orden her. Vorschlag: Ein Bild des Wirtschaftsministers mit der Unterschrift „Wir lieferten alles, Giftgasfabriken, Raketen und Gasmasken“.

Ulrich Finckh (Pastor), Bremen, in einem Leserbrief in der FR vom 14.8.91

Oder ein „Umweltorden“
Generalmajor a.D. Jürgen Schreiber, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Soldaten, fordert Orden für die Soldaten, die am Rande des Golfkrieges eingesetzt waren (FR vom 26.7.1991 „Zur Person: Jürgen Schreiber“). Den Vorschlag sollte man zu Ende denken. Wie schön wäre ein „Freiheitsorden“: Ein Galgen mit der Inschrift „Schutz für Folterer – Türkeiinsatz 1991“.

Oder ein „Umweltorden“, eine brennende Ölquelle mit der Umschrift „Kuwait soll brennen – Ölkrieg 1991“?

Auch ein „Menschenrechtsorden“ wäre zu überlegen, z. B. sterbende Kinder mit der Umschrift „Recht auf Krieg – Golfkrieg 1991“.

Oder wie wäre es mit einer „Demokratiemedaille“: Bildnis des Ölscheichs von Kuwait und Umschrift „Befreit Kuwait – zurück zur Diktatur!“

Nullrisiko
„Ein Volk, das den Begriff der Macht vergessen hat, das ein Nullrisiko will, wird natürlich auch wehrpflichtige Soldaten hervorbringen, die die Überwindung der ganz natürlichen menschlichen Gefühle wie Angst nicht zu Wege bringen.“
Admiral Dieter Wellershoff, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr

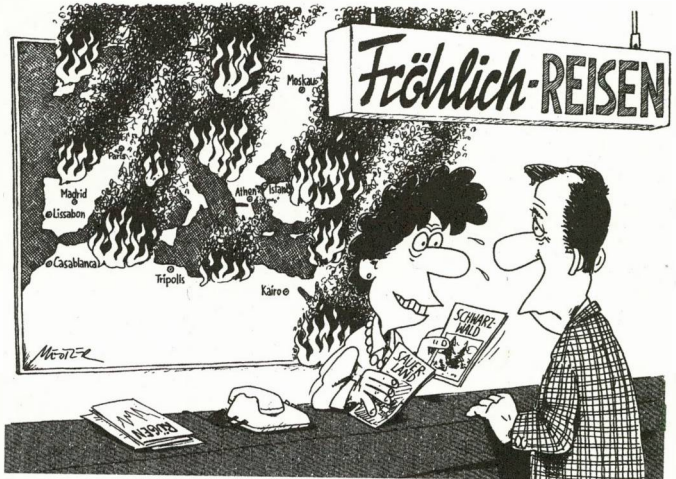
Todesfurcht
„Nach meinen Beobachtungen fürchten und verdrängen Männer den Tod mehr als Frauen. Deshalb auch eignen sie sich besser zum Dienst in der Armee, diesem Männerbund, der den allgemeinen Ernstfall vorbereitet und den persönlichen verdrängen hilft.“
Kurt Marti in „Zärtlichkeit und Schmerz“, Sammlung Luchterhand, 1981.

Nachlex

wub berichtete...
... in Nr. 1/91 über die Umweltgefahren, die vom weltweiten Tourismus ausgehen. Die Umweltschutzorganisation World Wildlife Fund (WWF) hat inzwischen auf den Zusammenhang von Flugverkehr und Treibhauseffekt hingewiesen. Nach einer WWF-Studie dürfte sich die Erwärmung der Erde allein durch den wachsenden Flugverkehr nochmals um 5 bis 40 % steigern. Derzeit nehme die Zahl der Flugpassagiere weltweit um 5 % pro Jahr zu. Etwa ein Viertel des Verbrauchs an Flugtreibstoff entfalle allerdings weltweit auf Militärmaschinen. Gerade in der üblichen Flughöhe von 10 000 bis 12 000 Metern hätten die Abgase besonders starke Auswirkungen auf das Klima der Erde.

... in wub 3/91 über das Thema Abrüstung. Inzwischen wurde bekannt, daß allein die Entsorgung der Munition, die in den ehemaligen Depots der nationalen Volksarmee der

DDR (NVA) lagert, Kosten von rund 1,5 Milliarden DM verursachen wird. Unvorstellbar teuer wird auch die Verschrottung der NVA-Panzer: Bei der Arbeit mit dem Schweißbrenner sind pro Panzer 32 000 Mark zu veranschlagen, macht für alle zu zerlegenden Panzer der Ex-DDR zusammen runde 3 Milliarden Mark. Eine preiswerte Alternative zum Schweißbrenner hat indes eine private Firma vorgeschlagen. Nach Entsorgung aller gefährlichen Flüssigkeiten sollten die Panzer in Beton eingegossen werden. Die Betonblöcke könnten dann z. B. beim Deichbau verwendet werden. Die Firma könnte sich auch ein aus den Betonblöcken aufgerichtetes Mahnmahl vorstellen, mit Gedenktafel: „Hier stehen 10 000 Panzer als Mahnmahl wider die Hochrüstung. Die Kosten betragen zu ihrer Zeit etwa 90 Milliarden Mark, das entsprach dem Wert von rund 900 000 Wohnungen.“



Wer die wub-Ausgabe mit dem Schwerpunktthema „Tourismus“ noch haben möchte, der kann sie gegen DM 0,80 in Briefmarken bei der Redaktion bestellen. Zeichnung: Mester

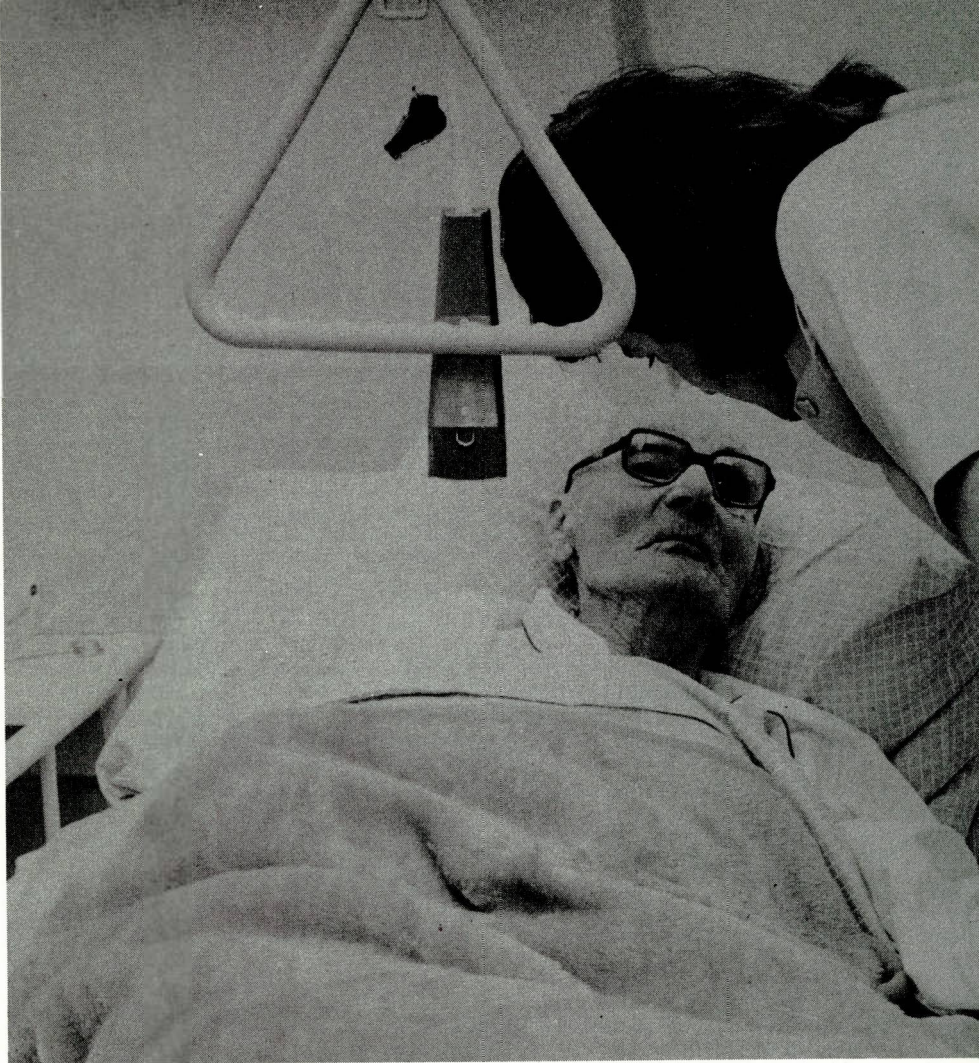
Zahlen

Atomtests
Der siebte Atomtest der USA in diesem Jahr wurde am 19. Oktober auf dem Testgelände in Nevada gezündet. Die Atomladung hatte eine Sprengkraft von 120 Kilotonnen (Hiroshima: 13 kt) und fand in 300 m Tiefe statt. Nachdem Frankreich in diesem Jahr 6 Tests durchgeführt hat, erhöht sich die Gesamtzahl für 1991 auf 13 Atomtests. Seit 1945 fanden insgesamt 1 851 Tests statt. Einen sofortigen

Stopp aller Atomtests und eine Untersuchung über die Folgen für Mensch und Umwelt hatte anlässlich des Hiroshima-Tages (6.8.) die Vereinigung „Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges“, IPPNW, gefordert. Nach Berechnungen eines IPPNW-Expertenteams werden bis Ende dieses Jahrhunderts rund 430 000 Menschen an den Folgen der bisherigen Atomwaffentests weltweit sterben.



„Den Dienstleistenden darf die Tätigkeit, für die sie vorgesehen sind, erst nach Beendigung des Einweisungsdienstes übertragen werden.“ Seit dem 30.6.89 entspringt diese Formulierung nicht mehr nur den frommen Wünschen der Betroffenen: wortwörtlich steht es endlich so im Zivildienstgesetz – und dieses gilt bekanntlich für alle ZDL. Aber es sieht ganz so aus, als wäre der Paragraph 25b, ZDG, das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist: Nur jeder zweite Zivi, so ergaben unsere Recherchen, wird heute über diesen gesetzlich geforderten Weg auch tatsächlich auf seinen Job vorbereitet. Die andere Hälfte startet nach wie vor mit dem berühmten Sprung ins kalte Wasser, wird überhaupt nicht oder nur sehr schlecht präpariert auf alte, kranke oder behinderte Menschen losgelassen. Ein Skandal war dieser Zustand schon immer, aber seit mehr als zwei Jahren widerspricht er auch eindeutig den gesetzlichen Bestimmungen. Arbeitet die Hälfte der Zivis demnach illegal? Ein Bericht mit ersten Umfrageergebnissen von Wolfgang Overkamp *



Dezember 1988: Im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit des Deutschen Bundestages findet eine Anhörung zur Situation im Zivildienst statt. Übereinstimmend wird festgestellt, daß politischer Handlungsbedarf besteht, um die Einweisung und Vorbereitung der ZDL auf ihren Dienst zu verbessern. Und tatsächlich wird schon ein halbes Jahr später der neue Paragraph 25b, der den Einweisungsdienst festschreibt, ins Zivildienstgesetz (ZDG) aufgenommen.

Ausführungsbestimmungen wurden im Nov. 89 nachgeliefert (s. Kasten). Das alles sorgt bei den Wohlfahrtsverbänden für Unruhe. Bei Gesprächen zwischen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG) und dem Ministerium wurde deutlich, daß es seitens der Verbände starke Anstrengungen gab, das Gesetz zu unterlaufen. Und erste Befragungen von ZDL, die an Rüstzeiten der Evang. Kirche von Westfalen (EKvW) teilnahmen, ergaben tatsächlich auch ein recht düsteres Bild:

– Nicht wenige Dienststellen ignorierten dieses Gesetz völlig, bisweilen war dort noch nicht einmal der Begriff bekannt.

– Vertrauensleute der Zivis berichteten, in der Praxis gebe es den Einweisungsdienst (EWD) so gut wie nicht. Häufig sei die Anfrage der ZDL Anlaß für die erstaunte Rückfrage seitens der Dienststelle: „Einweisungsdienst? Was soll das denn sein?“

– Auf Nachfrage bei Wohlfahrtsverbänden in Westfalen gab es die Antwort, EWD „passiere vor Ort“ und laufe schon „irgendwie“, bzw. man sei „gerade dabei, ein Konzept zu entwickeln“.

Wir wollten der Sache weiter auf den Grund gehen. Eine groß angelegte Repräsentativumfrage konnten wir allerdings nicht leisten. So haben wir mit unseren bescheidenen Mitteln einen Fragebogen erstellt, mit dem wir ZDL auf

Rüstzeiten der EKvW befragten. Außerdem baten wir Zivis, ihre Erfahrungen schriftlich zu fixieren. Das Ergebnis der Befragung ist im folgenden statistisch festgehalten. Dazu ein Wort noch vorweg: Trotz der relativ geringen Zahl der Befragten läßt sich die These aufstellen, daß die Aussagen repräsentativen Charakter haben. Berichte von Vertrauensleuten aus dem gesamten (alten) Bundesgebiet, die in den letzten 1 1/2 Jahren auf V-Leute-Rüstzeiten der EKvW anwesend waren, ergaben ein mit den Aussagen der Statistik übereinstimmendes Bild.



„Einweisungsdienst? Was ist das denn?“

Fotos: J. Trautner

Zentrale Aussagen der Statistik

Befragte ZDL im Pflege-/Betreuungsbereich: 53

EWD hat stattgefunden bei 26 ZDL (49 %)

EWD hat nicht stattgefunden bei 27 ZDL (51 %)

Bei den 49 % der ZDL, die einen EWD mitgemacht haben, existiert nur bei 46 % ein schriftlicher Nachweis darüber.

Bei der Dauer des EWD ist festzustellen, daß lediglich in 34 % der Fälle (9 ZDL) die vorgeschriebene Zeit von 4 Wochen eingehalten worden ist. (1–5 Tage machte einen Anteil von 42 % (11 ZDL) aus.) 2 Wochen sind noch 11,5 % (3 ZDL) eingewiesen worden.

Die Einweisung vor Ort passierte erfreulicherweise zu 80 % durch „Fachkräfte“ und zu 20 % durch ZDL (immer unter der Prämisse, daß nur 49 % einen EWD erleben durften). Den Einweisungsdienst als hilfreich und ausreichend haben 46 % (ZDL) bewertet. Als wenig oder nicht hilfreich haben 50 % der ZDL den EWD erlebt.

Auf die Frage, ob es ein Begleitkonzept in der ZDS gibt, folgende Antwortskala:

In 43 % der Stellen gibt es ein Begleitangebot

In 47 % der Stellen gibt es kein Angebot

In 10 % gab es keine Antwort zu der Frage

Bei der Analyse der Befragung wird also deutlich:

– Knapp die Hälfte der Befragten hat überhaupt an einem Einweisungsdienst teilgenommen.

– Nur bei einem Sechstel der Befragten wird ein Einweisungsdienst in der konkret vorgeschriebenen Dauer durchgeführt.

Das Interesse der Dienststellen an der Einhaltung und Umsetzung des Einweisungsdienstes ist insgesamt sehr gering. Immer noch, fast zwei Jahre nach seiner Einführung, spielt der EWD bei der Arbeit mit ZDL an vielen Dienst-



Zivi beim Austeilen von Medikamenten: Darf er das? Muß er es tun, wenn es verlangt wird? Ein Einweisungsdienst könnte auch hier Klarheit schaffen.

Foto: W. Schulz

§ 25 b, Zivildienstgesetz: Einweisungsdienst

(1) Die Dienstleistenden werden zu Beginn ihres Dienstes außerdem in ihrer Beschäftigungsstelle in die Tätigkeit, für die sie vorgesehen sind, eingewiesen (Einweisungsdienst). Im Einweisungsdienst sind den Dienstleistenden die Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, die sie für die vorgesehene Tätigkeit benötigen; dabei ist zu berücksichtigen, ob die Dienstleistenden an einem Einführungsdienst nach § 25 a Abs. 1 Nr. 3 bereits teilgenommen haben oder noch teilnehmen werden. Die Dauer des Einweisungsdienstes richtet sich nach der Art der Tätigkeit und der Vorbildung der Dienstleistenden; bei pflegenden und betreuenden Tätigkeiten beträgt sie in der Regel mindestens vier Wochen. Den Dienstleistenden darf die Tätigkeit, für die sie vorgesehen sind, erst nach Beendigung des Einweisungsdienstes übertragen werden.

„Es muß auch ohne laufen!“

Hier nun einige Beispiele von Aussagen betroffener ZDL:

ZDL im Behindertenbereich: „Auf die Frage an meine Dienststelle nach den Gründen für Ausfall des EWD hieß es, ich würde auch so den Tätigkeitsbereich kennenlernen können.“

ZDL in Übergangwohnheim: „Man sagte mir einfach: Es muß auch ohne laufen!“

MSHD Zivi: „Mir wurde mitgeteilt, daß nicht jeder an einem Einweisungsdienst teilnehmen müsse.“

ISB-Stelle: „Keiner in meiner Dienststelle wußte zu Beginn über den Fall des von mir zu betreuenden Schlaganfallgelähmten Patienten Bescheid, außer durch meine Berichte... Der erste Besuch der Krankenschwester fand 4-5 Monate nach Beginn statt.“

Altenheim, Pflegestation: „Der Einweisungsdienst ist aufgrund des Einsatzes meiner Mitarbeiter in der Form durchgeführt worden, daß ich alles Notwendige erlernt habe. Daß ein Einweisungsdienst zu erfolgen hat, erfuhren die Mitarbeiter erst, als sie den Nachweis unterschreiben 'mußten', daß der EWD durchgeführt wurde. Auch Inhalte waren nicht bekannt...“

ZDL in Behindertenbetreuung: „Die Einführung in die Arbeit beruhte zumeist auf Eigeninitiative. Als ZDL mußt du dich da selbst danach erkundigen, welche Aufgaben du hast usw.“

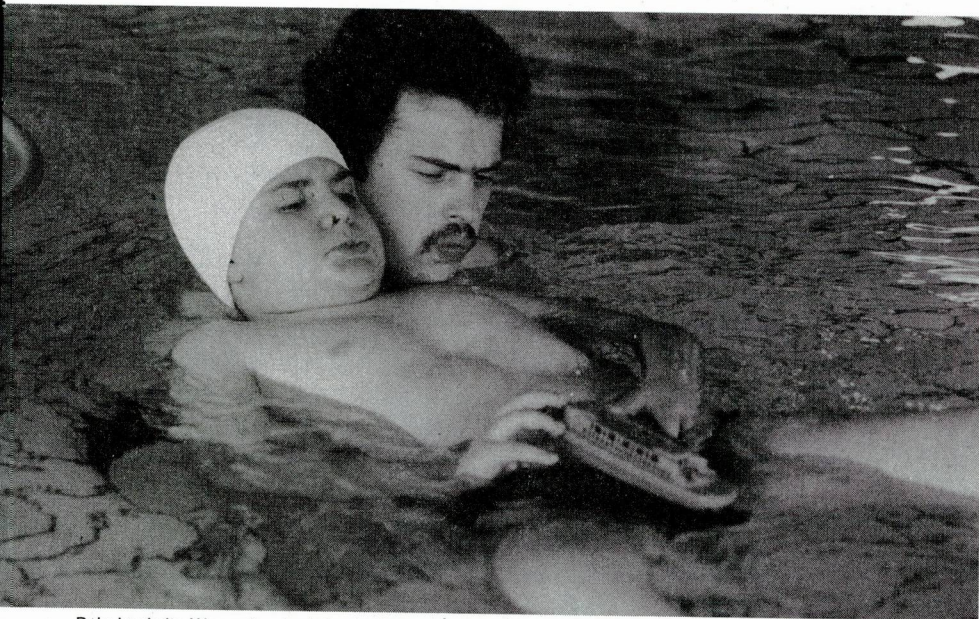
ZDL in Sonderschule: „Es gab keine Begründung für den Ausfall des EWD. Im Nachhinein stellte sich heraus, daß es für genügend befunden wurde, daß ich die ersten drei Wochen z. T. mit meinem Vorgänger gearbeitet habe.“

Welche wesentlichen Inhalte wurden im EWD vermittelt?

ZDL im MSHD: „Putzen, Autofahren...“

ZDL in Altenpflege: „So gut wie keine Inhalte, mehr äußere Dinge, z. B. Dienstzeiten oder: Hier ist dein Büro, das sind deine Kollegen...“

ZDL im Jugendheim: „LKW-fahren, kopieren, Cappuchino machen, Geschirrspüler bedienen...“



„Rein ins kalte Wasser“ – Auch in der Betreuung behinderter Kinder müssen sich viele ZDL alleine zurecht finden.

stellen überhaupt keine Rolle. Vorrangiges Interesse besteht weiterhin an einem raschen und effektiven Einsatz der Zivis, frei nach dem Motto: „Unser Zivi ist zum Arbeiten da!“ Auch im kirchlich-diakonischen Bereich bestehen diese Probleme. Kirchlicherseits formulierte Ansprüche, wie sie z. B. in der Handreichung der EKvW oder den „Leitlinien zum sozialen Friedensdienst“ formuliert sind, stoßen immer wieder an Grenzen. Nach den letzten Berichten der kirchlich-diakonischen Bildungseinrichtung „Haus Husen“, ergab sich bei der Befragung von ZDL in einem Einführungslehrgang im Sep-

tember '91, daß nur ca. 1/3 der Teilnehmer an einem EWD teilgenommen haben.

Auf Konferenzen der EWD-Beauftragten im kirchl.-diakonischen Bereich wird deutlich, daß die Arbeit der EWD-Beauftragten, die bis jetzt eingesetzt worden sind, häufiger durch Einwände der Dienststellen unterlaufen wird. Die Stimmung ist eher frustrierend als ermutigend.

Im Konflikt zwischen Pädagogik, Ethik, Moral gegen Ökonomie sind die Prioritäten klar. Sicher gibt es Ausnahmen, aber es sind eben die Ausnahmen.

Seitens offizieller Stellen (BAZ, Ministerium) ist kein erkennbarer Wille sichtbar geworden, hier etwas zu verändern. Es existiert keine Weisung an die Regionalbetreuer in den Dienststellen den EWD-Nachweis der neuen ZDL zu kontrollieren. Ja selbst auf Nachfragen und Beschwerden seitens einzelner ZDL wird nur sehr zögerlich und unentschlossen gehandelt. Zitat: „Die Richtlinien sind zunächst für ein Jahr in Kraft gesetzt und sollen im Herbst '90 in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden hinsichtlich der vorliegenden Erfahrungen überprüft werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sehe ich es als nicht hilfreich und zweckmäßig an, auf den Caritas-Verband der Stadt X besonders einzuwirken, zumal er auf die Beachtung der Vorschriften hingewiesen worden ist.“ (Zitat aus Antwortbrief Direktor Krep, BAZ, an beschwerdestellenden ZDL)

Kontrolle wäre möglich

Mit der Einfügung des § 25 a hat hier der Staat zum ersten Mal ein Terrain betreten, das er sonst sorgfältig gemieden hat. Hier ist ein staatliches Eingreifen in inhaltliche Belange des Zivildienstes möglich geworden.

Durch die Kontrolle des EWD-Nachweises wäre ersichtlich, welche Tätigkeiten ZDL in ihrem Dienstalltag zu verrichten hätten. ZDL, die nicht entsprechend ihres Einberufungsbescheides eingesetzt werden, wären sehr leicht herauszufiltern. Ebenso ZDL, die Aufgaben übernehmen, die sie laut Leitfaden nicht verrichten dürfen. Das setzt eine Menge Ängste frei und stößt auf politische Widerstände der Wohlfahrtsverbände.

Zudem entsteht hier ein neuer Kostenfaktor für die Dienststellen, der die bisher so preiswerte Arbeit der ZDL teurer macht. Fachkräfte müssen für die Aufgaben freigestellt werden, EWD-Beauftragte möglichst neu eingestellt werden. Einige Krankenhäuser haben auf die veränderte Situation reagiert und den Beschluß gefaßt, keine ZDL mehr einzustellen.

Im EWD liegt endlich die Chance, einen Zivildienst durchzuführen, der nicht zu einer per-



„Das läuft schon irgendwie...“ Foto: A. Emmerling

manenten Überforderung, insbesondere in Pflegebereichen, führt, sondern den ZDL klar aufzuzeigen kann, was sie in ihrem Dienstalltag zu leisten haben, wo ihre Grenzen sind und Ihnen eine eindeutige Stellenbeschreibung an die Hand gibt. Die Chance, diesen Weg weiterzugehen, bietet sich mit der konkreten Umsetzung der Richtlinien zum EWD. ZDL müssen endlich wieder als die zusätzlichen Mitarbeiter gesehen werden, für die die Zivizeit ein soziales Lernfeld ist.

Eine zentrale Forderung muß deshalb sein, diesen EWD so auszustatten, daß eine wirkliche Kontrolle des EWD durchgeführt wird. Es muß von staatlicher Seite eine klare Bereitschaft erkennbar sein, dieses Gesetz auch durchsetzen zu wollen.

Dienststellen, die nicht bereit sind, die im Gesetz und in den Richtlinien beschriebenen Minimalforderungen einzulösen, müssen sanktioniert werden, bis hin zur Aberkennung als Dienststelle.

Die Regionalbetreuer müssen angewiesen werden, hier sowohl eine formale Überprüfung vorzunehmen, als auch durch persönliche Gespräche mit den ZDL festzustellen, was in der Praxis mit dem EWD passiert. ■

Richtlinien für die Durchführung des EWD (Auszüge)

2. Ziel des Einweisungsdienstes

Der Einweisungsdienst ist darauf auszurichten, daß die Dienstleistenden nach dessen Beendigung

- a) über die Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen, die sie für die einzelnen Tätigkeiten im Rahmen des für sie vorgesehenen Einsatzes benötigen,
- b) die bei dem für sie vorgesehenen Einsatz von ihnen im Hinblick auf ihren Kenntnisstand zu beachtenden rechtlichen Möglichkeiten und Beschränkungen kennen.
- c) die unter a) und b) bezeichneten Kenntnisse und Fertigkeiten auch für Tätigkeiten besitzen, die nicht regelmäßig anfallen,
- d) die Organisationsstrukturen der Einrichtung kennen, soweit sie für ihren Dienst Bedeutung haben, insbesondere wissen, wer ihnen Weisungen erteilen darf und an wen sie sich in fachlichen und persönlichen Angelegenheiten wenden können.

3.2. Dauer

Dauer für Dienstleistende im Betreuungs- oder Pflegedienst:

Für Dienstleistende, die für pflegende oder betreuende Tätigkeiten vorgesehen sind, dauert der Einweisungsdienst mindestens 4 Wochen, vorbehaltlich der Ausnahmen der Ziffer 3.4. Er verlängert sich für Dienstleistende, die weder einen fachlichen Einweisungsdienst geleistet haben, noch für einen solchen vorgesehen sind, in erforderlichem Umfang.

3.3. Dauer für Dienstleistende in anderen Diensten:

Für Dienstleistende, die für andere als die unter 3.2. genannten Dienste vorgesehen sind, soll der Einweisungsdienst mindestens 2 Wochen dauern.

EWD-Beauftragter

Die Beschäftigungsstelle hat eine(n) Mitarbeiter(in) zu bestimmen, die/der für die Einweisung der Dienstleistenden der Beschäftigungsstelle verantwortlich ist (Beauftragte(r) für den Einweisungsdienst – EWD-Beauftragte(r)). Mehrere Beschäftigungsstellen können auch eine(n) gemeinsame(n) EWD-Beauftragte(n) bestimmen. Diese Person muß fachlich befähigt sein, dem Dienstleistenden den Inhalt des Einweisungsdienstes zu vermitteln und die Erreichung des Zieles des Einweisungsdienstes festzustellen. Einem Dienstleistenden darf diese Aufgabe nicht übertragen werden.

EWD-Nachweis

Die/der EWD-Beauftragte führt für jeden Dienstleistenden einen Nachweis über den für ihn vorgesehenen Einweisungsdienst sowie dessen Durchführung (EWD-Nachweis). Dafür ist das vorgesehene Muster (Anlage) zu verwenden. Der EWD-Nachweis ist zur Personalhilfsakte des Dienstleistenden zu nehmen. Der Dienstleistende erhält eine Ausfertigung.

Kommentar

Jahrelang hatte man die völlig unzureichende Dienstvorbereitung und -einführung der Zivi-Neulinge öffentlich beklagt, auch Vertreter der großen Wohlfahrtsverbände meldeten sich empört zu Wort. Die Soldaten, so eines der oft geäußerten Argumente, werden schließlich auch nicht einfach in die Panzer gesetzt und losgeschickt, nach dem Motto: Nun fahrt mal schön! Immer wieder wurden die Verantwortlichen in Bonn gefragt: Warum gibt es für Zivis nicht auch so etwas wie eine Grundausbildung?

Im Sommer 89 endlich schien der Gesetzgeber die Klagehlieder satt zu haben: der neue Paragraph 25 b wurde ins Zivildienstgesetz aufgenommen. Er schreibt eine Einlernphase für alle ZDL verbindlich vor und – und eben das ist der springende Punkt – legt die Verantwortung für die Einweisung in die Hände der jeweiligen Beschäftigungsstelle. Und siehe da – seither ist es um das Thema Einweisung wunderbar ruhig geworden. Wenn Heimleiter XY heute noch immer schlecht präparierte Zivis hat, dann kann er sich – vielleicht – bei seinen Stationsleitungen beklagen, aber eben nicht mehr via Presse und Öffentlichkeit beim zuständigen Ministerium. Insofern ist der 25 b ein äußerst geschickter Schachzug aus Bonn – aber leider auch nicht viel mehr, wie unser nebenstehender Bericht zeigt: geändert hat sich nämlich so gut wie nichts.

Ginge es den Verantwortlichen wirklich um den Schutz der Zivis oder der Patienten, dann müßte dieses Gesetz auch durchgesetzt werden, d. h. es müßte Kontrollen vor Ort und notfalls Strafen geben. Dergleichen aber sind bislang nicht bekannt.

Und so kann sich Heimleiter XY weiterhin darauf verlassen, daß man staatlicherseits am Zivildienst hauptsächlich ein Interesse hat: daß er eine ausreichend lästige Alternative zum Wehrdienst abgibt.

Völlig unbeantwortet bleibt allerdings die Frage, warum die Dienststellen selber nicht mehr Engagement beim Praxis-training ihrer ZDL an den Tag legen? Warum Zivis, die sich nach Einweisung erkunden, mit Ausreden und falschen Informationen abgespeist werden und Einrichtungen so tun, als würde sie ausgerechnet die 4wöchige Schmalstspur-Ausbildung ihrer billigsten Mitarbeiter in den finanziellen Ruin treiben? Wer langfristig denkt – und viele Heime haben das ja längst kopiert – dem sind Ausbildung, Betreuung und Begleitung der ZDL gerade besonders wichtig, denn: Wer sich schon als Zivi den „sozialen Frust“ geholt hat, der ist für diesen Arbeitsmarkt ein für alle mal verloren, da helfen dann die flotten Sprüche der teuren Werbekampagnen auch nicht mehr.

Werner Schulz

* Wolfgang Overkamp ist Referent im Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Schwerte.

Infos dazu S. 12		Schiffsführer	Gesetzwerk	süddt. Stadt				Pfropfen beim Faß		Halsentzündung	ital. Verneinung
ital. Liebe			10		Teil des Gesichts	semit. Gotteszeichnung	Vorbild	bocks-gest. Hirten-gott			
Problem der 3-Weit-Länder		Krähen-vogel		Vorname v. Maos Nachfolger				Organ westl. Länder (Abk.)			
							6				Falsch-mel-dung
Schwerbe-hinderter-betreuung (Abk.)						älteres Musik-stück					
	13		rügen							Musik-stil in Jamaika	
Vorfahr							4/91	Tip, Hin-weis			
								Kfz-Kz. Spanien		Produkt aus Oliven	
bask. Unter-gründbe-wegung		Wert-papier						japan. Brett-spiel			Edel-stein (Mz.)
								germ. Wurf-spieß			
Zentral-kommi-tee (Abk.)								Metal (Abk.)			4
								Marder			
Heu-schrek-ke	brit. Frie-densphilo-soph (f)		Kfz-Kz. Lud-wigs-burg	windab-gewand-te Seite	mit Strom geladen	Teil des Beines				9	röm. Erlaß (Mz.)
						Dreh-und Mit-teipunkt					Tierpro-dukt
dem Er-brechen voraus-gehend		7									Desoxy-ribo-nu-klein (Abk.)
ambulan-te Sozial-dienste (Abk.)			Kfz-Kz. Ungarn	karibi-sche In-sel		Flachs-pflanze	UdSSR verzichtet 1 Jahr darauf	Kfz-Kz. Italien			Ureinwoh-ner La-teinameri-ka
				kulturge-schichtl. Epoche			5				Wasser-rinne im Watt
5. Buch-stabe			Musik-stück für 8 Instru-mente								Stamm-vater der Is-raeliten
Science Fiction-Autor		11		brasilianischer Fluß				Blutbahn		12	
erste Frau			Schau-spieler (Mz.)	chem. Symbol für Iridium				Kurz-wort zwei, doppelt			nordfrie-sische Insel
	Kuchen-gewürz		8			Drama von Shake-speare		Blume			1
	wub Kon-tro-vers						2				
	Kummer			Rausch-mittel (Kurz-wort)						nieder-deutsch: kleines Haus	Planet
König bei Shake-speare					Neben-fluß des Rheins			Ordner für Schriftli-ches			
Stein-obst (Ez.)			Körper-teil				14	Augen-blick			Wind-richtung (Abk.)
							3	Wind-richtung (Abk.)		Lebens-ende	
KDVer im Ernstfall (Mz.)											3. Ton der Ton-leiter

wub Rätzel

was uns betrifft

Gesucht: Aufforderung an die Industriestaaten

Die Lösung des wub-Preisrätsels 3/91 lautet: „Entrüestet Euch!“

Die Gewinner der drei ersten Preise sind: Jochen Rapp, Peter Michel, Michael Arendt

Alle GewinnerInnen, auch die der wub-Freiabos (11.-20. Preis), werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen. Auch alle, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen. Lösungssatz auf eine Postkarte schreiben und unter lesbarer Absenderangabe an:

wub-Redaktion – Werner Schulz
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1
schicken.

Einsendeschluß ist der 31.12.1991 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschuß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: Drei LPs oder CDs nach Wahl!!!
2. Preis: Hermann Hesse: Politik des Gewissens (2 Bände, s. Buchtips)
3. bis 10. Preis: je ein Lamuv-Taschenkalender „Frieden '92“
11. bis 20. Preis: je ein wub-Freiabo für ein Jahr.

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Betr. wub:
Anregung/Kritik/Lob:



wub - was uns betrifft - Satire

Nachlese zum wub-Thema der letzten Ausgabe:

„Abrüstung“

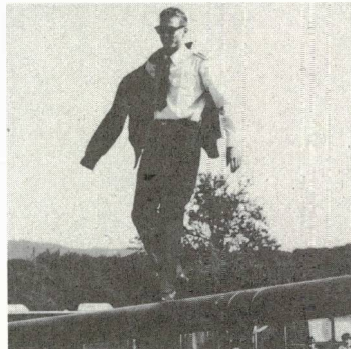
Getreu dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ plant die Luftwaffe der Bundeswehr jetzt die Abrüstung ihres „Allwetter Jagdbombers Tornado“: Die Tragflächen des Düsenjägers sollen schon in naher Zukunft zu Laufstegen für Modeschauen und Striptease-Veranstaltungen umgerüstet werden. Die bislang streng geheime Umrüstungsmaßnahme befindet sich noch in der Probephase. Exklusiv veröffentlicht wub hier die ersten Fotos!

Szenen eines Testlaufs: Der Presseoffizier (der gegenwärtig zum Conférencier umgeschult wird) präsentiert die neuesten „military-fashion“-Kreationen: Hier den aktuellen Gefechtsfeld-Anzug, mit der klassischen Bund-Falte, ...



... der auch bei ungünstigen Körperhaltungen immer eine betont lässige Form bewahrt;

...



... die Ausgeh-Uniform, topaktuell, für besondere und internationale Anlässe; ...

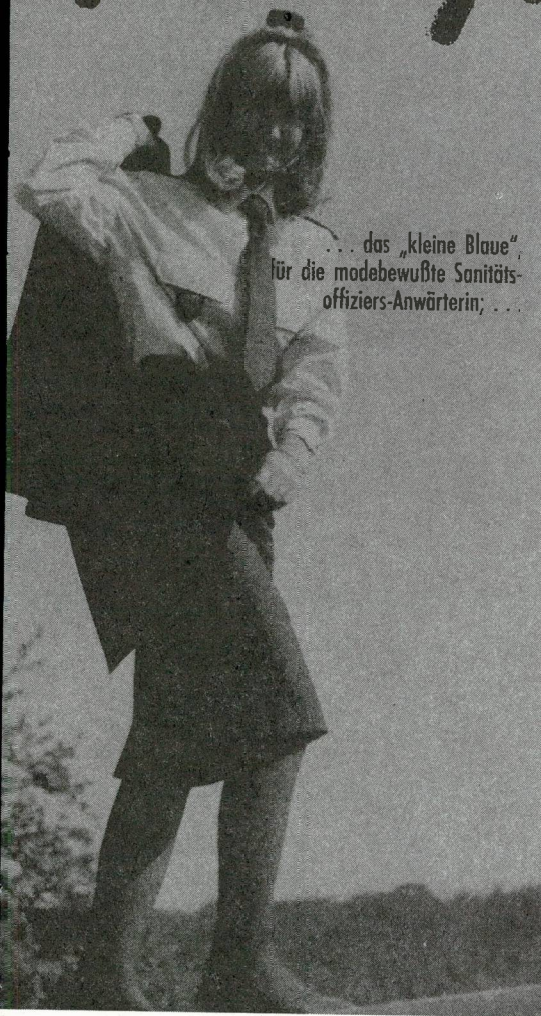


... die S
Kombinat
passender

wub - graffisch - satirisch

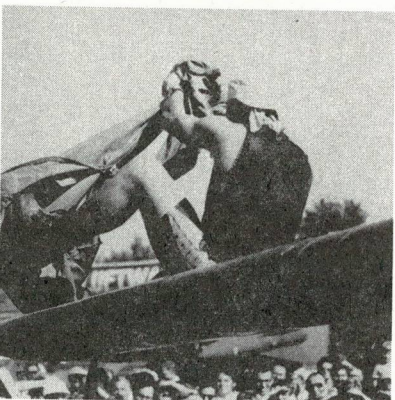
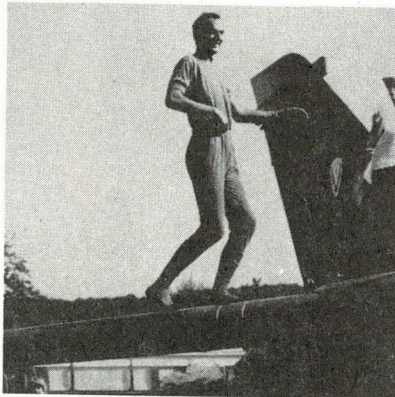
Und was trägt der Zivi im Winter 91/92??

Zwei Modelle der neuen wub-Winterkollektion, entworfen von Matthias Scharpf



... das „kleine Blaue“, für die modebewußte Sanitäts-offiziers-Anwärterin; ...

... Dessous für Ihn: Hier, für die kalte Jahreszeit, ein Body in den aktuellen Tarnfarben; ...



... und als Höhepunkt der Show. ...

... auf der Tragfläche des Tornados: ein heißer Striptease!



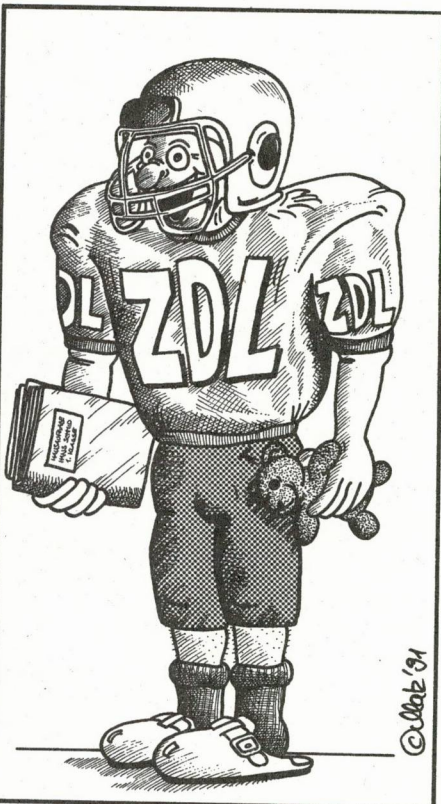
... Nato-Pyjamas, frech und sexy, ...

... Schutz- mit den cessoires; ...

Die Aufnahmen entstanden bei der Bundeswehrausstellung „Unsere Luftwaffe“ am 31.8.91 in Metzingen/Württ. Fotos: W. Schulz



Modell „Utensilo“



Modell „Päda-Secur“

Dürfen Kirchengemeinden abgelehnte AsylbewerberInnen zum Schutz vor der Abschiebung in ihren Räumen verstecken?

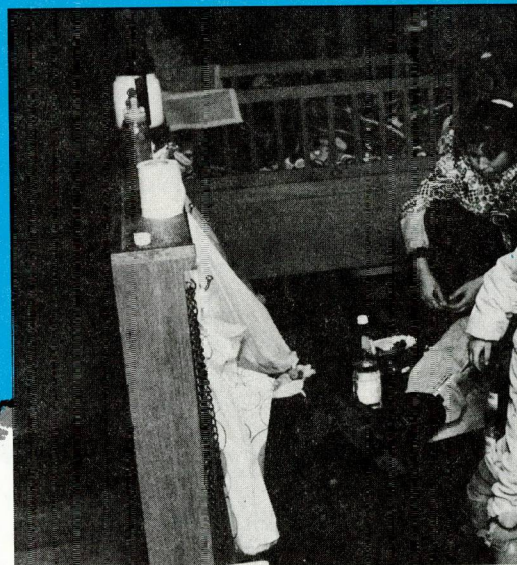
Können sich Flüchtlinge oder von der Ausweisung bedrohte Ausländer rund um die Altäre vor dem Zugriff der Polizei in Sicherheit bringen? Kirchenasyl quasi als allerletztes Mittel?

Der Streit um den rechten Umgang mit den asylsuchenden Menschen macht – im wahren Sinne des Wortes – vor den Kirchenportalen nicht halt. Mehr als 50 Kirchengemeinden oder -Gruppen, so ergaben Recherchen der Zeitschrift „Publik-Forum“ schon im Dezember 1990,

haben sich mindestens einmal an der Gewährung von Kirchenasyl beteiligt. Bei der öffentlichen Bewertung solcher Schritte aber scheiden sich die Geister: Ist das nun praktizierte Nächstenliebe oder billiger Mißbrauch der traditionellen Ehrfurcht (auch der Polizei) vor kirchlichen Gemäuern? Nothilfe und Christenpflicht oder schlicht Rechtsbruch und Kompetenzanmaßung?

Heißer Stoff für wub-Kontrovers. Den beiden Autoren unseren herzlichen Dank.

W. Sch.



Roma in der Tübinger Stiftskirche während der Besetzung zur

Ja – denn „plötzlich stehen Menschen vor der Tür.“

Von Herbert Erchinger *

Es ist von altersher ein Recht der Kirchen- und Tempelbezirke gewesen, Verfolgte aufzunehmen. Der bekannte Psalm 23 („Der Herr ist mein Hirte“) ist nichts anderes als das Dankgebet eines Tempelasyllanten im Alten Testament, der es geschafft hatte, sich am Kultort in Sicherheit zu bringen: „Du bereitest vor mir einen Tisch im Angesicht meiner Feinde ... und ich werde bleiben im Hause des Herrn immerdar.“

Auch heute ist die grundsätzliche Bereitschaft einer Gemeinde, Verfolgte aufzunehmen, vom Evangelium her unabweisbar. Und nach wie vor ist es tief verwurzelt im Bewußtsein vieler Menschen, daß die Polizei in kirchlichen Räumen nichts zu suchen hat. Das Tabu des Heiligen Bezirks wirkt bis in unsere Zeit.

„Menschen, die durchs Raster fallen“

Nun gibt es seitens der Bezirksregierung eine Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber, in der alle nach Niedersachsen kommenden Flüchtlinge erfaßt werden. Diese „ZAST“ liegt am Rande unserer Gemeinde, und es gibt immer wieder Menschen, die dort nicht aufgenommen werden und irgendwie durchs Raster fallen. Keine Gemeinde wird sich danach drängen, Kirchenasyl zu gewähren. Aber plötzlich stehen Menschen vor der Tür, die wirklich nicht mehr wissen, wo sie hin sollen, wie Maria und Josef in Betlehem. Zwei „Fälle“ will ich nennen:

Ein eritreischer Junge von 15 Jahren, mittellos und ohne Papiere von italienischen Schleppern am Hauptbahnhof abge-

setzt, die ZAST nimmt ihn nicht auf, da minderjährig, die Sozialarbeiterin verweist ihn aufs Obdachlosenasyl, wo nackte Gewalt grassiert. Der Junge wurde ausgehungert und verängstigt zu uns gebracht. Es gelang, für ihn einen Internatsplatz in einem christlichen Jugenddorf zu finden.

Schwieriger gestaltet sich die Hilfe für eine kurdische Familie, die jetzt seit 1 1/2 Jahren in unserem Konfirmandenraum wohnt. Rechtskräftig abgelehnter Asylantrag in Bayern, Flucht nach Österreich, Wiedereinreise nach Braunschweig. Die ZAST nimmt nicht auf, Bayern ist zuständig, doch dort droht sofortige Abschiebung. Wo sollen sie hin? Sie sollten eine Woche bei uns bleiben. Jetzt sind es 1 1/2 Jahre. Inzwischen ist ein viertes Kind geboren, das älteste eingeschult, das Bleiberecht erkämpft. (Unter der Bedingung, daß das nicht wieder vorkommt) Nun suchen wir dringend eine Wohnung.

„Ein zeichenhaftes Handeln“

Bei allem Schweren und allen Sorgen ist diese Familie ein Segen für unsere Gemeinde und hat viel Gutes in unserer Arbeit bewirkt, Zuwendung und Verständnis in Kinder- und Konfirmandengruppen, Sensibilisierung vieler Gemeindeglieder für die konkrete Wirklichkeit von Flüchtlingen. Viel spontane Hilfsbereitschaft wurde geweckt und ein ständiger Lernprozeß bewirkt.

Folgende Lehren ziehe ich persönlich:

1. Die Behörden scheuen polizeiliche Zwangsmaßnahmen in kirchlichen Räumen. Dies gibt der Kirche Möglichkeiten, mit denen sie sehr behutsam umgehen sollte.
2. Eine einzige Flüchtlingsfamilie stellt oft ein riesiges Bündel an Problemen dar, wodurch eine Gemeinde vollauf beschäftigt sein kann.
3. Der schwierigste Punkt ist nicht die Er kämpfung des Bleiberechts, sondern die Beschaffung einer Wohnung. Hier kommt auch das Kirchenasyl schnell an harte Grenzen.
4. Kirchenasyl kann nur ein zeichenhaftes Handeln sein. Mir ist schmerzlich be-

wußt, daß hinter einzelnen, denen so geholfen wird, Tausende stehen, denen nicht geholfen wird.

5. Kurzfristiges Kirchenasyl als demonstrativer Akt gegenüber den Behörden finde ich problematisch, wenn dabei Menschen mit ihrem Schicksal instrumentalisiert werden. Wo wir Verantwortung übernehmen, müssen wir sie auch bis zum Ende durchhalten. (Bleiberecht und Wohnung)

6. Es ist wichtig, die Selbstverantwortung der Flüchtlinge zu stärken und sie nicht in innere und äußere Abhängigkeit geraten zu lassen.

* Herbert Erchinger ist Pfarrer in Braunschweig.



Abgewiesene Flüchtlinge – „Menschen die durchs Raster fallen“?

Kirchenasyl – eine Christenpflicht?



Jahreswende 90/91.

Fotos: Graffiti/Joachim Röttgers

Nein zum Kirchenasyl ja zum verantwortungsvollen Dialog

Von Dr. Bernd Steinacher *

Frühjahr 1991 in Tübingen. Sinti und Roma, in der Mehrzahl rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, besetzen die Stiftskirche, die sie erst wieder verlassen wollen, wenn ihnen das Innenministerium Baden-Württemberg zusagt, daß sie nicht in ihre Heimatländer, insbesondere Rumänien und Jugoslawien, abgeschoben werden.

Engagierte Christen streiten für und wider die ethische Pflicht der Kirche, Kirchenasyl zu gewähren. Aber geht es überhaupt um den Schutz vor staatlicher Verfolgung durch Kirchenasyl?

Das bis in die Neuzeit anerkannte Recht der Kirche, Verfolgten Asyl zu gewähren, hat eine lange, im alten Testament wurzelnde Tradition. Wer sich auf ihre legitimierende Kraft beruft, muß gewissenhaft prüfen, ob er tatsächlich in dieser Tradition steht.

Das Alte Testament kennt ganze Städte als Asylorte, aber auch die asylgewährenden Heiligkeit des Altars. Asyl wurde Menschen gewährt, die sich fahrlässiger Tötung schuldig gemacht hatten. Es ging um die Durchsetzung des Schuldprinzips und der Verhältnismäßigkeit der Strafe, also um eine Humanisierung des Strafrechts. Im Mittelalter durfte ein Straftäter, der Kirchenasyl erlangt hatte, auch nach seiner Auslieferung nicht mit der Todesstrafe oder mit Verstümmelung bestraft werden. Es ist nicht zuletzt christlichem und humanistischem Gedankengut zu verdanken, daß dieser Zweck des Kirchenasyls in der Bundesrepublik durch den Staat selbst erfüllt wird. Detaillierte, rechtsstaatliche Regelungen, die streng am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Schuld und Sühne orientiert sind, haben das Kirchenasyl in diesem Sinne entbehrlich gemacht.

Ende des 16. Jahrhunderts verfügte Papst Gregor der XIV die Entscheidungskompetenz der kirchlichen Gerichtsbarkeit in der Frage, für welche Straftaten die Kirche Schutz und Asyl vor staatlicher Strafverfolgung gewähren könne. Vor dem Hintergrund des Streitens, ob kirchliches oder weltliches Recht den Vorrang genießt, wurde mit einer päpstlichen Bulle der Vorrang des Kirchenrechts behauptet. Auch dieser Beweggrund für das Kirchenasyl kann heute keine Geltung mehr haben. Das Grundgesetz und Konkordate zwischen Staat und Kirche haben festgelegt, daß die Kirche grundsätzlich die staatliche Rechtsordnung anerkennen muß. Im Gegenzug freilich erkennt das Grundgesetz die Religionsfreiheit und die Betätigung der Kirchen an. Damit sind jedoch Vorrechte gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen nicht vorhanden.

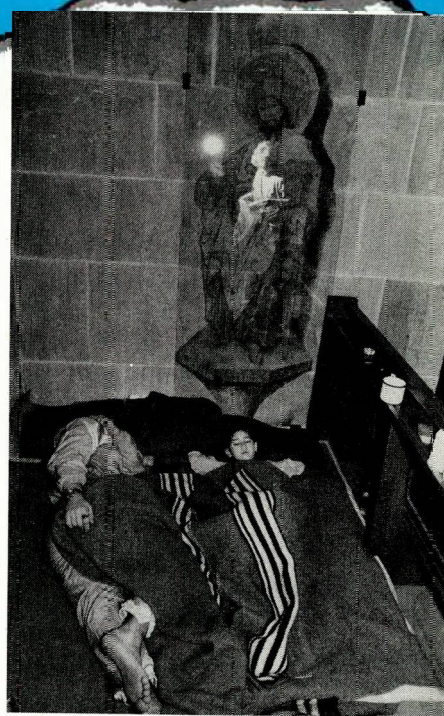
Diese Grenzziehung zwischen staatlicher und kirchlicher Kompetenz wird auch von den beiden großen Kirchen anerkannt.

So hat die katholische Kirche bei der Neufassung des Codex Juris Canonici von 1983 ausdrücklich auf die Festschreibung eines kirchlichen Asylrechts gegenüber dem Staat verzichtet. Gleiches gilt – soweit ersichtlich – für das evangelische Kirchenrecht.

„Jeder Asylbewerber kann den Rechtsweg beschreiten“

War in der Vergangenheit die Mangelhaftigkeit staatlicher Rechtsordnung Begründung für die Gewährung kirchlichen Asyls, so kann dies heute in der Bundesrepublik nicht mehr gelten. Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG gewährt einen umfassenden, einklagbaren Anspruch politisch Verfolgter auf Aufnahme in der Bundesrepublik. Darüber hinaus gewährt das Ausländerrecht unter Einbeziehung der Genfer Flüchtlingskonvention auch für rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber Schutz vor Abschiebung in Krisengebiete, in denen sie Gefahren für Freiheit, Leib und Leben ausgesetzt sind.

Unser Staat gewährt also politisches Asyl und er macht sich die Entscheidung über die Anerkennung eines Menschen als politisch Verfolgter nicht leicht. Jeder Asylbewerber kann den Rechtsweg beschreiten, sowohl um einen Anspruch auf Asyl einzuklagen, als auch um sich gegen behördliche Abschiebungsentscheidungen zu wenden. Unabhängige Richter prüfen sein Anliegen, ihm steht wirksamer einstweiliger Rechtsschutz zur Seite. Auch die gegenwärtig heftig diskutierten Vorschläge zur Beschleunigung von Asylverfahren werden an einer gewissenhaften Prüfung der Asylbegehren nichts ändern. Dies gilt auch und gerade für den Vorschlag, einen Katalog von sogenannten „Nichtverfolgerstaaten“ einzuführen, in denen keine politische Verfolgung stattfindet und für deren Bürger damit von vornherein kein Asylanspruch besteht. Dieser Katalog von Nichtverfolgerstaaten würde bei seiner Einführung einen Konsens der politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik voraussetzen. Gerade den Kirchen mit ihren vielfältigen und weit gespannten Kontakten in der ganzen Welt



Aus Angst vor der Abschiebung besetzten die Roma-Familien die Kirche in Tübingen.

käme bei der Diskussion darüber, ob in einem Staat politische Verfolgung stattfindet oder nicht, eine wichtige Rolle zu.

„Ein Widerstandsrecht gegen Abschiebungsentscheidungen des Staates kann es nicht geben“

Auch ohne Berufung auf das klassische Kirchenasyl bleibt der Auftrag der Kirchen, sich für Bedrängte und Verfolgte einzusetzen. In diesem Auftrag ist die Kirche als Institution und sind die Gläubigen durch das Grundrecht auf Religions- und Gewissensfreiheit geschützt. Dieses Recht umfaßt alle Formen der friedlichen, gewaltlosen Argumentation und des Protestes. Ein Widerstandsrecht im Sinne des Artikel 20 Abs. 4 Grundgesetz gegen Asyl- oder Abschiebungsentscheidungen des Staates kann es dagegen nicht geben. Zu vielfältig sind die Verfahrensgarantien bei Asylentscheidungen, zu gewissenhaft prüfen Beamte und Richter das Für und Wider bei jeder Asylentscheidung.

Freilich können Menschen sich irren. Aus diesem Grund sieht ja unser Grundgesetz Rechtsmittel gegen staatliche Entscheidungen vor. Es ist legitimes Anliegen der Kirche, Asylbewerber im Anerkennungsverfahren zu beraten und zu unterstützen. Wird aber trotz aller Verfahrensgarantien und kirchlichen Engagements ein Asylantrag abgelehnt oder eine Abschiebungsentscheidung bestätigt, besteht kein Raum mehr für Kirchenasyl. Selbstverständlich müssen sich Politiker kirchlicher Kritik an der Asylpolitik verantwortungsvoll stellen. Genauso verantwortungsvoll muß sich aber auch die Kirche verhalten, wenn sie ihre Autorität gegen staatliche Entscheidungen in die Waagschale wirft. ■

* Dr. Bernd Steinacher ist parlamentarischer Berater der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

Der gläserne Zivi – oder der

Von Reinhard Becker

Zeichnung: wub/M. Scharpf

Ein überflüssiges Thema? Wer vom Datenschutz im Zivildienst anfängt, reißt keinen Zivi vom Stuhl. Die einzige Aktivität, die man damit bei ihm hervorlockt, ist in der Regel ein gezieltes Gähnen. Und er befindet sich dabei auch noch in guter Gesellschaft. Denn im Inhaltsverzeichnis des Leitfadens für den ZD ist an entsprechender Stelle statt des Stichworts „Datenschutz“ nur gähnende Leere zu finden. Datenschutz nicht gefragt? Anscheinend nur bei wenigen Spezialisten.

Doch in den Akten und Computern der zuständigen Behörden (Kreiswehrersatzämter, Bundesamt f. den ZD) werden immer wieder endlos Daten über Wehrpflichtige, Kriegsdienstverweigerer und Zivis gesammelt und gespeichert. Wozu eigentlich und was geschieht damit?

Von der Erfassung bis zur Entlassung: Daten

Mit der Erfassung eines Wehrpflichtigen beginnt die Sammelleidenschaft der Wehrbehörden. Die kommunale Meldebehörde gibt Namen, Geburtsdatum, Wohnadresse, Schulausbildung usw., also all die Daten, die sich in der Meldekartei befinden und die außerdem im Erfassungsbogen gemacht werden, an das Kreiswehrersatzamt (KWEA) weiter. Von diesem Zeitpunkt an wird der Wehrpflichtige auch nummeriert, er hat nun eine Personenkennziffer, die ihn sein Staatsdiener-Leben-lang begleitet. Sie zielt seine „Personalakte“, die im KWEA angelegt wird. Wer wissen will, was sich hinter der Kennziffer verbirgt, findet das in dem Heft, das in den **Tips** weiter unten genannt wird.

Bei der nächsten Station, der **Musterung** wird der Datensatz um die „Gesundheitsakte“ vermehrt (Musterungsbescheid, eigene Angaben, Briefe). Dazu kommen noch ärztliche Untersuchungsergebnisse, die allerdings in einem verschlossenen und gekennzeichneten Umschlag verwahrt werden müssen. Sie dürfen – wegen der ärztlichen Schweigepflicht – nur von Ärzten und ärztlichen Mitarbeitern geöffnet werden.

Nun schlummert die Datensammlung tatsächlich, bis der Wehrpflichtige einen KDV-Antrag stellt. Denn jetzt gibt es wieder etwas zu sammeln: Antrag, persönliche ausführliche Begründung, Führungszeugnis usw. Während die „Personalakte“ eines Wehrwilligen bis zu dessen 60. Lebensjahr beim KWEA verbleibt (was kann man von einem Wehrpflicht-Rentner eigentlich noch erhoffen?), so fließt der Datenstrom der KDVer nun in Richtung Köln. Im dortigen BAZ wird nach der Anerkennung als KDVer die „Personalakte“ um eine Zivildienstsparte bereichert. Wenn die Zeit herangereift ist, erteilt den dienstpflichtigen die **Einberu-**



Datenschutz im Zivildienst

fung. Jetzt strömen von vielen Seiten neue Daten heran: Vorschläge für eine Beschäftigungsstelle, Dienstantrittsanzeige mit Antrittsbestätigung, Familienstand, Tätigkeit vor der Einberufung, Rentenversicherungsträger, Krankenversicherung vor ZD, Versicherungsnummer usw. Dann kommt die Einstellungsuntersuchung mit dem zivildienstärztlichen Gutachten, das wiederum in einem verschlossenen Umschlag an das BAZ geschickt wird.

Und nun sind alle Türen offen. 15 Monate lang können je nach Schicksal, Temperament, Zufallslaune, Verhalten des ZDL oder je nach Dienststelle Daten produziert, versandt und abgespeichert werden: Einweisungsdienst, Einführungslahrgang, Krankheit, Sonderurlaub, Umsetzung, Versetzung, erzieherische oder gar disziplinarische Maßnahmen, Dienstzeugnis, Entlassung usw. All dies ist datenwürdig und die Datensammlung schwillt immer weiter an.

Doch auch die Beschäftigungsstelle steht da nicht zurück. Sie legt eine sogenannte Personalhilfsakte an, die bis zum Ende der Dienstzeit bestückt wird. 6 Wochen danach muß sie an das BAZ geschickt werden und rundet so den Datenberg vorläufig nach oben ab.

Da der Ex-Zivi jedoch bis zu seinem 32. Lebensjahr der Zivildienstüberwachung unterliegt, fließen noch jahrelang automatisch die Meldungen über den Weg- oder Zuzug von der kommunalen Meldebehörde über das KWEA an das BAZ (sofern die An-/Abmeldung innerhalb von 8 Tagen geschieht/§ 23, 3+5 ZDG).

Daten-Infos?

Was aber erfährt der KDV/ZDL über Schicksal, Zweck, Aufenthaltsort und Inhalt seiner Daten-Existenz: Ihm wird lediglich von Fall zu Fall Bescheid gesagt: Musterungs-, Anerkennungs-, Einberufungs-, Entlassungsbescheid. Gelegentlich erhält er auch eine Nachricht, so z. B. bei der Abgabe der Akten vom KWEA an das BAZ. Es soll ja Zivis geben, denen das völlig genügt. Dabei ist dies alles doch nur wenig mehr als nichts. Denn was mit seinen Daten geschieht, wo sie überall und wie lange sie gespeichert sind, erfährt der Zivi nicht. Es gibt aber noch keinen Paragraphen im Zivildienstgesetz, der das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einschränkt. Nur: Von Rechten muß man auch Gebrauch machen.

Wem also das Schicksal seiner KDV/ZD-Datenexistenz nicht gleichgültig ist, der muß sich selber darum kümmern. Was wird nicht alles an sehr persönlichen Dingen in der Begründung des KDV-Antrages geschrieben. Wozu muß dies nach der Anerkennung noch gespeichert werden und wen geht das noch etwas an?

Rechte und Möglichkeiten

Vertrauen schenkt man Personen, nicht aber Behörden, schon gar nicht dann, wenn sie Befehlsgewalt ausüben. Sie handeln nur pflichtgemäß, nach Vorschrift und allgemeinem Gesetz. Das aber verlangt Kontrolle!

Im Falle der KDV/ZDL-Daten-Existenz gibt es z. B. folgende Möglichkeiten:

1. Der ZDL hat das Recht, die vollständige Personalakte – also die beim BAZ und die in der Beschäftigungsstelle – einzusehen. Dies gilt auch für die Zeit nach dem Zivildienst. (§ 36 ZDG und Abschn. B 8 Leitf.)
2. Der für das BAZ zuständige Bundesminister hat – auf Drängen des Bundesbeauftragten für den Datenschutz – angeordnet, daß die Unterlagen über die Anerkennung als KDVer nicht bis zum 60. Lebensjahr beim BAZ gelagert bleiben, sondern „nach frühestens 6 Monaten nach Dienstende des Kriegsdienstverweigerers vernichtet werden“. Hier lohnt es sich, ein halbes Jahr nach Dienstende Einsicht in die Personalakte beim BAZ (schriftlich u. formlos) zu beantragen und gegebenenfalls die Löschung der KDV-Unterlagen zu verlangen.
3. Die Arztakten eines ZDL werden ebenfalls beim BAZ bis zum 60. Lebensjahr gelagert. Zugriff zu diesen Akten hat später nur der Ex-ZDL. Dritte Personen wie z. B. ein Arbeitgeber, Versicherungen o. ä. können nur mit schriftlicher Zustimmung des ehemaligen ZDL Einsicht in diese Akte nehmen. Es ist sicher sinnvoll, sich diese Akte rechtzeitig anzusehen, bevor ein evtl. Arbeitgeber Einblick verlangt.
4. Auch die Einsicht in die restlichen Personalakten beim BAZ durch dritte Personen darf nur mit schriftlicher Zustimmung des Betroffenen geschehen.
5. Der § 69 a ZDG schreibt vor, „Eintragungen in Personalakten über Disziplinarmaßnahmen sind nach einem Jahr zu tilgen. ...“. Wer davon betroffen ist, kann nach Ablauf der Jahresfrist seine Personalakte beim BAZ daraufhin überprüfen.

Tips:

- Bei der Einsichtnahme in die Personalakte kann der Betroffene sich Fotokopien von Akteilen machen.
- Ärztliche Befunde und Untersuchungsergebnisse sollten an das BAZ nur in einem verschlossenen Umschlag mit roter Aufschrift „Arzttsache“ auf den Weg gebracht werden.
- Die Broschüre „Datenschutz – Leitfaden für Wehr- und Zivildienstpflichtige“ von Dieter Faßnacht gibt noch nähere Auskünfte zu diesem Thema. Sie ist zu beziehen bei „Deutsche Vereinigung für Datenschutz e. V.“, 5300 Bonn 1, Reuterstr. 44. Hier gibt es auch Auskünfte zu speziellen Fragen.
- Anfragen und Eingaben zum Thema Datenschutz nimmt auch der Bundesbeauftragte für Datenschutz entgegen: 5300 Bonn 2, Stephan-Lochner-Str. 2.

wub-Service

14 Seiten „Was unser Recht betrifft“ (ab wub 2/88) von Reinhard Becker können bei der Redaktion bestellt werden. Die Themen reichen von „Arbeitslosehilfe für Ex-Zivis“ bis „Unterhaltssicherung“, von „Beschwerderecht“ bis „Sonderurlaub“...

Und so – aber nur so! – wird bestellt: Einen adressierten und mit DM 1,40 frankierten Rückumschlag (DIN A5!) einsenden an
wub-Redaktion
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1

500 Jahre

EROWERUNG LATEINAMERIKAS



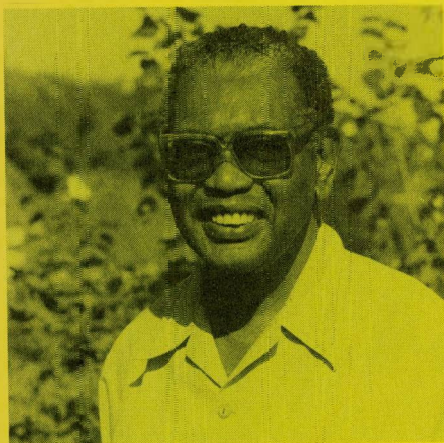
„Ein Mann, der sich Kolumbus nennt, ...“
Am 12. Oktober '92 jährt sich zum 500sten Mal die Landung des Seefahrers Christoph Kolumbus in der Karibik. Vermutlich ist jenes allseits bekannte Kinderlied bei uns noch immer die am weitesten verbreitete Erinnerung an die folgenschweren Ereignisse des Jahres 1492, mag der Text des Liedchens auch noch so blödsinnig sein. Von wegen: „Es trieben ihn die Sorgen schwer, er suchte neues Land im Meer“. Was Cristóbal Colón, wie er wirklich hieß, in „Indien“ gesucht hat, war nichts anderes als „der Ort, wo das Gold wächst“. Und Gold, Geld, Macht und Einfluß für die spanische Krone und später auch für die anderen Königshäuser Europas haben er und seine Nachfolger ja schließlich auch gefunden, aber: Zu welchem Preis? Abermillionen Menschen in Lateinamerika haben die „Entdeckung“ ihrer Welt durch die christlichen Europäer mit dem Leben bezahlt. Neunzig Prozent der Eingeborenen wurden während dieses größten Genozids in der Menschengeschichte ausgerottet. „Widdewiddewitt, bum, bum...“

Während die Öffnung der Adern Lateinamerikas (E. Galeano) nun bald 500 Jahre zurückliegt, ist ein Stillstand des wirtschaftlichen und kulturellen Ausblutens nirgends in Sicht: Die lateinamerikanischen Staaten drohen unter der Last ihrer Auslandsschulden buchstäblich erdrückt zu werden, die internationale Verschuldung wurde zur modernen Form des Kolonialismus. Millionen Menschen führen in Lateinamerika einen täglichen Kampf ums Überleben, nicht nur in den Elendsvierteln der großen Städte. Die Indianergemeinschaften werden auch in den entlegenen Gebieten von den Militärs und Großgrundbesitzern vertrieben und regelrecht ausgehungert...

„500 Jahre Eroberung Lateinamerikas“ – einen Anlaß für irgendwelche Jubelfeiern gibt es da nicht, wohl aber viele Gründe, die alten Lieder neu zu überdenken. Anregungen dazu auf den folgenden Seiten.

W. Sch.

„Die Brutalität wurde zur Gewohnheit“



**wub-Gespräch mit
Philip Potter, dem
ehemaligen Generalsekretär
des Ökumenischen Rates der
Kirchen**

Philip Potter Foto: W. Schulz

wub: Her Potter, die Antillen-Insel „Dominica“, auf der Sie geboren wurden, die liegt ja gar nicht so weit weg von jener Insel, auf der Kolumbus vor bald 500 Jahren landete. . .

Potter: . . . naja, es sind beinahe 1000 Meilen! Aber während seines zweiten Besuchs, am 3.11.1493, also ein Jahr später, da war Dominica dann die erste Insel, die er fand. . .

wub: . . . und auf dieser Insel sind Sie als kleiner Junge zur Schule gegangen. Was mich wirklich interessiert: Was hat man Ihnen denn damals über jene Zeit erzählt? Mußten Sie in der Schule lernen: 1492, da haben uns endlich die Europäer entdeckt?

Potter: Na, also darüber haben wir ja immer sehr gelacht, das hat uns einfach amüsiert, diese Geschichte von der europäischen „Entdeckung“, denn uns gab es ja schon, wir waren ja da – schon sehr lange vorher. Auf meiner Insel z. B. lebten als Ureinwohner die Kariben.

wub: Und jetzt, 500 Jahre später, feiert man diese „Entdeckung“ noch einmal. Wie denken denn die Menschen in Ihrer Heimat, wie denken Sie selbst über die Ankunft der Europäer in der „neuen Welt“?

Potter: Wir betrachten die „Entdeckung“ des Kolumbus und alles, was sich daraus entwickelte, nicht als etwas besonders Gutes. Im Gegenteil – es war katastrophal. Erstens für die einheimischen Menschen: die Ureinwohner im Norden wurden innerhalb von 25 Jahren völlig ausgerottet. Die Kariben im Süden widerstanden länger, aber sie wurden auch ausgerottet. Außerdem katastrophal war die Art und Weise, wie die Spanier und andere kamen und unser ökologisches Gleichgewicht zerstörten: Auf der Suche nach Gold fällten sie die Bäume, alles was sie finden konnten, um genug Brennholz zu bekommen. Und schließlich: mit absolut grausamen Mitteln brachten sie Afrikaner als Sklaven in die Karibik.

Ich denke, einer der wichtigsten Punkte, an die man sich erinnern sollte, ist, daß 1450 die Kanone erfunden wurde. Das ist doch die wichtigste Sache, wenn es um die Geschichte der 500 Jahre geht: die Tatsache, daß sie schießen konnten – und wir nichts derartiges entgegenzusetzen hatten. Und diese Frage war es ja auch, die die Welt die nächsten 500 Jahre dominieren sollte: Wer hat die größten Schießgewehre?

wub: Also sollte man sagen: „500 Jahre Gewehre in der Karibik“?

Potter: Ich meine: Die Geschichte der 500 Jahre ist nicht einfach die Geschichte der Karibik oder die Zentral- und Südamerikas – es ist die Geschichte Europas.

Und die Brutalität, die sich bei der Zerstörung von Mensch und Natur während der Eroberung breitmachte – vergessen Sie nicht die ökologischen Schädigungen von damals! – diese Brutalität wurde ja schließlich zur Gewohnheit in der europäischen Mentalität. Aber eine Gewohnheit ist nun etwas, das man nicht nur irgendwo in der Ferne zeigt, sondern die zeigt man dann auch zu Hause. Und eine der bedeutendsten Folgen dieser ganzen Einstellung war der Dreißigjährige Krieg, in dem 40 % der gesamten Bevölkerung Europas ausgelöscht wurden. Und das ging weiter, bis Auschwitz.

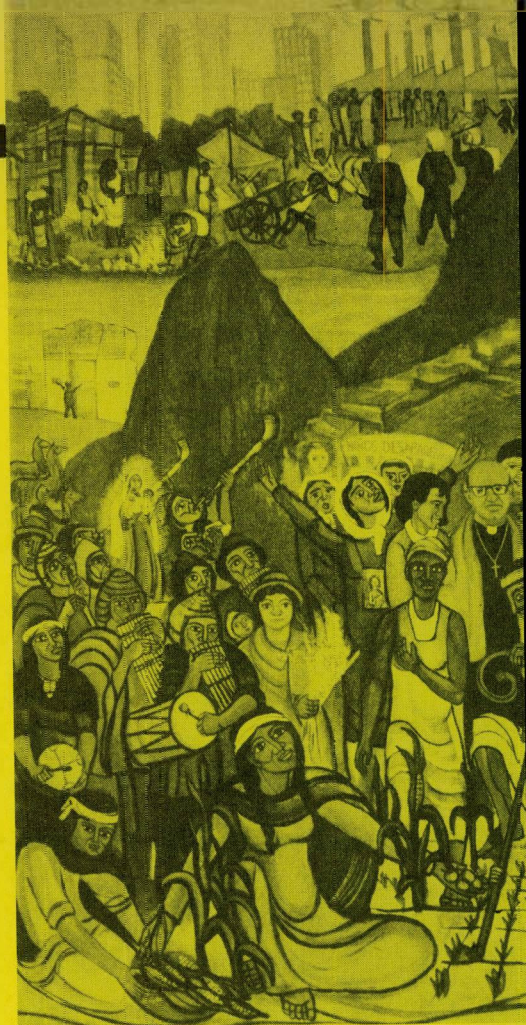
Mein Problem mit Europa ist, daß Europa nie darüber nachgedacht hat, was es in diesen 500 Jahren getan hat. Das wurde weder philosophisch, noch menschlich und auch nicht theologisch aufgearbeitet. Und deshalb ist es noch heute ein Problem, in das wir alle eingeschlossen sind.

Einer der Gründe, warum die Amerikaner jetzt soviel aus der 500-Jahr-Feier machen, ist: Unbewußt sind sie die Nachfolger von Christoph Kolumbus und Co., insofern sie nämlich die Mentalität der Europäer erbt haben, und ihre Idee des „amerikanischen Traumes“ ist die Nachfolgerin des alten europäischen Konzeptes von der „Zivilisierung der Welt“. Ich denke, diese Verknüpfung der Dinge ist sehr bedeutend für die Gegenwart, und deshalb müssen wir darüber nachdenken.

Aber ich möchte noch einen anderen Punkt nennen: 1492 war nicht nur das Jahr, in dem Kolumbus seine außergewöhnlich mutige und dreiste Reise unternahm. 1492 war auch die Zeit, als die Araber aus Spanien hinausgeworfen wurden. Und Kolumbus – in seinen Schriften ist das nachzulesen – dachte an einen neuen Kreuzzug ins sogenannte heilige Land. Und 1492 war auch die Zeit, in der die Inquisition sehr aktiv wurde. Für die jüdischen Menschen war dies die traumatischste geschichtliche Erfahrung vor Auschwitz: Hunderttausende wurden in Spanien getötet oder gezwungen, zum Christentum zu konvertieren, sofern sie nicht rechtzeitig und mit viel Glück flüchten konnten.

All diese Dinge müssen in einem Zusammenhang gesehen werden: 1492 muß im Verhältnis zu dem gesehen werden, was heute im mittleren Osten passiert; 1492 muß in einen Bezug zu Auschwitz gesetzt werden; 1492 muß im Bezug zur gesamten südlichen Welt gesehen werden.

wub: Sie sprachen von der Gewöhnung an die Gewalt, die sich bei den Europäern bis in unsere Zeit breitgemacht hat. Wie ist es denn umgekehrt auf der Seite der Opfer? Gewöhnt



man sich nicht auch daran, zu glauben, daß man eben zu den „Verlierern“ gehört, daß man immer auf der schwächeren Seite steht?

Potter: Nachdem die indianischen Völker ihre Kultur und ihre Gesellschaftsstruktur verloren hatten, wurden sie eine leichte Beute einer relativ kleinen Gruppe von Leuten, die aus Europa kamen. Und das weitete sich aus Richtung Norden, wohin ja eine große Gruppe von Europäern emigrierte, insbesondere nach dem Dreißigjährigen Krieg, und dann taten die den einheimischen Menschen in Nordamerika die gleichen Dinge an. Also: Das alles weißt du – und trotzdem fängst dich diese Art der Mentalität ein. Wir haben bis heute in unserem Teil der Welt, in Lateinamerika, eine Tendenz zu Diktaturen. Sie fragen, was mit uns als den eroberten Menschen passierte? Nun, wir haben verschiedene Wege des Überlebens gefunden. Einer davon ist der pure Wille zu leben. Ein anderer zeigt sich in der Tatsache, daß die indianischen Menschen und die afrikanischen Menschen, zusammen mit den Indern und den Chinesen, die später dazu kamen, speziell auf den Inseln eine neue Art interkulturelle Beziehung geformt haben, einen neuen Menschentyp entstehenließen, der verschiedenen Kulturen entstammt. Und deshalb gibt es bei uns diese Dinge wie Calypso, Reggae. . . ein Lebensstil, der etwas neues ist in der Welt. Wir haben einen Humor entwickelt, Tänze, Lieder usw., die lebensbejahend sind – trotzdem, was wir erlitten haben.

Aber insgesamt ist dies für uns nicht die Zeit der Freude. Ja, wir freuen uns, daß wir leben, wir freuen uns, daß wir als Volk noch immer eine Identität in unserer Heimat haben. Aber eigentlich ist dies für uns eine Zeit, in der wir überdenken sollten, warum wir es uns und unserer herrschenden Kaste erlaubt haben, etwas von der Mentalität der Eroberer zu übernehmen. Darüber müssen wir nachdenken! Wir müssen nachdenken über die Fragen: Was ist Kultur? Was ist überhaupt Zivilisation? Und ei-



Misereor-Hungertuch von Adolfo Perez Esquivel: Der Friedensnobelpreisträger von 1980 schlägt auf seinem Gemälde einen Bogen von den Grausamkeiten der spanischen Eroberer bis in die von politischer Verfolgung und sozialer Ungerechtigkeit geprägte Gegenwart.

Foto: KNA-Bild

gentlich müßten wir die Antworten finden, denn wir sind afrikanisch, indianisch, europäisch, mongolisch... wir sind das alles in uns selbst. Und wir können die Europäer verstehen, manchmal sogar besser als sie sich selbst. Also wenn man uns die Gelegenheit dazu geben würde, dann könnten wir schon demonstrieren, daß das Aufeinandertreffen der Kulturen etwas bereicherndes ist: Wir haben vier Miss Worlds hervorgebracht!!! Wunderschöne Persönlichkeiten, aus verschiedenen Kulturen gemischt, genauso im Sport, in der Musik...

wub: Die katholische Kirche – so hieß es aus Rom – will im nächsten Jahr „500 Jahre Ankunft des Evangeliums“ feiern. Kann man denn das – wenn wir uns die Rolle der Kirchen seit 1492 anschauen – mit gutem Gefühl wirklich tun?

Potter: Nein, das kann man nicht! Es gab nur wenige Priester und Mönche – wie etwa Las Casas – die mit den Menschen arbeiteten. Die große Mehrheit und die Kirche als Ganzes war Teil dieser Eroberung – und das war sie bis heute. Die Rolle der Kirche als Ganzes war nie eindeutig auf der Seite der Menschen. Und soweit die Protestanten betroffen sind, die Anglikaner aus England, die Reformierten aus Holland, die Lutheraner aus Dänemark, die im 17. Jh. dazu kamen, sie alle waren klug genug zu kapieren, daß die christliche Lehre umstürzlerisch war und deshalb eben nichts, wovon die Leute allzuviel verstehen sollten.

Wir entdeckten unser Vertrauen erst wieder, indem wir die Schrift neu gelesen haben – und so entwickelte sich bis heute eine Kirche des Volkes in dieser Region. Wir verstanden unser Leben, in biblischen Worten, als „Befreiung aus Ägypten“, wobei für uns Ägypten also Europa war. Wir verstanden unser Leben als ein Leben in der Wildnis, in der wir noch immer sind. Aber auch in der Wildnis lernten wir etwas über Bundesschlüsse, lernten etwas über den schwierigen Weg, diese verschiedenen Stämme zusam-

menzukriegen, um dem einen Gott zu folgen.

Und natürlich wissen wir, wer Jesus war: Er machte sich zum Sklaven, um uns allen Menschlichkeit zu geben... Für uns ist das Christentum eine sehr lebensnahe Religion. Aber: Das alles wurde uns nicht durch das Verhalten der Missionare vermittelt, von ein paar Ausnahmen abgesehen.

wub: Herr Potter, eine ganz andere Frage: Es ist bekannt, daß Sie Pazifist sind. Können Sie sagen, was den Ausschlag für Ihre pazifistische Überzeugung gab?

Potter: Meine persönliche Geschichte, wie ich Pazifist wurde, die ist sehr einfach erzählt, natürlich kamen die tieferen Überzeugungen später noch hinzu: Für uns war es damals ganz normal, daß man nach Beendigung der Schulzeit zur Armee ging. Es war zwar freiwillig, aber ich ging. Und am ersten Nachmittag, da kam ein Hauptfeldwebel zu uns. Und mit einem Mal fing der an, ganz fürchterlich auf uns einzubrüllen. Ja, und da fühlte ich plötzlich die totale Absurdität dieser ganzen Geschichte – und ich ging da nie wieder hin. Daran anschließend erkannte ich auch die Absurdität jeglichen Krieges, und natürlich lernte ich, daß Kriege Ursachen haben und ich mein Leben diesen Ursachen widmen muß, d. h.: für den Frieden arbeiten. So war das bei mir. Ich habe mich aber nie einer pazifistischen Organisation angeschlossen.

wub: Als Christ gehören Sie ja einer Gemeinschaft an, die – wie ich immer noch meine – mit die größte pazifistische „Organisation“ weltweit sein müßte, denn sie beruft sich auf einen Pazifisten.

Potter: Ja, und dieser Jesus hat ja auch all die Dinge enthüllt, die den Krieg verursachen; er hat die politischen und religiösen Kriegsursachen benannt. Und noch mehr hat er die Liebe betont. Und Liebe ist nicht etwas, das dich zu Eroberungen ermutigt. Die Römer haben ja auch erkannt, daß der, der da die Liebe predig-

te, ein sehr gefährlicher Mann war. Er war aus zwei Gründen gefährlich: Zum einen, weil er die Natur des Systems enthüllte, zum anderen, weil er eine positive Alternative entwickelte. Und das war auch immer meine eigene Überzeugung, so verstand ich meinen eigenen Dienst und das, wofür wir in der ökumenischen Bewegung eingestanden sind.

wub: Wenn Sie, im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung, den europäischen Regierungen einen Rat geben könnten: Was sollten sie in der Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt vorrangig beachten?

Potter: Zuallererst: Wir müssen erkennen, daß wir in einer Welt leben! Wenn sie Europa nehmen: Die meisten Dinge, die das Leben in Europa lebenswert gemacht haben, kommen aus unserem Teil der Welt: Seide, Gold, Gewürze, Baumwolle, Kartoffeln und viele andere Lebensmittel, ... das alles kommt aus Ländern der Dritten Welt. Und dennoch sind sich sehr, sehr wenige Leute darüber bewußt, wie viel sie dem Süden eigentlich verdanken. Und dank der politischen und militärischen Systeme habt ihr auch noch den Preis unserer Produkte bestimmt, während wir das, was ihr uns schickt, auch zu eurem Preis nehmen müssen, ohne Widersprüche...

Mit anderen Worten: Es war immer eine sehr ungleiche Beziehung. Und diese Ungleichheit in der Beziehung wird durch den schnellen Fortschritt der Technologie immer schlimmer.

Wenn wir nicht lernen, aktiv und bewußt in dieser einen Welt zu leben und erkennen, daß der Markt ein wirklich sozialer Markt sein muß, in dem die Bedürfnisse der Menschen den Weg bestimmen, den der Markt einschlägt, dann wird das Ergebnis für uns als menschliche Rasse katastrophal sein. Katastrophal in zweierlei Hinsicht: Erstens werden die industrialisierten Länder immer in Konkurrenz miteinander sein, und in der Vergangenheit führte Konkurrenz immer zum Krieg – und Krieg heute heißt Atomkrieg.

Zweitens: Falls die Menschen im Süden nicht in der Lage sind, ehrbare Produkte herzustellen, dann werden es Dinge sein wie z. B. Drogen, zumal der Westen Drogen braucht, um das „aufregende“ Leben zu erhalten und um andere Dinge zu vergessen. Und: Falls wir weiterhin immer weniger Geld für Gesundheit und Erziehung ausgeben können, wird das Elend zunehmen...

Das alles bedeutet: Wir begehen kollektiven Selbstmord, wenn wir nicht lernen, wie man gerecht miteinander umgeht. Und gerecht im biblischen Sinne bedeutet „teilen“.

Die allernächste Zukunft ist für den Süden sehr schlecht. Aber wenn man in einer Zeitspanne von 50 Jahren denkt, dann kann die Welt sich völlig verändert haben. Es könnte sein, daß sie bis dahin nicht mehr existiert, das ist eine Möglichkeit – und das meine ich nicht als Witz: Wir haben es ganz real in der Hand, diesen Planeten zu zerstören!

Und deshalb: Ob wir genug Menschen hervorbringen werden, die guten Willens sind und Weisheit besitzen, und ob wir die politische Erziehung und den politischen Willen aufbringen, diejenigen Entscheidungen zu treffen, die uns befähigen, auf diesem Planeten Erde auf eine verständnisvolle und gerechte Art miteinander zu leben – das ist die große Frage, vor der wir alle stehen.

wub: Herzlichen Dank, Herr Potter, für dieses Gespräch.

Interview und Übersetzung aus dem Englischen: Werner Schulz



„Sie tragen keine Waffen und kennen sie auch nicht...“

Auszüge aus Tagebuchaufzeichnungen und Briefen des Seefahrers Christoph Columbus

12. Oktober 1492

Um zwei Uhr morgens kam das Land in Sicht, von dem wir etwa acht Seemeilen entfernt waren. (...)

Dort erblickten wir allsogleich nackte Eingeborene. Ich begab mich an Bord eines mit Waffen versehenen Bootes an Land. Dort entfaltete ich die königliche Flagge. (...)

Sofort sammelten sich an jener Stelle zahlreiche Eingeborene der Insel an. In der Erkenntnis, daß es sich um Leute handle, die man weit besser durch Liebe als mit dem Schwert retten und zu unserem Heiligen Glauben bekehren könne, gedachte ich, sie mir zu Freunden zu machen und schenkte also einigen unter ihnen rote Kappen und Halsketten aus Glas und noch andere Kleinigkeiten von geringem Werte, worüber sie sich ungemein erfreut zeigten.

Sie tragen keine Waffen und kennen sie auch nicht, denn ich zeigte ihnen Schwerter, und sie faßten sie an der Schneide und schnitten sich aus Unwissenheit in die Hand. Sie haben kein Eisen; ihre Wurfspieße sind Stäbe ohne Eisen, von denen einige an der Spitze einen Fischzahn haben, andere etwas anderes. ... Sie müssen gewiß gute dienstbare Leute sein und zeigen einen guten Verstand, denn ich sehe, wie sie rasch alles wiederholen, was man ihnen sagte. Ich glaube, daß sie leicht zum Christentum sich bekehren lassen.

„Harmlos, nackt, bereit zu gehorchen“

16. Dezember 1492

Tatsächlich kann ich mit den wenigen Männern meiner Begleitung alle diese Inseln durchstreifen, ohne befürchten zu müssen, daß mir irgendetwas zustoße. Ich habe feststellen können, daß allein drei meiner an Land gegangenen Matrosen nur durch ihr Auftreten einen ganzen Haufen Eingeborener in die Flucht geschlagen hatten, obwohl sie ihnen nichts anzutun beabsichtigten. Sie besitzen keine Waffen, sind unkriegerrisch, harmlos, nackt und so feige, daß tausend von ihnen drei meiner Leute nicht an sich herankommen lassen würden. Dafür sind sie bereit, zu gehorchen, zu arbeiten und alles Nötige zu vollführen.



1498, Brief

„Man könnte von hier im Namen der Heiligen Dreifaltigkeit so viele Sklaven schicken, wie man verkaufen könnte, und dergleichen auch Brasilholz. Wenn die Information, die ich habe, richtig ist, so heißt es, man könnte viertausend Sklaven verkaufen, die mindestens zwanzig Millionen einbringen werden.“

Buchtip:

Aus der Fülle der gegenwärtig aufgelegten Kolumbus-Biografien hier ein Vorschlag: Gianì Granzotto, „Christoph Kolumbus – Eine Biografie“, Rowohlt, 1988, rororo TB, Nr. 12378



„Tausenderlei neue und seltsame Qualen...“

den heutigen Tag tun sie nichts anders, als daß sie dieselben zerfleischen, erwürgen, peinigen, martern, foltern, und sie durch tausenderlei eben so neue als seltsame Qualen, wovon man vorher nie etwas ähnliches sah, hörte oder las, und wovon ich weiter unten einige Beispiele anführen werde, auf die grausamste Art aus der Welt vertilgen. (...)

„Zu Ehren und zur Verherrlichung des Erlösers“ ...

Wir können hier als eine gewisse und wahrhafte Tatsache anführen, daß in obgedachten vierzig Jahren durch das erwähnte tyrannische und teuflische Verfahren der Christen, mehr als zwölf Millionen Männer, Weiber und Kinder auf die ruchloseste und grausamste Art zur Schlachtbank geführt wurden, und wir würden in der Tat nicht irren wenn wir die Anzahl derselben auf fünfzehn Millionen angäben. (...)

Die einzige und wahre Grundursache, warum die Christen eine so ungeheure Menge schuldloser Menschen ermordeten und zugrunde richteten, war bloß diese, daß sie ihr Gold in ihre Gewalt zu bekommen suchten.

Sie wetteten miteinander, wer unter ihnen einen Menschen auf einen Schwertstreich mitten von einander hauen, ihm mit einer Pike den Kopf spalten, oder das Eingeweide aus dem Leibe reißen könne. (...)

Sie machten auch breite Galgen, so, daß die Füße beinahe die Erde berührten, hingen zu Ehren und zur Verherrlichung des Erlösers und der zwölf Apostel je dreizehn und dreizehn Indianer an jedem derselben, legten dann Holz und Feuer darunter, und verbrannten sie alle lebendig. Andern banden, oder wickelten sie dürres Stroh um den Körper, zündeten es an, und verbrannten sie. Andern, die sie bloß deswegen am Leben ließen, hieben sie beide Hände ab, banden sie ihnen an, jagten sie sodann fort, und sagten: gehet hin (wohl zu merken)

mit diesem Sendschreiben, und bringt euern Landsleuten, die sich ins Gebirge geflüchtet haben, etwas Neues! (...)

Alle diese bisher beschriebenen Greuel, und noch unzählige andere, habe ich mit meinen eigenen Augen gesehen.

Zitiert aus: „Las Casas, Bericht von der Verwüstung der Westindischen Länder“, herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger, Insel-Taschenbuch 553, 1981.

Im Jahre 1511:

... Hatuey, der Indianerhüptling in der Guahaba-Region, beging nicht Selbstmord. Er floh mit den Seinen auf einem Kanu von Haiti und tauchte in den Höhlen und Wäldern Ostkubas unter.

Dort zeigte er auf einen Korb Gold und sagte:

– Das ist der Christengott. Seinetwegen verfolgt man uns. Seinetwegen mußten unsere Eltern und Geschwister sterben. Tanzen wir ihm etwas vor! Wenn ihm unser Tanz gefällt, gebietet dieser Gott, daß man uns nicht mißhandelt.

Drei Monate später wird Hatuey ergriffen. Er wird an einen Pfosten gebunden. Bevor das Feuer entfacht wird, das ihn zu Asche und Kohle verbrennen soll, verspricht ihm ein Priester Seligkeit und ewigen Frieden, falls er sich taufen läßt.

– Kommen in diesen Himmel auch die Christen?

– Ja.

Hatuey entscheidet sich für die Hölle, und das Brennholz beginnt zu knistern.

(Aus: Eduardo Galeano, Geburten. Erinnerung an das Feuer 1, Wuppertal 1983, S. 77)



Aus dem Augenzeugenbericht des Dominikanermönchs Batolomé de Las Casas (1474–1566)

„In denjenigen Gegenden, die bis zum Jahre eintausendfünfhundertundeinundvierzig bekannt geworden sind, wimmelte es von lebendigen Geschöpfen, wie in einem Bienenstock. (...) Alle diese unzähligen Menschen von verschiedenem Schloße, schuf Gott einfältig, ohne Falsch und Arg. (...) Sie sind hiernächst sehr arme Leute, besitzen wenig von den Gütern der Erde und trachten auch nicht darnach; deswegen sind sie auch weder stolz noch hoffärtig, noch habgierig. Ihre Nahrung ist von der Art, daß selbst die heiligen Väter in der Wüste nicht späterlicher, armseliger, kümmerlicher gelebt haben mögen. (...)

Unter diese sanften Schafe, die ihr Schöpfer und Urheber mit überwählten Eigenschaften begabte, fuhren die Spanier, sobald sie nur ihr Dasein erfuhren, wie Wölfe, Tiger und Löwen, die mehrere Tage der Hunger quälte. Seit vierzig Jahren haben sie unter ihnen nichts anders getan, und noch bis auf

Von Thomas Uecker *

Als Christoph Kolumbus 1492 statt in Indien auf einer der Bahamas-Inseln landete, war er im Auftrag der katholischen Krone unterwegs auf der Suche nach Finanzierungsmitteln für die endgültige Zurrückeroberung Jerusalems. In Spanien wurde diese „Entdeckung“ als Belohnung Gottes für die Vertreibung der Juden und Moslems angesehen. Der Papst forderte die weltliche Macht auf, den neuen Kontinent zu „unterwerfen und zum katholischen Glauben zu führen“. Die 500jährige Ausplünderung Lateinamerikas konnte beginnen. Sie kostete 100 Millionen Indios das Leben.

Kreuz oder Schwert

Die Rolle von ChristInnen bei der 500jährigen Ausplünderung Lateinamerikas

In der Auseinandersetzung mit der Rolle der Kirche und der christlichen Religion bei der Eroberung Lateinamerikas trifft man auf die verschiedensten Beurteilungen. Drei Grundpositionen lassen sich m. E. unterscheiden:

1. Die Kirche damals hat unbestritten Schuld auf sich geladen. Die Kirchen heute sind anders.

2. Kirche und einzelne Christen waren damals immerhin die einzigen, die der Macht der Eroberer entgegentraten und sich für die Menschen einsetzten.

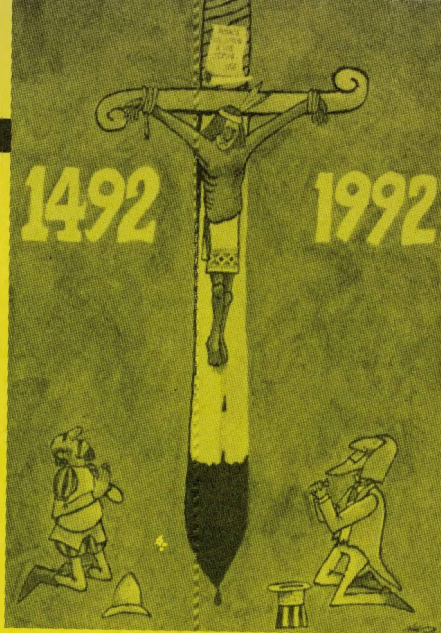
3. Christentum und Kirche disqualifizieren sich heute wie damals durch ihr Handeln. Ihre Botschaft bleibt unglaubwürdig.

Alle drei Positionen beruhen zwar auf richtigen Beobachtungen, greifen aber insgesamt zu kurz. Für eine angemessene Beurteilung der Rolle von Christentum und Kirche ist es wichtig, sich folgendes klar zu machen: Fast durch die gesamte Geschichte des Christentums hindurch, bis heute, wird die christliche Religion in beschämender Weise dazu benutzt, bestehende Herrschaftsstrukturen zu zementieren und die Konzentration von politischer und wirtschaftlicher Macht zu fördern. Mindestens ebenso durchgängig durch die Geschichte allerdings solidarisieren sich aktive christliche Minderheiten und Einzelpersonen mit den Unterdrückten und Machtlosen und widersetzten sich den Strukturen von Ungerechtigkeit.

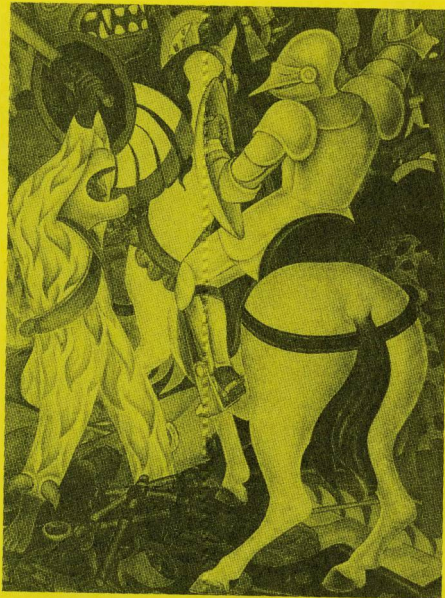
Diese beiden Linien, die der lebensfeindlichen und -zerstörenden Okkupation der christlichen Botschaft einerseits und die der Tradition der Befreiung andererseits, möchte ich an einigen wenigen Punkten der 500jährigen Eroberungsgeschichte Lateinamerikas aufzeigen.

»Kreuz oder Schwert«

Der Krieg gegen die Ureinwohner Amerikas wurde mit der Notwendigkeit ihrer Missionierung begründet und knüpfte somit direkt an die Tradition der Kreuzzüge an. Hier wie dort wurde mit der grundsätzlichen Minderwertigkeit des Anderen und Fremden argumentiert, für das es nur die Alternative Kreuz oder Schwert



Rius, Mexico: »1492–1992«. Beide Motive auf dieser Seite entstammen der Postkartenserie »emancipación e identidad de américa latina«. Die Serie ist erhältlich beim Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90.



Diego Rivera, Mexico: »La Conquista«.

gab. Hinter dem vorgeblichen Motiv der „Christianisierung“ und der Ausbreitung des Glaubens stand jedoch das handfeste Interesse der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung von Adel und Kurie. In Verflechtung mit den aufstrebenden Bankhäusern und kapitalbesitzenden Familien Oberitaliens und Oberdeutschlands begann der Aufstieg der Kirche zu einer der größten Wirtschaftsmächte. Was mit der Eroberung Lateinamerikas begann, war die Entwicklung einer eurozentristischen Weltwirtschaftsstruktur.

Herausragender Vertreter der aktiven kirchlichen Minderheit, die sich für den Schutz und die Verteidigung der Indios einsetzte, war der Dominikanerpriester Bartolomé de Las Casas. Sein Engagement beschränkte sich nicht auf karitative Hilfe an den Leidenden. Unablässig kämpfte er gegen die strukturelle Sünde des Krieges und gegen das Sklavensystem und für die Unabhängigkeit der Indios. Einer der ersten Christen, die ihr Eintreten für die Rechte der Indios mit ihrem Leben bezahlten, war der 1550 von spanischen Soldaten ermordete Bischof Antonio de Valdivieso.

Analog zu den merkantilistischen Handelsgesellschaften gründen die protestantischen Kirchen im 17. Jahrhundert die ersten Missionsgesellschaften. Europa empfängt die Waren und Schätze ferner Königreiche, die anderen den „unvergleichlichen Schatz der christlichen Botschaft“, so stellt sich ein Zeitgenosse die Beziehung zwischen Handel und Missionierung vor. Folge der Mission war fast durchgängig die Zerstörung kultureller und religiöser Identität.

Beispiele christlich motivierten Widerstandes gegen Ausbeutung und Unterdrückung aus dieser Zeit sind die Gemeinschaftsorganisationen der Indianer in Paraguay durch die Jesuiten und die Sklavenbefreiung unter Toussaint Louverture im französischen Saint-Dominique, dem heutigen Haiti. Die Jesuiten wurden vertrieben, Toussaint starb im Kerker.

»Das Selbstbewußtsein wächst«

Machen wir einen Sprung ins 20. Jahrhundert. Die Befreiungsbewegungen der früheren Kolonien haben meist nur die politische, nicht aber die wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht. Da wo sich Kirchenvertreter für die Rechte der Machtlosen und Verfolgten einsetzen, werden sie weiterhin selbst zu Verfolgten – wie der 1980 ermordete Bischof Oscar Romero und die 1989 ermordeten Jesuiten in El Salvador – oder von der Amtskirche sanktioniert, nicht selten beides – wie im Falle des 1991 zum Präsidenten von Haiti gewählten Priesters der Armen, Aristide.

Durch die von den nördlichen Industrienationen produzierten Gesetze des Weltmarktes werden die südlichen Länder in immer größere Abhängigkeiten getrieben. Ansätze zu eigenständiger Entwicklung werden weiterhin verhindert.

Doch das Selbstbewußtsein von Basisgemeinden in der 2/3-Welt wächst. In überwiegendem Maße sind es Frauen, die die strukturellen Zusammenhänge von Ausbeutung, Rassismus und Patriarchismus aufzeigen und Widerstand formieren. Zunehmend werden die globalen Probleme der Menschheit in ihrem Zusammenhang gesehen. Die Einsicht wächst, daß eine wirksame Verbesserung der Situation in den sogenannten Entwicklungsländern nur über eine Veränderung der Strukturen und Bedingungen bei uns erreicht werden kann. Die Großkirchen des Westens hinken mit ihrer vermeintlichen Kompromißhaltung zwar in der Erkenntnis dieser Notwendigkeit den Kirchen in Lateinamerika, Afrika und Asien noch hinterher, doch in immer stärkerem Maße bildet sich eine ökumenische Bewegung, die nicht mehr bereit ist, die Strukturen dieser Welt hinzunehmen. Viele Initiativen nehmen das symbolische Jahr 1992 zum Anlaß, um neue Bündnisse für Gerechtigkeit zu entwickeln. Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) plant Aktionen und Veranstaltungen zum Weltwirtschaftsgipfel in München im Juni 1992. Die Initiative KAIROS EUROPA plant für Juni 1992 in Straßburg ein „Parlament von unten“ aus etwa 1000 VertreterInnen von Selbsthilfe- und Solidaritätsgruppen. „Die militärische, politische und wirtschaftliche Macht ist in sicheren Händen, nicht aber die Herzen und Hirne der Menschen.“ (Ulrich Durchrow)

* Thomas Uecker, selbst Kriegsdienstverweigerer, ist seit 1989 Vikar der Ev. Kirche in Hessen und Nassau und z.Zt. beschäftigt mit entwicklungspolitischer Bildung beim Kirchlichen Entwicklungsdienst.

Von Uwe Hartwig *

Jorge hat schulfrei. Dabei würde er gerne schreiben und rechnen lernen, auch wenn die Aussichten, später in seiner Heimatstadt Lima eine Arbeit zu finden, nahezu hoffnungslos sind. Jorge's Schule ist eine von Tausenden, die die peruanische Regierung vorläufig geschlossen hat – aus Geldmangel. Die Schulschließungen sind ein Teil des Sanierungsprogramms, mit dem die peruanische Regierung die katastrophale wirtschaftliche Lage nach den Vorstellungen der westlichen Gläubiger in den Griff bekommen soll. Peru ist mit über 20 Mrd. US-Dollar gegenüber dem westlichen Ausland verschuldet, das ist das Achtfache der gesamten Exporteinnahmen eines Jahres.

Internationale Verschuldung – moderner Kolonialismus

Peru ist kein Einzelfall. Wenn auch die Bedingungen von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent verschieden sind: die dramatische Verschärfung der Auslandsverschuldung hat fast alle Staaten der Dritten Welt zur gleichen Zeit getroffen. Ihre Hoffnungen, mit den in den 70er Jahren aufgenommenen Krediten ein selbsttragendes wirtschaftliches Wachstum und eine Industrialisierung finanzieren zu können, haben sich nicht erfüllt, aus mehreren Gründen:

Die westlichen Privatbanken hatten die ihnen zugeflossenen Milliarden aus den ölexportierenden Ländern und den Gewinnen der internationalen Konzerne zu günstigen Konditionen an die Regierungen der Dritten Welt verliehen. Die Hochzinspolitik der Reagan-Regierung jedoch, über die die USA Kredite zur Finanzierung ihrer immensen Rüstungsausgaben auf dem Weltmarkt aufnahmen, veränderte für die verschuldeten Staaten der Dritten Welt von heute auf morgen die „Geschäftsbedingungen“. Da ein hoher Teil der Kreditvergaben zu einem flexiblen Zinssatz erfolgte, schnellten die Zinsforderungen um ein Vielfaches in die Höhe, als sich der Zinssatz von 6 auf 18 Prozent verdreifachte. Allein Brasilien kostet eine Erhöhung der Zinsen um einen Prozentpunkt schon 25 % seiner Erlöse aus dem Kaffeeexport.

– Ebenso hart traf die Länder der Dritten Welt der Fall der Rohstoffpreise in den 80er Jahren. Peru z.B. exportiert auch heute noch vorwiegend Rohstoffe wie Silber, Kupfer, Zink, Erdöl und Kaffee sowie Fischprodukte. Um die Importe der im Preis gestiegenen Fertigwaren und Investitionsgüter aus den Industriestaaten bezahlen zu können, müssen die Länder der Dritten Welt immer größere Mengen ihrer Rohstoffe exportieren.

– Dazu kommt, daß die Herrschenden einen Teil der erhaltenen Kredite in Prestigeobjekten anlegten, Geld auf Privatkonten ins Ausland schafften oder zum Ausbau ihres Unterdrückungsapparates verwendeten, indem sie z.B. in der BRD Waffen kauften.

Teufelskreis der Armut

Viele Staaten sind inzwischen in einen Teufelskreis von steigender Verschuldung, sinkenden Rohstoffeinnahmen und galoppierender Inflation geraten. Dabei haben sie die ursprünglich aufgenommenen Kredite in Form von Zinsen längst zurückgezahlt. Seit 1984 überweisen die Regierungen der Dritten Welt mehr Geld an die



Tausende Schulen hat die peruanische Regierung vorläufig geschlossen. Der Grund: die hohen Auslandsschulden. Kinder aus ländlichen Gebieten – wie der Junge auf unserem Foto – haben damit noch schlechtere Chancen, wenigstens Lesen und Schreiben zu lernen.
Foto: Heinemann

reichen Industriestaaten als diese an Krediten, „Entwicklungshilfe“ und sonstigen Zahlungen in die Staaten der Dritten Welt investieren. Doch sobald eine Regierung die fälligen Zinsen, die oft über ein Drittel der gesamten Exporterlöse ausmachen, nicht mehr pünktlich überweist, bekommt sie die ganze Macht der Industriestaaten zu spüren: Kreditstopp, Sperrung der Auslandsguthaben, Handelsboykott. Am Internationalen Währungsfonds (IWF) führt dann kein Weg mehr vorbei. Denn obwohl die Regierungen den größten Teil der Kredite bei Privatbanken und westlichen Regierungen aufgenommen haben, gelten sie dort nur dann als „kreditwürdig“, wenn sie mit dem IWF ein „Übereinkunftsabkommen“ unterschrieben haben. Die darin enthaltenen wirtschaftlichen Auflagen zwingen die Staaten der Dritten Welt zu betriebswirtschaftlich möglicherweise logischen, sozial jedoch verheerenden Maßnahmen. Zum Beispiel:

- ▷ Ausweitung der Exportproduktion von Nahrungsmitteln auf Kosten der Versorgung der einheimischen Bevölkerung. Viele Länder exportieren inzwischen billiges Wintergemüse oder Schnittblumen, müssen aber gegen Devisen teuren Weizen, Milch oder Zucker, die Überschußprodukte aus Europa und den USA, importieren.
- ▷ Verkauf von Staatsbetrieben an (ausländische) Unternehmen, was Massenentlassungen und Preiserhöhungen bei Transport, Strom, Gesundheitsdiensten oder Müllabfuhr bedeutet.
- ▷ Kürzung des Staatshaushaltes, vorwiegend im sozialen Bereich (Streichung von Schulspeisungen und Subventionen, Einführung von Schulgeld, Wegfall staatlicher Gesundheitsvorsorge).

Den IWF gründeten die westlichen Regierungen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als die meisten Staaten der Dritten Welt noch in ihrem Kolonialbesitz waren. Klar, daß die Industriestaaten mit über 60 % der Stimmen über die Mehrheit im IWF verfügen (davon 20 % allein die USA). 122 Staaten der Dritten Welt wurden zusammen gerade 30 % der Stimmen gewährt.

Seit 500 Jahren: Zahlen am Europa

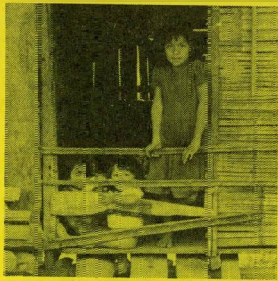
Mit ihrer Politik erhalten die Industriestaaten das koloniale System der sogenannten internationalen Arbeitsteilung (Dritte Welt = Rohstoffzulieferer, Industriestaaten = Fertigwarenhersteller) aufrecht. In Peru hat der neue Präsident Fujimori letztes Jahr damit begonnen, den 43sten IWF-Sanierungsplan innerhalb der letzten zehn Jahre umzusetzen. Bereits 75 % der in Peru hergestellten Fischkonserven waren in den Export gegangen, während die Bevölkerung hungerte. Jetzt hat sich die wirtschaftliche Lage nochmals dramatisch verschlechtert. Schwindelerregende Preissteigerungen für Lebensmittel, die Kürzung der Gesundheitsversorgung und fehlende Trinkwasser- und Abwasser-netze ebneten der Cholera den Weg. Die Bevölkerung kämpft ums nackte Überleben, die Touristen – ein weiterer wichtiger Devisenbringer – bleiben aus, die Bergarbeiter streiken. Die Regierung Fujimori will dieses Jahr trotzdem 500 Millionen Dollar für Zinszahlungen an die westlichen Gläubiger überweisen. Jorge's Schulunterricht wird wohl noch eine zeitlang ausfallen...

Peru hat wie die anderen Staaten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens seit 500 Jahren Gold, Silber, Rohstoffe und Zinsen an Europa gezahlt. Genereller Schuldenerlaß. Reparationszahlungen und die dringend notwendige Neugestaltung des Welthandels könnten diese kolonialen Kontinuitäten beenden. Fordern wir dies von den westlichen Regierungen, Konzernen und Banken!

* Uwe Hartwig ist Mitarbeiter im Informationszentrum Dritte Welt (iz3w) in Freiburg. Das iz3w Freiburg beschäftigt sich seit über 20 Jahren mit entwicklungspolitischen Themen und gibt u.a. die Zeitschrift „blätter des iz3w“ heraus. Kontakt: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg, Tel. (0761) 74003

Buchtipp: Hartwig/Junger: Zum Beispiel Verschuldung; Lamuv-Verlag, Göttingen, 1990

Von
Albrecht
Bühler-
Stysch *



Zum Beispiel Kolumbien:

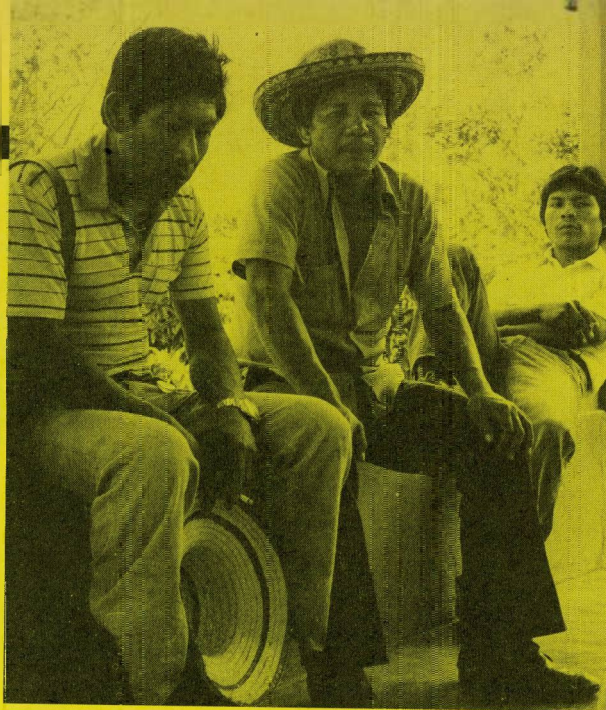
»Ohne Land können wir nicht leben!«

Die drei Arhuaco-Indianer Luis Napoleon Torres, Angel Maria Torres und Hugues Chaparro sind mit dem Bus unterwegs in die Hauptstadt Bogotá. Es ist der 28. November 1990. Sie kommen aus der Sierra Nevada, einem über 5000 Meter hohen Gebirgsmassiv im Nordosten Kolumbiens, wo 12000 IndianerInnen leben. Die Arhuacos sind ein stolzes Volk, dem es gelungen ist, einen großen Teil der alten Traditionen, der Sprache und der indianischen Philosophie durch 500 Jahre Verfolgung und Widerstand zu bewahren. Jetzt fahren die drei nach Bogotá, um die Übergriffe der Armee auf ihre Gemeinschaften anzuprangern. Sie hatten zuletzt noch mit dem Leiter der Indianerbehörde in Valledupar, Alvaro Uribe Onate, darüber gesprochen und mit ihm, der gewiß kein Freund der Indianer ist, gestritten. Als der Bus nach drei Stunden in der Nähe der Ortschaft Curumani eine Pause macht, werden die drei Indianer von vier bewaffneten Uniformierten festgenommen und gezwungen, in einen weißen Toyota einzusteigen. Von diesem Moment an sind sie verschwunden. Die dramatische Suche nach den Verschleppten endet erst am 13. Dezember 1990, als an verschiedenen Orten die toten Körper der drei Indianerführer gefunden werden, gezeichnet von Spuren der Folter.

Ein alltäglicher Fall in Kolumbien, das offiziell ein demokratischer Staat ist, aber im Hintergrund haben die Militärs und Großgrundbesitzer das Sagen. Die Menschenrechtsorganisation CINEP registrierte 1990 2107 politische bzw. vermutlich politische Morde und 217 Entführungen in Kolumbien.

Terror hinter demokratischer Fassade

Die Beteiligung staatlicher Sicherheitskräfte an diesen Verbrechen wurde auch von amnesty international vielfach nachgewiesen, aber die Mörder in Uniform gehen straffrei aus. Schließlich handeln sie im Interesse der mächtigen Familien des Landes, die gleichzeitig die politische Führung in Parlament und Regierung stellen, wenn sie dafür sorgen, daß beispielsweise die ungerechte Landverteilung in Kolumbien aufrechterhalten bleibt: 4 % der Landbesitzer verfügen über 70 % des bebaubaren Landes, 60 % der Bauern müssen sich mit 3,7 % des zumeist weniger fruchtbaren Landes begnügen. 45,6 % der Landbevölkerung ist ohne jeden Grundbesitz.



Wieder und wieder wurden die Indianer von Antioquia aus den fruchtbaren Regionen vertrieben. In der Ausweisung von Reservaten sehen sie heute ihre letzte Hoffnung, um wenigstens das Überleben zu sichern.

500 Jahre nach der Eroberung durch die Spanier beträgt der Anteil der Indianer an der Gesamtbevölkerung in Kolumbien nur noch 2 %.

Fotos: Kolumbiengruppe

Auch heute werden die Indianergemeinschaften vertrieben

Verantwortlich für den Mord an den drei Arhuacos ist, wie sich später herausstellt, der Kommandant des Militärstützpunktes „La Popa“ und Geheimdienstchef des Departements. Mitgewirkt hat auch der Leiter der Indianerbehörde: Er wußte als einziger mit welchem Bus die drei unterwegs waren. Auf der Suche nach einem von der Guerilla entführten Großgrundbesitzer wurden die ohnehin unliebsamen Indianerführer gleich mit beseitigt, weil sie beharrlich für das Recht der Arhuacos auf ihre traditionellen Gebiete gekämpft haben. Weiße Siedler und Großgrundbesitzer hatten sich im Lauf der Zeit die fruchtbarsten Teile des Indianerlandes angeeignet, das nun vorwiegend als extensive Viehweide genutzt wird, während die Indianer immer weiter in die kargen Gebirgsregionen zurückgedrängt wurden.

In Kolumbien gibt es heute über das ganze Land verstreut noch etwa 650000 IndianerInnen, aufgeteilt in 85 Volksgruppen mit jeweils eigener Kultur und Sprache. Bei einer Gesamtbevölkerung von 30 Millionen sind das gerade 2 %. Die IndianerInnen leben in völlig verschiedenen Ökosystemen: im Andenhochland, den Regenwäldern des Amazonas, in den Steppengebieten des Tieflandes oder der wüstenähnlichen Halbinsel Guajira im Norden. Die Bedingungen, unter denen sie leben und die Probleme, unter denen sie zu leiden haben, weisen große Unterschiede auf. Obwohl alle die Forderung nach eigenen Territorien und Anspruch auf die Bewahrung ihrer Kultur erheben, gibt es zwischen den IndianerInnen im Andenraum und der dortigen bäuerlichen Bevölkerung viele gemeinsame Probleme, während es zwischen den IndianerInnen im Tiefland und den dort einwandernden Weißen, den „Colonos“ große Konflikte gibt.

IndianerInnen organisieren sich

Seit der Ankunft der Spanier wurden die IndianerInnen von ihrem angestammten Land vertrieben und auf immer kleineren Parzellen zusammengedrängt. Unterernährung, Krankheit und hohe Kindersterblichkeit sind bis heute eine Folge dieser gewaltsamen Eroberung. Heute haben sich die IndianerInnen auf regionaler und nationaler Ebene organisiert, um ihrer Forderung nach Land zum (Über-)Leben und Respektierung ihrer Kultur Gehör zu verschaffen. Sie tun dies aber nicht nur in Form von Petitionen,

sondern verleihen ihrem Anliegen Nachdruck durch Protestmärsche und Besetzung von Behörden und Regionalparlamenten und auch, indem sie das Land einfach in Besitz nehmen, Mais, Yucca oder Kochbananen pflanzen und ihre Hütten darauf bauen. Polizei, Armee und Regierungsbehörden stehen bei diesen Auseinandersetzungen erwartungsgemäß auf seiten der Großgrundbesitzer, wie auch das Beispiel der Arhuacos gezeigt hat.

Anlässlich der Besetzung der Landreformbehörde INCORA in Medellín hat die Indianerorganisation von Antioquia eine Erklärung veröffentlicht, die die Geschichte und Gegenwart der IndianerInnen Kolumbiens in aller Deutlichkeit zusammenfaßt:

„Jedermann weiß, daß die Länder Amerikas, die die Spanier erobert haben, uns Indianern gehörten. Die Leute und die Regierung wissen auch, daß man uns Indianer zu Tausenden ermordet und uns unser ganzes Land weggenommen hat. Allein hier in Antioquia töteten sie etwa eine Million unserer indianischen Brüder. Aus den Reservatgebieten, die uns die spanische Krone zuerkannt hat, wurden wir durch neue Siedler ebenfalls vertrieben. Die fruchtbaren Böden von Antioquia, die wir bearbeiteten, wo es Tiere und gute Fischgründe gab, nahmen sie uns weg. Jetzt sind wir wie eingeschlossen in der Verbannung. Wir sind ohne Land, das wir bearbeiten können, krank, unterernährt und täglich sterben viele unserer Brüder. Seit vielen Jahren wehren wir uns gegen die Siedler und Großgrundbesitzer, die uns weiterhin das Land wegnehmen wollen. Wir haben die Regierung schon tausend Mal aufgefordert, daß sie dem Gesetz Geltung verschafft und wenigstens einen Teil des geraubten Landes zurück gibt. Aber die Regierung ist taub.

Wir Indianer fordern heute, daß unser Landproblem gelöst wird, morgen kann es zu spät sein. Ohne Land können wir nicht leben, ohne Land haben wir keine Arbeit und keine Gesundheit. Wir wollen nicht weiter betrogen und enttäuscht werden: Wir Indianer von Antioquia fordern Land zum Leben für unsere Gemeinschaften und die Ausweisung der Gebiete als Indianerreservate.“

* Albrecht Bühler-Stysch hat mehrere Monate in Kolumbien gelebt und das Land bereist. Seit 9 Jahren arbeitet er mit in der „Kolumbiengruppe Nürtingen e.V.“, deren Ziel es ist, über die Lebenssituation der Menschen in Kolumbien zu informieren. Die Gruppe gibt regelmäßig den „Kolumbien-Rundbrief“ heraus. Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7400 Nürtingen.

Feiern, Kampagnen, Aktionen, Infos

Ein ganzer Reigen pompöser Feiern ist von offizieller Seite für das kommende Jahr geplant, sowohl in Europa, als auch in verschiedenen Staaten Lateinamerikas und der USA. Gleichzeitig aber wird eine – inzwischen kaum noch überschaubare – Anzahl von Kontrast- und Gegenveranstaltungen stattfinden, die von entwicklungspolitischen Initiativen, christlichen Organisationen oder kulturellen Gruppen veranstaltet werden und das gemeinsame Ziel haben, die 500-Jahr-Feier zu einem „lehrreichen“ Ereignis werden zu lassen. Ein paar wenige Beispiele und Termine nur können wir hier ankündigen.



Ganz offiziell werden in **Barcelona** während der olympischen Sommerspiele Nachbildungen der drei berühmten Kolumbus-Schiffe Niña, Pinta und Santa Maria vom Stapel laufen. Sie sollen zahlreiche amerikanische Häfen ansteuern, wo man sie jeweils mit großen Feiern empfangen wird. Eine „Umkehrung der Blickrichtung“ per Schiff ist dagegen im nächsten Jahr auf dem Rhein geplant: In einem kleinen Passagierdampfer sollen „Entdeckungsreisende aus der Dritten Welt“ (EthnologInnen, ChronistInnen, VertreterInnen von Indianergemeinschaften...) den Rhein flussaufwärts schippern und sich unter der ortskundigen Führung „eingeborener HelferInnen“ ein Bild über den Stand des europäischen Fortschritts machen. Nähere Infos dazu bei: medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt. In **Sevilla**, jener Stadt, in der Kolumbus seine letzte Ruhestätte fand – in der Kathedrale ist ein Sarkophag aufgebaut, der angeblich seine Gebeine enthält – wird vom 20.4.-12.10. die Weltausstellung „Expo '92“ die Massen an sich ziehen.

18 Mio. BesucherInnen werden erwartet, 55 000 kulturelle Veranstaltungen sind geplant. Das Motto der Expo '92: „Zeitalter der Entdeckungen“. Jenseits des großen Teiches sind international vor allem zwei große Veranstaltungen von Bedeutung: Vom 1.-12. Juni wird in **Brasilien** die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) stattfinden. Bei dieser bislang größten UN-Konferenz, der man auch den Namen „Erdgipfel“ gegeben hat, werden auch Nichtregierungsorganisationen beteiligt sein.

In der Stadt **Quito in Ecuador** wird im Juli die Abschlußveranstaltung der „Versammlung des Volkes Gottes“ stattfinden. In der Art des konziliaren Prozesses der europäischen Kirchen wollen Basisgemeinden und progressive Theologen in allen Ländern Lateinamerikas Schritte auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit entwickeln – nicht zuletzt, um die Stimme der Basis bei der bevorstehenden IV. Vollversammlung der Lateinamerikaner Bischöfe im Okt. 92 in **Santo Domingo** deutlicher werden zu lassen. Nähere Infos bei: SERPAJ-Europa, Werner Huffer, Engerserstr. 74 a, 5450 Neuwied. Hier in der Bundesrepublik werden die Veranstaltungen zum Thema „1492-1992“ fast ausschließlich von den nichtstaatlichen Initiativen und Organisationen getragen. Der einzige große nationale Beitrag der BRD zu den Feierlichkeiten wird eine umfassende Ausstellung in **Berlin** mit dem Titel „Neue Welten – neue Wirklichkeiten“ sein (Sept. 1992 bis Jan. 1993, Martin-Gropius-Bau). Unter anderem soll dort eine naturgetreue Nachbildung des Kolumbus-Schiffes „Niña“ gezeigt werden. In **nahezu allen Städten** der Bundesrepublik wird es im kommenden Jahr – v. a. rund um den 12. Oktober – Veranstaltungen zu Thema „500 Jahre...“ geben: Diskussionen, Vorträge, Filme, Theater, Musik, Workshops usw. Im folgenden ein paar Beispiele mit überregionalem Charakter:

Workcamps

Der Service Civil International (SCI) veranstaltet 1992 innerhalb der Kampagne „Solidarity Contra Injustice“ Solidaritätsworkcamps in verschiedenen Ländern. Interessierte ab 18 Jahren wenden sich an: SCI, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Pädagogik der Unterdrückten

Unter dieser Überschrift bereitet eine Arbeitsgruppe eine Ausstellung vor. Die Ausstellung soll in Tübingen und München zu sehen sein, ab Juli 1992 sind noch Termine für andere Orte frei. Kontakt: „der kleine Laden“, Sternstr. 95, 5300 Bonn 1.

„Den Armen Gerechtigkeit!

500 Jahre Eroberung und Widerstand Lateinamerikas“, unter dieser Überschrift stehen die 33. und 34. Aktion „Brot für die Welt“. Zu den Themenbereichen Ökologie, Menschenrechte, Landfrage, Verschuldung, Indianer, Rolle der Kirchen, ... ist umfangreiches Informationsmaterial erhältlich bei: Brot für die Welt, Postfach 10 11 42, 7000 Stuttgart 10

Wandmalprojekt 1992: Lateinamerika-Europa

In 10 Städten Europas sollen Wandbilder zum Thema „Europa-Lateinamerika“ in Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen und europäischen MalerInnen entstehen. Ziel ist, soziale und politische Inhalte zu vermitteln, zur Auseinandersetzung anzuregen. Der Malprozeß soll von entsprechenden Aktionen begleitet sein. Infos für interessierte Gruppen, die ein Wandmalprojekt in ihrer Stadt aufziehen wollen über: Cultur Cooperation e. V., Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40 - 39 41 33.

Bücher, Broschüren, Adressen

„**Werkmappe 1492-1992**“, 500 Jahre Eroberung, Evangelisation und Widerstand Lateinamerikas. Herausgeber: Christliche Initiative Romero e. V., Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster

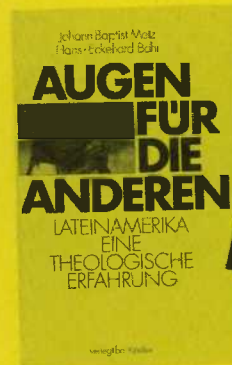
Rose Haas, Thomas Hax: „**500 Jahre Entdeckung Lateinamerikas**“, Reihe „explizit, Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit“, Nr. 25; Horlemann-Verlag, Bad Hannef.



Kampagne '92: „**500 Jahre Kontinuitäten kolonialistischer Politik**“, Herausgegeben vom Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und den Dritte Welt Zeitschriften. Bezug: Informationsstelle Lateinamerika (ila), Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1.

Eduardo Galeano: „**Die offenen Adern Lateinamerikas – die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart**“, Wuppertal: Hammer, 1981

Heinz Mayer: „**Kolumbien: Der schmutzige Krieg**“, rororo aktuell Nr. 12790, Reinbeck, 1990

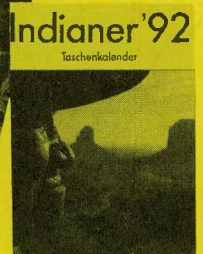


Metz/Bohl: „**Augen für die Anderen. Lateinamerika – eine theologische Erfahrung**“. Kindler-Verlag, München, 1991.

BUKO-Kampagne „**Stoppt den Rüstungsexport**“ (Hg): „**Tango de Armas – Rüstung für Lateinamerika**“. Bezug: Stoppt den Rüstungsexport, Buchstr. 14/15, 2800 Bremen.

Hübener u. a. (Hg): „**Weissbuch Lateinamerika – Eigenes und Fremdes**“, Peter Hammer Verlag gemeinsam mit der deutschen Welthungerhilfe, Wuppertal, 1991

Höfner u. a. (Hg): „**Das Fünfhundertjährige Reich. Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492-1992**“, Medico International, 1990.



Brandes/Baumhauer (Hg): „**Indianer '92**“, ein Taschenkalender. Lamuv-Verlag, Göttingen, 1991.

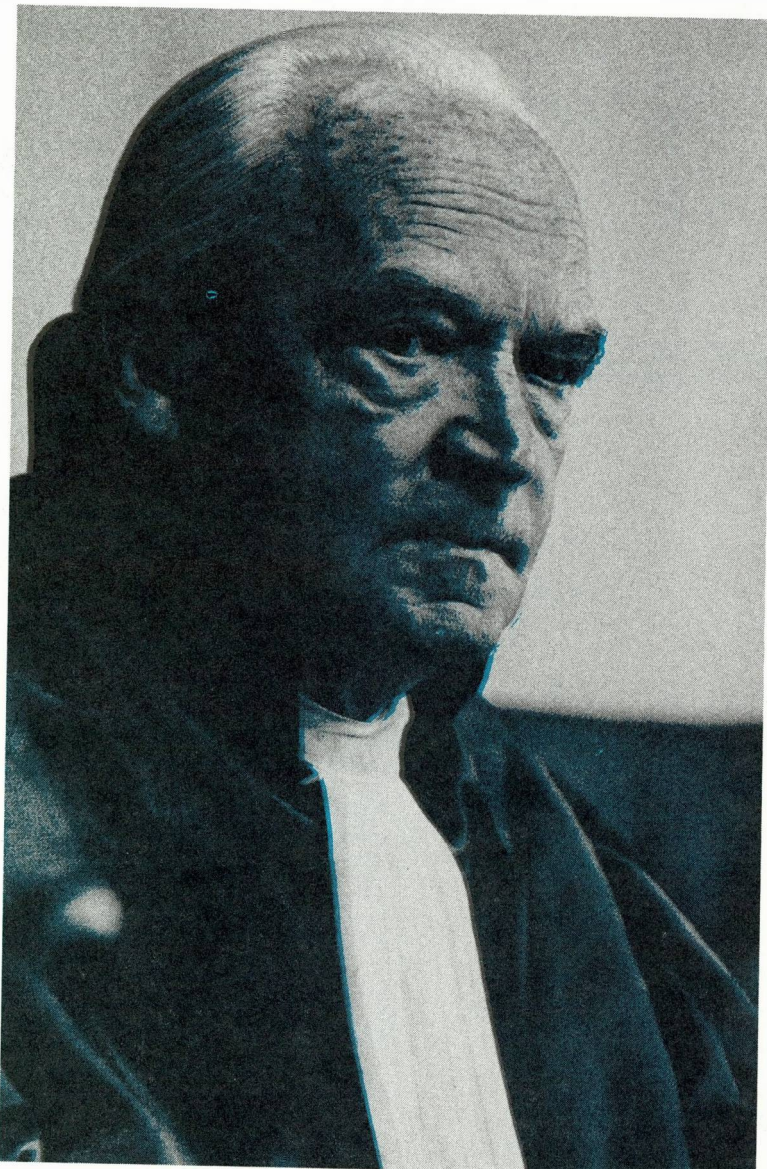
Die Entdeckung Europas

Der 44jährige Chippewa Happy Eagle erteilte der Alten Welt eine Lektion. Am 24. September 1973 stieg der Indianer, der auf den „weißen“ Namen Adam Nordwall hört, in Rom aus dem Flugzeug, stieß einen Speer in die Erde und sagte: „Wenn es wahr ist, daß Columbus Amerika entdeckt hat, obwohl dort seit Tausenden von Jahren Indianer leben, dann habe ich heute Europa entdeckt.“ Vier Tage später erklärte er Journalisten gegenüber, die ihn sehr gastfreundlich behandelt hätten, seien durchaus in der Lage, ihr Land selbst zu regieren. Darauf kehrte Happy Eagle nach San Francisco zurück. (Aus: „Indianer '92, Taschenkalender“, Lamuv-Verlag.)

Unbequeme Fragen

(...) Im Bereich des kriegerischen Gewaltgebrauchs ist das konventionelle, herkömmliche Denken fast unausrottbar, und dieses Denken kann sich eine Konfliktlösung anders nicht vorstellen als notfalls unter Einsatz von Gewalt. Ich erinnere daran, daß noch im Ersten Weltkrieg Kriegsdienstverweigerer als geisteskrank behandelt und in Heilanstalten gesperrt wurden. Man konnte sich überhaupt nicht vorstellen, daß ein gesunder, normal denkender Mensch den Kriegsdienst, den Schutz von Heim und Herd usw., hätte verweigern können. Dort kommen wir her, aus dieser Mentalität. Ich erinnere auch daran, daß der militärische Bereich verfassungsrechtlich ziemlich resistent ist und sich verfassungsrechtlicher Durchdringung entzieht. Ein simples Beispiel: die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes hat verlangt, daß für die Einführung der Sexualkunde im Schulunterricht der Gesetzgeber selber, das Parlament, die Verantwortung übernehmen muß in Form eines förmlichen Gesetzes. Auf militärischem Gebiet gehen die Uhren ganz anders. Es wäre doch, wenn man diese Rechtsprechung anwendet,

In lockerer Folge werden wir in wub unter der neuen Überschrift „Einsichten“ außergewöhnliche Texte, Reden, Bibelarbeiten... zitieren, die uns als neue, zukunftsorientierte Denkansätze und -anstöße wertvoll erscheinen. Den Anfang macht der ehemalige Bundesverfassungsrichter und frühere Kirchentagspräsident Dr. Helmut Simon.



selbstverständlich notwendig gewesen, daß über die Nachrüstung in Form eines förmlichen Parlamentsgesetzes beschlossen worden wäre oder gar etwa über Einsatz von Bundeswehr außerhalb des Nato-Bereiches. Aber nochmal: dieses traditionelle Denken führt zu einer merkwürdigen Immunität des militärischen Bereiches gegenüber solchen verfassungsrechtlichen Zumutungen. Da kommen wir her, da ist der Hintergrund. (...) Und sogar viele von denen, die gegen den Krieg eingestellt sind, rechnen doch damit: es wird ihn aber immer geben, er ist unausrottbar, sagen sie. Und das spielt denjenigen, die auf dieses Mittel setzen, sehr in die Hände. Ich denke, wir müssen uns dem verweigern. Und wir müssen mal anfangen, sehr unbequeme Fragen zu denken und die Trägheit unseres Denkens und Fühlens durchbrechen.

Ein Beispiel: Woher nimmt eigentlich eine Regierung, ein Regierungschef die Befugnis, von einem Bürger zu verlangen, daß er sein Leben einsetzt in einem Krieg? Es gibt in der gesamten Rechtsordnung nirgends die Pflicht, sein Leben für irgendetwas anderes und noch so hochgradige Rechtsgüter einzusetzen. Es gibt nur die Möglichkeit, das Recht dazu, aber nicht die Pflicht. Im kriegerischen Bereich ist auf einmal alles anders. Und wieviele Mütter, wieviele Ehefrauen, wieviele Kinder haben darunter gelitten, daß man von den Männern verlangt hat, daß sie ihr Leben opfern. Ist denn das eigentlich selbstverständlich? Wir müssen doch mal anfangen, darüber nachzudenken und hier beharrlich fragen: „Wieso eigentlich?“. Und ich denke, dieses Fragen müßte dann quer über die Welt gehen, es genügt natürlich nicht, daß nur auf einer Seite so gefragt wird. Aber mit dem Ausbreiten von Kultur, von Menschlichkeit, von Menschenrechten quer über die Welt könnte das weitergehen. Und das ist so etwas, ein Denken, das sich am Reich-Gottes-Gedanken orientiert als dem Fernziel, der großen Utopie, die wir vielleicht nicht realisieren können, von der wir aber nicht Abstand nehmen dürfen. (...)

Aus einem Gespräch von Dr. Helmut Simon mit Dr. Erika Ahlbrecht-Meditz im Saarländischen Rundfunk, 25.6.91. Abdruck mit freundlicher Genehmigung.

Dr. Helmut Simon
Foto: dpa

Kanada

Der Royal York Hotel-Bus bringt mich vom Flughafen ins Stadtzentrum. Vor meinen Augen entfaltet sich bald eine vertraute Skyline: ein in sich verknottetes Highway-Kreuz, Hochhäuser mit steril-aseptischer Glasfassade und pulsierende Neonlichtreklame. Toronto, Hauptstadt der Provinz Ontario in Kanadas Südosten, präsentiert sich auf den ersten Blick wie eine typische nordamerikanische Großstadt. Ich will die hier stattfindende Tagung des Internationalen Friedensbüros nutzen, um die kanadische Friedensbewegung kennzulernen und Kontakte zu knüpfen.

Lebendige Friedensszene im Land des Ahornblatts

Glücklicherweise trägt der erste Augenschein. Toronto – in der Indianersprache die Bezeichnung für „Treffpunkt“ – ist zwar von seinen Anfängen als einfachem Fort (1720) zu einer modernen Großstadt von 2,2 Millionen Menschen herangewachsen, ist aber dennoch nicht zum Moloch geworden: Es gibt ein gut ausgebautes Nahverkehrssystem, großzügige Parks, selbst im Zentrum viele Bäume, interessante schmale Straßen mit giebelbewehrten Häusern aus der Zeit um die Jahrhundertwende und eine Unzahl von Eichhörnchen, die sich ganz ohne Scheu bewegen. Auch das zwischenmenschliche Klima in der Stadt erscheint mir freundlich und entspannt. Die enorme Vielfalt ethnischer Gruppen (alle Hautfarben und fast alle Nationen sind in der Stadt vertreten) wird offensichtlich akzeptiert: Rassenunruhen, wie sie in einigen kanadischen Städten aufgeflammt sind, hat es in Toronto bisher nicht gegeben.

„Act for Disarmament“

Im Peace & Social Justice Centre (Zentrum für Frieden und soziale Gerechtigkeit) auf der Bathurst Street besuche ich eine der aktivsten Friedensgruppen Torontos. ACT for Disarmament (Engagiere Dich für Abrüstung) wurde 1982 gegründet, um gegen die Erlaubnis für Testflüge US-amerikanischer Cruise Missiles auf kanadischem Territorium zu protestieren. Meggie Helwig, 29 Jahre alt, mit rötlich-blond gefärbtem Haar, erklärt mir, daß ACT basisdemokratisch ausgerichtet ist. Alle Entscheidungen fallen im Konsensprinzip; einen Vorstand und Mitgliedsbeiträge gibt es nicht. Die Gruppe finanziert sich durch Spenden, den Verkauf der Monatszeitschrift „The Activist“ sowie von Buttons und T-Shirts. ACT ist grundsätzlich dem Prinzip der Gewaltfreiheit verpflichtet und versucht die Verbindung zwischen Frieden, Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und der Umwelt herzustellen.

Von Guido Grünewald



Protestaktionen der Innu

Fotos: G. Grünewald

„Exportierter Tiefflug“

Ein Schwerpunkt des ACT-Engagements ist die Unterstützung der „Innu“. Etwa 10000 Menschen dieser einzig noch intakten Jäger- und Sammlerkultur Kanadas leben in Labrador in ihrem traditionellen Territorium, das sie „Nitassinan“ nennen. Seit den 80er Jahren üben die britische, deutsche und holländische Luftwaffe hier vom Luftwaffenstützpunkt „Goosebay“ aus militärischen Tiefflüge. Die bis zu 30 m tief fliegenden Nato-Jets terrorisieren nicht nur die Ureinwohner, sondern vergiften auch die Umwelt, erschrecken das Wild und berauben so die Innu ihrer Lebensgrundlage.

Die Innu haben in den letzten Jahren mit massivem zivilen Ungehorsam geantwortet und z. B. ihre Zelte auf den Rollbahnen aufgeschlagen. Hunderte der gewaltfreien AktivistInnen wurden verhaftet. Sie fordern ein sofortiges Ende der militärischen Tiefflüge und die Anerkennung ihrer Landrechte.

Zwar erwägt die kanadische Regierung die Schließung des Stützpunktes bis 1996, aber bis dahin besitzen die Nato-Verbündeten militärische Flugrechte, und sowohl die holländische als auch die deutsche Luftwaffe planen offenbar eine Steigerung ihrer Tiefflüge in Labrador. 30–50 Überflüge pro Tag zählen die Innu heute schon. Die gewaltfreie Kampagne zur Unterstützung ihres Widerstandes geht daher weiter. Von der deutschen Friedensbewegung wird Solidarität und Druck auf die eigene Regierung erwartet.

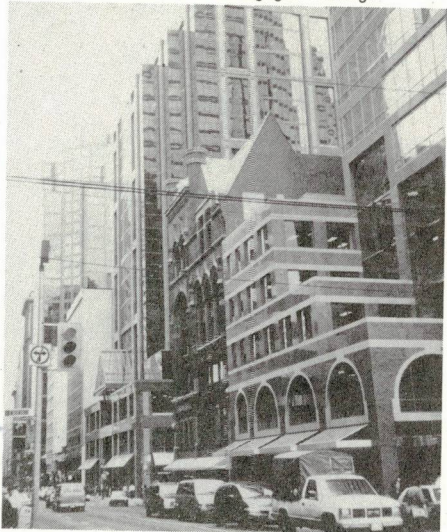




Gewaltfreie Aktionen der Innu gegen Tiefflüge



Das neue Rathaus von Toronto



Downtown Toronto



Bürgerprotest gegen militärischen Tiefflug

„Stimme der Frauen“

Zwei Stockwerke höher im gleichen Gebäude finde ich das Büro der Voice of Women (VOW=Stimme der Frauen). Gegründet 1960 aus Protest gegen die Atomtests in der Atmosphäre, zählt VOW heute ca. 1000 Mitglieder, davon 300 in Ontario. Nachwuchs sei schwer zu finden, erzählt mir Joanne Yonge, eine ehemalige Gymnasiallehrerin in den Fünfzigern, die 1984 entlassen wurde, weil sie nach einer Aktion zivilen Ungehorsams 2 Wochen im Gefängnis saß und nicht zum Dienst erscheinen konnte. Besondere Schwerpunkte von VOW sind momentan Aktionen für das Verbot von Kriegsspielzeug, kriegerischer Computerspiele und gewalttätiger Fernsehprogramme sowie zugunsten der Cree-Indianer in der James Bay, wo die Elektrizitätsgesellschaft Ontario Hydro ein neues gewaltiges Wasserkraftwerk errichten will, das die Jagd- und Fischfanggründe der Cree zerstören würde.

„Wir sind ein etablierter politischer Faktor in Toronto. Wenn es um militärische Fragen geht, wenden sich liberale und linke PolitikerInnen sowie AktivistInnen an uns“, erklärt mir die 20jährige Catherine Goulet vom Toronto Disarmament Network (TDN=Abrüstungsnetzwerk Toronto). Gegründet 1982, umfaßt TDN heute etwa 50 Gruppen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen, Umwelt- und Friedensbereich. TDN ist keine pazifistische Organisation, sondern engagiert sich hauptsächlich für atomare Abrüstung und die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen. Während des 2. Golfkriegs setzte sich das Netzwerk für einen Waffenstillstand ein; im vergangenen Oktober organisierte TDN zusammen mit Greenpeace eine Demonstration unter dem Motto „No time to waste“ (es ist keine Zeit zu verlieren), mit der 6000 Menschen auf den Zusammenhang von Abrüstung und Umweltschutz aufmerksam machten. Als besonderen Erfolg sieht TDN die vor eineinhalb Jahren getroffene bindende Entscheidung des Stadtrats, den Hafen von Toronto für atomar bewaffnete Kriegsschiffe zu sperren; tatsächlich ist seitdem kein Kriegsschiff mehr eingelaufen.

Die bedeutendste Friedensorganisation Kanadas ist zweifellos die Canadian Peace Alliance (CPA=Kanadisches Friedensbündnis), die ebenfalls 1982 gegründet wurde und heute 350 Gruppen umfaßt. Während sich auf staatlicher Ebene die Kluft zwischen der französischsprachigen Provinz Quebec und den übrigen englischsprachigen Provinzen in den letzten Jahren vertieft hat – Quebec will bis Oktober 1992 entscheiden, ob es im kanadischen Staatsverband bleibt –, arbeiten innerhalb der CPA die Friedensgruppen aus Quebec und den übrigen Provinzen zusammen. Gemeinsam haben sie das ehrgeizigste Projekt der CPA vorbereitet, das in diesem Herbst durchgeführt wird: Eine Kommission aus 5 bekannten KanadierInnen, in der alle großen Parteien sowie Ureinwohner und Quebec repräsentiert sind, wird in mehr als 20 Städten und Gemeinden öffentliche BürgerInnenanhörungen durchführen und anschließend einen Bericht vorlegen, der eine neue Sicherheitspolitik Kanadas mit einem klaren Friedensauftrag empfehlen soll.

Weitere Gruppen im Spektrum der kanadischen Friedensbewegung sind die Quaker, die Friedenssteuerinitiative und das Friedensforschungsprojekt Ploughshares, das 1977 vom Kanadischen Kirchenrat eingerichtet wurde. Kriegsdienstverweigerung spielt keine Rolle, da Kanada eine Berufsarmee hat. Obwohl auch in Kanada die Friedensbewegung eine Ebbephase durchlebt, ist die Friedensszene im Land des Ahornblatts zweifellos facettenreich und lebendig. ■

Von Christian Turrey

Er war der beste Schütze seiner Kompanie. Doch als die Wehrmachtsoldaten im Frühjahr 1940 in den Krieg ziehen, weigert sich Josef Ruf, den Fahneneid auf Adolf Hitler zu leisten: „Ich kann den Waffendienst mit der Lehre Christi einfach nicht vereinbaren und fühle mich verpflichtet, unter allen Umständen auch danach zu handeln“, begründet Josef Ruf in einem Brief an seine Schwester seinen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Vor jetzt 51 Jahren, am 10.10.1940, ist Josef Ruf dafür in Brandenburg-Görden als einer der wenigen katholischen Kriegsdienstverweigerer im II. Weltkrieg hingerichtet worden.

Josef Ruf wurde am 16.12.1905 im oberschwäbischen Hochberg geboren. Die Eltern, Reichsbahnstationsvorsteher Johann Ruf und seine Frau Theresia, erzogen ihre Kinder – 7 an der Zahl – im christlichen Glauben.

Der kleine „Seppel“, wie Josef genannt wurde, tat sich etwas schwer in der Hochberger Schule, war allerdings musisch begabt und glänzte mit einem außergewöhnlichen Gedächtnis. Die längsten Gedichte lernte er auswendig und trug sie besonders bei Familienfeiern mit viel Humor und schauspielerischem Talent vor. Nach der Volksschule erlernte er das Schneiderhandwerk und schloß seine Lehre 1925 mit der Gesellenprüfung ab. Im selben Jahr trat er in Gorheim bei Sigmaringen in den Franziskanerorden ein.

Vier Jahre später, am 1.5.1929, wird er im Kloster Frauenberg in Fulda für den 1. Orden eingekleidet und bekommt den Namen „Bruder Canisius“. Ein Foto aus dieser Zeit zeigt ihn, wie er in der Franziskanerkutte im Klostergarten steht. Im Kloster Frauenberg arbeitet er als Pfortner und versieht die Schneiderei. Am 7.5.1930 legt er die zeitliche Probe ab und lebt anschließend im „Klösterle“ in Saulgau und in Mannheim. Vor der Ablegung der ewigen Gelübde tritt er jedoch am 8.5.1933 aus dem Franziskanerorden wieder aus. Er tut dies freiwillig, weil er – wie es Bekannte ausdrücken – glaubt, „die ewige Bindung gewissensmäßig nicht auf sich nehmen“ zu können. Josef Ruf war nicht nur ein fröhlicher, sondern auch ein sehr bedächtiger Mensch, der die Konsequenzen seines Tuns bis ins Letzte überlegte.

Später hat er dann doch noch den Mut zu Ewigen Gelübden gefunden: Er legt sie Weihnachten 1939 in der „Christkönigsgesellschaft“ ab.

Die „Christkönigsgesellschaft“ war 1919 von dem Freiburger Priester Max Josef Metzger gegründet worden. Wie ihr Gründer, der für sein Eintreten für den Frieden 1944 unter dem Fallbeil des Dritten Reiches starb, setzte sich diese Gemeinschaft damals wie heute für Frieden, Ökumene und soziale Gerechtigkeit ein.

Josef Ruf arbeitete als „Bruder Maurus“ in der Trinkerheilstätte der Laiengemeinschaft in Meitingen bei Augsburg, kümmerte sich eine Zeitlang in Saarbrücken um Durchwanderer und kam 1938 in die österreichische Niederlassung der „Christkönigsgesellschaft“ in Ulrichsbrunn bei Graz. Dort war er in der Landwirtschaft tätig und half in der Betreuung der Wallfahrtskirche St. Ulrich. Zeitzeugen beschreiben ihn als ungemein fleißig, sehr gewissenhaft und auffallend gütig – die Kraft zur täglichen schweren Arbeit schöpfte er aus Eucharistie und Schriftlesung.

Josef Ruf (1905–1940)

Wegen Kriegsdienstverweigerung: Tod durch das Fallbeil



Josef Ruf als Franziskanermönch

In Ulrichsbrunn trifft Josef Ruf auf Michael Lerpcher, einen Bauernsohn aus dem Allgäu, der wie er zur „Christkönigsgesellschaft“ gehört und wie er den Kriegsdienst in Hitlers Armee verweigern und wenige Wochen vor Josef Ruf, am 5.9.1940, hingerichtet werden wird. Ob Josef Ruf vom Schicksal seines Mitbruders erfahren hat, ist nicht bekannt. Ihre Lebenswege ähneln sich in den letzten Monaten stark.

Im Frühjahr 1940 wird Josef Ruf zur Grundausbildung in die Wehrmacht nach Pinkafeld im mittlerweile „angeschlossenen“ Burgenland eingezogen. Als bestem Schützen der Kompanie wird ihm dort sogar die „Kordel“ verliehen. Aber hartnäckig verweigert der Schütze Ruf den Fahneneid und den Kriegseinsatz. „Du sollst nicht töten“ und „Liebet eure Feinde“ – er beruft sich auf die Heilige Schrift. Er hätte, so erklärt er, sogar Verwundete aus der vordersten Front geborgen – aber eben nur unbewaffnet, nur aus „Wahrhaftigkeit“.



Familie Ruf. Vorne rechts: Josef Ruf

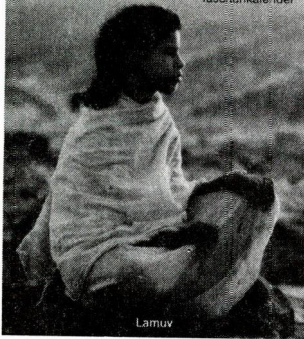
Seine Verweigerung bringt ihn ins Untersuchungsgefängnis in Graz. Auch die Oberin der Ulrichsbrunner Niederlassung und der Hausgeistliche können ihn nicht umstimmen: „Ihr kennt meine Gesinnung“, schreibt er in einem Brief vom 20. Mai, „und ich bin bereit, alle Folgen auf mich zu nehmen“. Dabei waren ihm die Ängste seiner Familie und seiner Freunde keineswegs gleichgültig und ihm war sehr bewußt, daß er allen, die ihm nahestanden, große Sorgen und schweres Leid bereitete, worunter er nach eigener Aussage mehr litt als unter den anderen Folgen seiner Kriegsdienstverweigerung. Aber – so schreibt er an seine Schwester Maria – jeder Mensch sei vor Gott verpflichtet, „nach seinem Gewissen zu handeln, falls er vor ihm bestehen will, und da muß er sich über alle irdischen und menschlichen Rücksichten hinwegsetzen, so schwer das auch für ihn fallen mag.“

Von Graz wird der Untersuchungshäftling Josef Ruf am 16.8.1940 nach Berlin-Moabit überstellt. Sein älterer Bruder Karl besucht ihn dort, um ihn zu bewegen, seine Verweigerung aufzugeben – auch aus Rücksicht auf die Eltern. Dieses Bemühen konnte Josef Ruf – wie er im letzten Brief an seine Familie schreibt – zwar vom Standpunkt des Bruders aus „voll und ganz verstehen“, doch umstimmen läßt er sich nicht: „Ich bin klar überzeugt, daß ich so handeln muß, um dem Willen Gottes gerecht zu werden. Wäre ich auch nur im geringsten im Zweifel über meinen Weg, den ich eingeschlagen habe, so hätte ich mich der Allgemeinheit angepaßt.“

Nach der Verurteilung am 14.9.1940 durch das Reichskriegsgericht wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ wird Bruder Maurus am 8.10.1940 in die Haftanstalt Brandenburg-Görden verlegt. Einer seiner Mitgefangenen dort ist Erich Honecker. Zwei Tage später, am 10.10.1940 um 6 Uhr morgens, stirbt Josef Ruf unter dem Fallbeil in Brandenburg-Görden – in der Hoffnung, wie er in seinem letzten Brief schreibt, „daß wir uns alle einst im Himmel wiedersehen werden, wo es dann keine Trennung mehr gibt, und auch kein Mißverständnis mehr“.

Nach der Hinrichtung wird die „Leiche im Görden Krematorium verbrannt. Es beginnen lange Jahre des Schweigens über die Tat des Schneiders aus Hochberg. Erst vor wenigen Jahren stieß ein Lehrer im Allgäu auf die Spuren der beiden Kriegsdienstverweigerer Josef Ruf und Michael Lerpcher. Zusammen mit einem Freund und Regionalhistoriker veröffentlichte er inzwischen ein kleines Buch über Michael Lerpcher (s. Hinweis). Josef Ruf dagegen lebte bisher nur in den Erinnerungen seiner Angehörigen und „Geschwister“ der „Christkönigsgesellschaft“ weiter. In St. Ulrich bei Graz erinnert jetzt immerhin eine Gedenktafel an diese beiden „Märtyrer der Gewaltlosigkeit“, wie sie die katholische Friedensbewegung Pax Christi nennt.

Buchtip: Ernst T. Mader, Jakob Knab: Das Lächeln des Esels. Das Leben und die Hinrichtung des Allgäuer Bauernsohnes Michael Lerpcher (1905 bis 1940). Mit einer Einleitung von Gordon C. Zahn und einem Nachwort von Inge Aicher-Scholl. Verlag an der Säge, Blöcktach. 96 Seiten, Preis s. S. 29.



Lamuv

Frieden '92

Alwin Meyer, Karl-Klaus Rabe: „Taschenkalender Frieden '92“, Lamuv-Verlag, Göttingen, 1991, 256 S.

Klein muß er sein (z. B. 14,5x10,5 cm) und leicht (z. B. 150 g), eine Jahresübersicht braucht er für das laufende und eine für das kommende Jahr, genug Platz für Eintragungen an den jeweiligen Tagen, ein Register für Adressen, leere Seiten für Notizen, die Ferientermine aller Bundesländer... das sind so in etwa die (Mindest-)Erwartungen, die man an einen brauchbaren Taschenkalender hat – und bis hierher würden's die meisten Werbegeschenke ja auch tun. Aber: Es gibt auch bei Taschenkalendern den „feinen Unterschied“.

Wenn jetzt jemand, nur so als Beispiel, Anne-Kathrins Geburtstags-Party eintragen wollte, sagen wir: auf den 14. Januar, und er würde dabei, quasi ganz nebenbei, in wenigen Sätzen auf eben dieser Seite im Kalender erfahren, wer denn dieser Martin Niemöller war, von dem immer wieder geredet wird (der zufällig auch am 14.1. Geburtstag hat und '92 seinen 100sten gefeiert hätte), dann hat dieser jemand nicht den Kalender der Sparkasse, sondern den „Frieden '92“ in der Hand.

In lockerer Mischung stehen in diesem Terminkalender interessante Daten, Erinnerungen, Zahlen, Infos... die man einfach mal so nebenbei liest, in der S-Bahn, im Wartezimmer beim Zahnarzt. Außerdem bietet das Büchlein eine Reihe knapper, aber informativer Textbeiträge aus den Themenbereichen Rüstung, Militär, deutsche Geschichte, Menschenrechte, Dritte Welt... jede Menge Adressen für die Friedensarbeit und – was man immer schon mal anlegen wollte – eine vorbereitete Liste: „Geliehene/verliehene Bücher/Schallplatten“.

Ars Regnandi

Ars Regnandi, ein politisches Computersimulationsspiel. Erhältlich über die Projektgruppe Computer, Goethestr. 16, 7253 Renningen, Tel. 07159/8127.

Müssen Computerspiele immer nur die Zerstörung eines Feindes zum Ziel haben? – Mitnichten, Ars Regnandi („Die Kunst des Regierens“) ist eines der wenigen Computerspiele, dessen Ziel zwar das Überleben ist, das aber nicht in stumpfsinnigem Abschießen erreicht werden kann. 'Überleben' und 'die Welt verbessern' kann in diesem Spiel jeder, der den Zustand der Welt analysiert und konsequente Entscheidungen trifft.

Das Spiel besteht aus einem Modell von 22 'Weltwerten', die von Arbeitslosigkeit bis zur Umweltzerstörung reichen und die wichtigsten Probleme unserer Zeit in einer Werteskala von 0 bis 100 erfassen sollen. Es bestehen zwischen diesen 'Weltwerten' über 150 Abhängigkeiten:

Neu erschienen:

Uli Jäger:

„Rüstung ohne Grenzen“

Handbuch gegen Rüstungsexporte; 2. überarb. Auflage; Tübingen, 1991, 214 S.

Das „Geschäft mit dem Tod“, dargestellt in allen seinen skrupellosen Facetten und internationalen Konsequenzen. Das Handbuch enthält eine Vielzahl von leicht verständlichen Schaubildern und Tabellen und bietet ausführlich Anregungen für das persönliche Engagement gegen Rüstungsexporte.



„Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst – Materialien (nicht nur) für den Unterricht“

Tübingen, 1991, 38 S.

Die Bundeswehr steckt in der Krise, auch zahlenmäßig wird sie kleiner – was wird aus der Wehrpflicht? Der Zivildienst reicht längst nicht mehr als Lückenbüßer im sozialen Bereich – gibt es bald ein soziales Pflichtjahr für alle? Diese und viele weitere Fragen werden in der Broschüre thematisiert.



„Dimensionen des Golfkrieges – Materialien für den Unterricht“

Tübingen, 1991, 38 S.

In Zusammenarbeit mit Pax Christi und dem Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung in Stuttgart hat der Tübinger Verein für Friedenspädagogik diese Materialsammlung zur

Auseinandersetzung mit dem Golfkrieg und seinen Folgen erstellt. Die Broschüre eignet sich insbesondere für Diskussionen in Gruppen, bietet aber auch für den sonstigen Gebrauch eine wertvolle Informationsquelle zum Nachschlagen.

Bezugsadresse der drei Neuerscheinungen aus Tübingen: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen.

Neu bei der EAK:

„Jugendliche und freiwilliges Engagement in der Gesellschaft: Lieber bezahlter Wirt als barmherziger Samariter?“, so lautet der Titel einer kleinen Broschüre, die die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer (EAK) herausgebracht hat. Der Autor, Prof. Thomas Rauschenbach, Erziehungswissenschaftler an der Uni Dortmund, geht der Frage nach, mit welcher Einstellung und Bereitschaft Jugendliche freiwillig gesellschaftliche Aufgaben übernehmen. Bezug: EAK, Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1.

„Gewaltfrei widerstehen“

Bezug: Initiative „Schwerpunkt Gerechtigkeit“, Günthersburgallee 31, 6000 Frankfurt 1.



Ein sehr empfehlenswertes Materialheft wurde von verschiedenen Initiativen anlässlich der 12. Ökumenischen Dekade für Frieden und Gerechtigkeit herausgegeben. Die 36seitige Broschüre geht u. a. der Frage nach, wie die Institution Krieg zukünftig verhindert werden könnte. So werden z. B. konkrete „kleine Schritte der Umkehr“ vorgeschlagen.

Alle Preise siehe S. 29!!!

So steigt beispielsweise die Umweltzerstörung um so höher, je größer die Produktionsrate wird. Damit entwickelt sich der Zustand der Welt von Spielrunde zu Spielrunde dynamisch weiter. Als SpielerIn kann man nun dieser Entwicklung entgegenwirken, indem man eine Rolle wählt, Bundesregierung oder Basisbewegung, und aus einem Entscheidungsvorrat von 441 Fragen diejenigen trifft, die den eigenen Zielen am nächsten zu sein scheinen. Spannend bleibt das Spiel von Runde zu Runde, denn die getroffenen Entscheidungen haben manchmal unvorhergesehene 'Nebenwirkungen'... und die Katastrophe eines Bürgerkrieges oder Umweltkatastrophen lassen nicht lange auf sich warten.

Neben diesem Spielreiz bieten die 441 Entscheidungen genug Gelegenheit, um mit seinen Mitspielern über ernste, spaßige, aktuelle und hintergründige Politikfragen zu diskutieren. Die Auswirkungen der Entscheidungen lassen sich, ebenso wie die Abhängigkeitskurven, ein-

fach nachvollziehen und selbst verändern. Ars Regnandi bleibt damit nicht in einem – datentechnisch – vorgegebenen Denk- und Verhaltensmuster stecken, sondern ermöglicht eine spielerische Auseinandersetzung auch im Freundeskreis, bei Seminaren oder AGs über politische und gesellschaftliche Themen. Durch die vorgegebenen, aber veränderbaren, Entscheidungen und Abhängigkeiten werden gezielt auch 'Reizthemen', wie Kriegsdienstverweigerung, Umweltgefahren, soziale Brennpunkte und der 'Nord-Süd-Konflikt' angesprochen und das Spiel regt so zum Nachdenken und Handeln(?) an.

Preis, inkl. Handpuch, Disketten (wahlweise 5,25 oder 3,5 Zoll) und kostenlosen Updateservice bis Dezember 1992, s. S. 29. Es läuft auf allen IBM kompatiblen PCs (mind. 640 kB Hauptspeicher, 1,5 MB Platz auf Festplatte) oder auf dem Amiga (mind. 1 MB Hauptspeicher), eine Atari-Version ist geplant. Es werden die üblichen Bildschirmkarten unterstützt.

6 Monate kostenlos...

... die Zeitschrift „Junge Kirche“ testen, dieses einmalige Angebot macht die Redaktion von „Junge Kirche“ exklusiv allen wub-LeserInnen. Die „Zeitschrift europäischer Christen“, wie sie sich im Untertitel nennt, erscheint monatlich und bietet auf ca. 60 Seiten einen breit gefächerten Inhalt, z. B.: Berichte und Kommentare zu aktuellen Themen aus Kirche und Politik, Bibelarbeiten namhafter TheologInnen, Informationen aus der „Dritten Welt“, Nachrichten zu den Themen „Dienst am Frieden, Umwelt, Überleben, ...“ InteressentInnen wenden sich an „Junge Kirche“, Stichwort: Schnupperabo für wub-LeserInnen, Mathildenstr. 86, 2800 Bremen 1.

IPPNW-Friedenspreis für Heinz Friedrich

Für sein Engagement gegen Rüstung und Waffenproduktion erhielt der 56jährige Diplomingenieur Heinz Friedrich aus Immenstaad am Bodensee im August die „Clara-Immerwahr-Auszeichnung“ der deutschen Sektion der „Internationalen Ärzte zur Verhinderung des Atomkriegs“, IPPNW. Mit dem neugeschaffenen Preis will die Friedensorganisation der Ärzte Personen würdigen, die sich am Arbeitsplatz „ungeachtet persönlicher Nachteile aktiv gegen Krieg, Rüstung und die Bedrohung anderer Grundlagen menschlichen Lebens eingesetzt“ haben. Heinz Friedrich arbeitet bei der Firma Dornier in Friedrichshafen, die u. a. auch Rüstungsgüter produziert und zum Daimler-Benz-Konzern gehört. Als „Insider“ setzt sich Friedrich seit Jahren öffentlich und entschieden gegen die Produktion und den Export von Rüstung und für die Umstellung auf zivile Produktion ein (s. a. Interview mit Heinz Friedrich in wub 4/90). Vor allem seine öffentliche und wiederholte Kritik an der „Sinnlosigkeit“ des Milliardenprojekts „Jäger-90“, an dem Dornier beteiligt ist, brachte ihm eine Versetzung und Rückstufung innerhalb des Betriebes ein. Der engagierte Christ, der auch Mitglied der badischen Landesynode ist, ließ sich dadurch allerdings nicht mundtot machen.



„Wir bestehen ja gar nicht darauf, daß das Ding auch noch fliegen muß!“

Er hielt und hält weiterhin Vorträge über Aufrüstung, weltweite Militarisierung und Rüstungskonversion. In der Begründung zur Preisvergabe heißt es, Friedrich habe „ein unauffälliges und seltenes Beispiel dafür gegeben, daß es notwendig und zugleich möglich ist, verantwortlich zu handeln und dem Gewissen auch im Beruf zu folgen“. Mit der Namensgebung der neuen Auszeichnung erinnert die IPPNW an die Chemikerin Clara Immerwahr (1870-1915), die die Entwicklung und Anwendung von Giftgas durch ihren Ehemann Fritz Haber als „Perversion der Wissenschaft“ entschieden ablehnte. Nach erfolglosem Widerstand gegen die Giftgasproduktion beging sie Selbstmord. (epd/wub)

Militärseelsorge nahm deutschen Soldaten die Angst

Bonn (epd). Die deutschen Soldaten, die während des Golfkriegs in der Türkei stationiert waren, haben offenbar erhebliche seelische Probleme gehabt. Der evangelische Militärpfarrer Manfred Kahl (47) schreibt in einem jetzt veröffentlichten Erfahrungsbericht, die Anwesenheit der Militärseelsorge im türkischen Luftwaffenstützpunkt Erhac sei „unverzichtbar“ gewesen. Durch sie sei eine „gewisse Beruhigung“ eingetreten. Die in mehreren Bibelstunden besprochenen Losungen hätten den Soldaten „Kraft und Mut für die Herausforderungen des Dienstes“ gegeben. Angesichts eines möglichen frühen Todes haben die Bundeswehrsoldaten nach Darstellung des evangelischen Standortpfarrers aus

Jever immer wieder die Frage nach Gott und dem Sinn des Lebens gestellt. In den seelsorgerlichen Gesprächen sei es nicht um Kriegsdienstverweigerung, aber um die „Grenzenlosigkeit der Angst“ und das „Sich-im-Stich-gelassen-Fühlen seitens politischer wie militärischer Führung“ gegangen. Daß er über die eigene Angst gesprochen habe, sei von vielen Soldaten dankbar angenommen worden. Bei seinem Nachdenken über Angst und Glaube habe der Glaube als klarer „Sieger“ das Feld behalten. Kahl zitiert einen Soldaten mit den Worten: „Ohne Militärseelsorge würde ich hier den ganzen Tag schreiend herumlaufen.“ Einige Soldaten hätten bereits vor dem Eintreffen der Militärseelsorger um Gespräche mit ihnen gebeten. Und „einige wenige“ hätten ihren Dienst als Soldaten nicht mehr wahrnehmen können, weil sie „überhaupt nicht ansprechbar waren“. So sei es ihm mit viel Geduld gelungen, schreibt der Militärpfarrer, einen Soldaten, der sich vorzeitig ablösen lassen wollte, wieder ins seelische Gleichgewicht zu bringen. Er habe sich dann nach dem Gespräch unaufgefordert dazu entschieden, seinen Dienst in Erhac freiwillig fortzusetzen. Bei seinen beiden Gottesdiensten für 150 beziehungsweise 60 Soldaten habe eine „hochsensible Spannung“ geherrscht, berichtet Kahl. Man hätte eine Stecknadel fallen hören können. Bei manchen Kirchenliedern seien Tränen geflossen, etwa bei dem Liedvers „Gib uns Freiheit jeden Tag. Laß uns nicht allein“. Auch das

stille Gebet sei für die Soldaten wichtig gewesen, betont der Pfarrer in dem Bericht, den das Evangelische Kirchenamt der Bundeswehr in Bonn jetzt in seiner Vierteljahrespublikation „Standort“ veröffentlichte. In seinen Gottesdiensten hat Kahl gegenüber den Bundeswehrsoldaten betont, daß ihr Beruf ein „Zugehörnis an das Böse im Menschen“ sei. Das Christentum des Kriegsdienstverweigerers sei nicht besser oder deutlicher als das des Soldaten. Die Bibel gesteh jedem Menschen wie auch jeder Gemeinschaft ein Selbstverteidigungsrecht zu. Das Fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ weise auf einen Konflikt hin, aber auch der werde schuldig, der das Leben der eigenen Gemeinschaft nicht gegen drohende Gewalt schütze.

KDV-International

Spanien

Die Rechtsanwälte der beiden spanischen KDVer Manuel Blazques und José Antonio Escalada, die von einem Kriegsschiff desertiert sind, das in den Golf fahren sollte, haben beim Gericht in Murcia einen Prozeß gegen den Militärrichter angestrengt. Dieser Richter hat trotz der Freilassung auf Bewährung nach dreimonatiger Gefängnishaft einen Haftbefehl für die besagten Kriegsdienstverweigerer erlassen. Die Anwälte sind der Ansicht, daß die beiden nicht zweimal wegen Fahnenflucht angeklagt werden dürfen. Die beiden jungen Menschen erklärten, dies sei die Rache des Staates, der anderen Kriegsdienstverweigerern eine Lektion erteilen wolle.

Frankreich

Die Verkürzung des Wehrdienstes von 12 auf 10 Monate sieht ein Gesetz vor, das im Oktober von der französischen Nationalversammlung verabschiedet wurde. Nach wie vor doppelt so lang dauert der Dienst für die KDVer in Frankreich, jetzt also 20 statt bisher 24 Monate. Das französische Heer, das zu 70% aus Wehrpflichtigen besteht, soll von derzeit 285 000 Mann auf 220 000 verringert werden und dann nur noch zur Hälfte aus Wehrpflichtigen bestehen.

USA

Zu einer 30monatigen Haftstrafe wegen Fahnenflucht wurde am 9.8. Yolanda Huet-Vaughn, Reservistin des Sanitätsreservekorps der US-Armee, verurteilt. Die rein aus Militärs zusammengesetzte Jury legte der 39jährigen zur Last, sie habe sich „einer mit Gefahren verbundenen Dienstpflicht entziehen“ wollen. Die 30monatige Haftstrafe ist die längste Strafe, die jemals in den USA gegen KDVer verhängt wurde. Yolanda Huet-Vaughn hat drei Kinder im Alter von zwei, fünf und acht Jahren. Sie gehört zu den inzwischen 24 KDVerInnen, die von amnesty-international in den USA adoptiert wurden.

Schweiz

In der Schweiz werden KDVer (die unsere Nachbarn „Dienstverweigerer“ nennen) ab dem nächsten Jahr nicht mehr ins Gefängnis müssen, sofern sie sich vor den Militärgerichten erfolgreich auf „glaubhafte“ Gewissensgründe berufen können und die nunmehr vorgesehene „Arbeitsleistung im öffentlichen Interesse“ akzeptieren. Dies ist das Ergebnis einer Abstimmung der Eidgenossen über eine als „Entkriminalisierung“ bezeichnete Vorlage vom 2. Juni. Der neue Arbeitsdienst, der im Zuständigkeitsbereich des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit liegt, soll im Sozialbereich und in der Berglandwirtschaft und im Katastrophenschutz abgeleistet werden und das Andert-halbfache der noch zu leistenden Militärdienstzeit betragen, d. h. maximal 2 Jahre. Die Ableistung soll in Teilstücken zu je 3-4 Monaten erfolgen.



Eine Postkartenaktion zugunsten der US-Golfkriegsdienstverweigerer hat das Military Counseling Network gestartet. Die vorbereiteten Postkarten – an Verteidigungsminister Cheney und den US-Botschafter in Bonn – können bestellt werden bei: MCN, Furtbachstr. 10, 7000 Stuttgart 10.

Mit einer gegenüber der bisherigen Praxis sogar noch höheren Gefängnisstrafe müssen allerdings all jene KDVer rechnen, die eine Anerkennung ihrer Gewissensgründe vor den Prüfungsgremien nicht erreichen und daher als „Drückeberger, Verweigerer aus Bequemlichkeit oder aus Angst vor Unterordnung“ diffamiert werden. Wer auch den Arbeitsdienst aus Gewissensgründen ablehnt, wird ebenfalls mit Gefängnis bestraft.

Eurotour '92

Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung, die Abschaffung aller Armeen und Zwangsdienste, das Recht auf Totalverweigerung und das Recht auf Kriegsteuerverweigerung – das sind die Ziele, deretwegen seit 1989 einmal jährlich die EUROTOUR organisiert wird. In diesem Jahr reisten die beteiligten KDVer von Wien nach Budapest. Im kommenden Jahr will man von der Schweiz nach Algerien fahren: Bern-

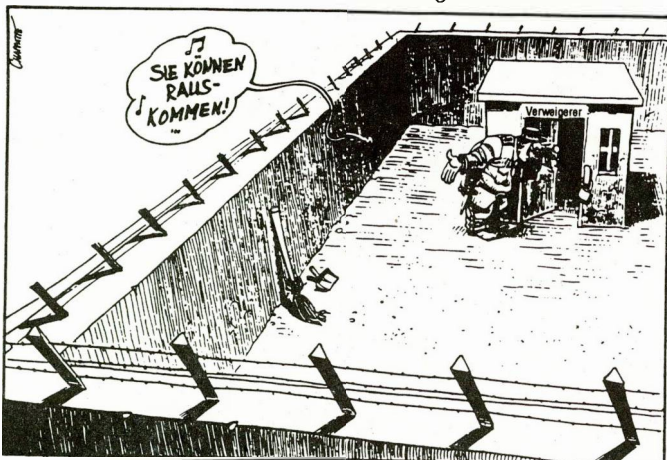
Genf-Lyon-Montpellier-Barcelona...

Wer mitfahren will, der melde sich bei:
Didier Coeurnelle,
Avenue de la Chasse 193,
B-1040 Brüssel/Belgien

Friedensdienste fordern Freiwilligengesetz

„Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) fordert Regierung und Parteien auf, die Freiwilligen-, Friedens- und Lerndienste insbesondere durch Schaffung eines Freiwilligengesetzes zu stärken.“ Dies beschloß die AGDF, ein Zusammenschluß von 23 gewaltfrei und christlich orientierten Organisationen für Friedensarbeit, insbesondere von Friedensdiensten, bei ihrer Mitgliederversammlung Ende September in Sievershausen.

Das Freiwilligengesetz solle einen eigenständigen Status für junge Frauen und Männer schaffen, die für eine bestimmte Zeit aufgrund einer eigenen Entscheidung einen persönlichen und gemeinnützigen Dienst im In- oder Ausland leisten. Der Freiwilligenstatus, der auch für längerfristige Dienste von Älteren von Bedeutung ist, sei in Unterscheidung zum Arbeitnehmerstatus erforderlich, um ihre bildungs- und gesellschaftspolitische Arbeit zu ermöglichen, z. B. um Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse zu erhalten und von der Steuerpflicht befreit zu werden. Zur finanziellen Unterstützung solcher Dienste sollten Mittel genutzt werden, die jetzt noch militärisch verplant sind („Friedensdividende“).

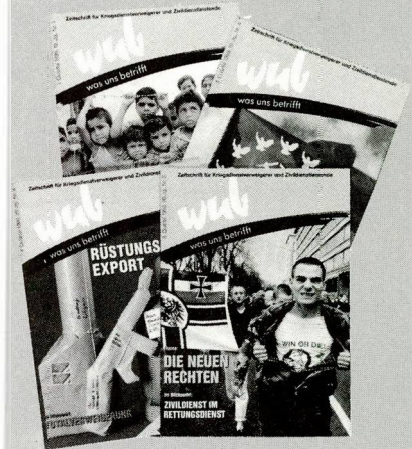


Aus: „Friedenszeitung“, Zürich

Dranbleiben! Mitreden!

wub

abonnieren!



Ein Jah
wub für DM 10

Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugesandt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,- (4 Hefte einschließlich Versand).

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Barbarossaplatz 4 · 5000 Köln 1

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

Preisträgerinnen des Aachener Friedenspreises 1991:



Die Frauen in schwarz

Die „Frauen in schwarz“ aus Israel.

Die Frauen stehen einfach da, ganz in schwarz gekleidet – und schweigen. Immer am Freitagnachmittag, immer von 2 bis 4. Seit Dezember 87 geht das so, seit dem Beginn der Intifada, dem palästinensischen Aufstand in den von Israel besetzten Gebieten. Etwa 300 Frauen insgesamt versuchen so in verschiedenen Städten Israels ihren Protest gegen die israelische Besatzer-Politik zum Ausdruck zu bringen. Ihre schwarzen Kleider symbolisieren die Trauer über die Opfer auf beiden Seiten, die Toten des israelischen und die des palästinensischen Volkes.

Mit der Verleihung der diesjährigen Auszeichnung an die israelischen Frauen am 2. September wollte der Verein „Aachener Friedenspreis“ seine „Anerkennung und Solidarität“ und seine „Sehnsucht nach Frieden“ in der Heimat der Frauen zum Ausdruck bringen. wub dokumentiert hier einige Auszüge aus der Dankesrede der „Frauen in schwarz“.

(...)

Wir protestieren gegen die Okkupation und die Formen, in denen sie zum Ausdruck kommt:

- Häusersprengungen, Ausweisung von Menschen aus dem Land, administrative Haft, kollektive Strafen, langandauernde Ausgangssperren, Tötung und Blutvergießen.

- Wir haben genug von der Selbstverständlichkeit der Brutalität, der Gewalt, des Stumpfsinnes und der moralischen Abnutzung in der Gesellschaft und von dem hohen wirtschaftlichen Preis, den jede von uns zu bezahlen hat.

Wir sind Frauen mit verschiedenen politischen Ansichten; doch der Aufruf „Stopp die Okkupation“ vereint uns. Wir verlangen von unserer Regierung, sofort und unverzüglich Friedensverhandlungen aufzunehmen.

Unsere Forderungen haben absolut keinen ab-

strakten Charakter. Ich zum Beispiel habe einen Sohn im Militärdienst, um den ich zittere. Und ich habe noch einen jüngeren Sohn, der diesen Weg noch vor sich hat. Neben mir in der Mahnwache steht Irene, die einen ihrer Söhne im Oktoberkrieg 1973 verlor. Eine andere Freundin von mir, die in der Mahnwache in Beer-Sheva steht, trauert um ihren Enkelsohn, der auch in einem der Kriege fiel.

Uns allen geht es so. Jede von uns hat entweder einen Vater, Bruder, Mann oder Sohn, Enkelsohn oder Freund, um den sie zittert oder um den sie trauert. Und wir alle haben Angst um unsere Kinder, die in eine Gesellschaft hineinwachsen, die immer stumpfsinniger gegenüber Leid und Menschenwürde, gegenüber Brutalität und Verletzungen der Menschenrechte wird.

Aber wir repräsentieren auch persönlich die tiefe Spaltung, die durch die israelische Gesellschaft geht. Neomi, Veronica und Anat sind religiöse Frauen, die unter dem Mißbrauch der jüdischen Religion für nationalistische Zwecke leiden. Veronicas Mann kommt zur Wache, um sein Einverständnis mit uns zu zeigen. Die Töchter von Neomi dagegen genießen sich, daß ihre Mutter dort mit uns steht. Lea ist es nur möglich, zur Mahnwache zu kommen, wenn ihr Mann außer Haus ist.

Mein Sohn, der beim Militär ist, vermeidet es, während der Mahnwache am Französischen Platz, auf dem wir unsere Jerusalemer Wache halten, vorbeizukommen, damit er mich nicht vor seinen Freunden grüßen muß. Und der andere Sohn von Irene äußert sich entschieden gegen unsere Mahnwache.

Und es sind unter uns die arabisch-palästinensischen Israelis. Was für die jüdischen Israelis eher eine atmosphärische Abnutzung von Werten ist, ist für die israelischen Araber das alltägliche Leben.

Es sind nicht nur rassistische und undemokratische Umgangsformen; es sind vor allem die von der Regierung eingeführten Maßnahmen, die die arabisch-palästinensischen Israelis zu Bürgern zweiten Ranges im eigenen Land machen. Und darüber hinaus wächst natürlich auch das Mitgefühl für die palästinensischen Brüder und Schwestern in den besetzten Gebieten, und die Solidarität mit ihnen bestimmt immer mehr ihr Verhalten innerhalb Israels. (...)

Uns wird im Land oft vorgeworfen, Feinde Israels zu sein. Wer wirft uns das vor? Sind etwa diejenigen, die in ihre Politik die kommenden Kriege miteinbauen, die richtigen Vertreter der israelischen Gesellschaft? Mit welchem Recht behaupten sie, daß gerade sie Israel, uns vertreten? Sie sagen, wir stünden außerhalb des Konsenses. Was ist aber dieser Konsens? Besagt er, daß die Politik der Besetzung, deren Konsequenz ein andauernder Kriegszustand mit unseren Nachbarn ist, unser wahres Interesse ist? Dabei ist der israelische Konsens, der die nationale Einheit über alles stellte, schon lange, spätestens im Libanonkrieg 1982, zerbrochen. Und die israelische Gesellschaft ist heute eine gesplittene Gesellschaft. Die Leute, die die Regierungspolitik unterstützen, wollen die Besetzung von fremdem Land und fremden Menschen verewigen. Dies aber bedeutet einen andauernden Krieg.

Für uns dagegen ist der Frieden nicht nur der höchste Wert, sondern auch das wahre, ja nationale Interesse Israels. Und für diesen Frieden stehen wir auf der Straße. Mit unseren wöchentlichen Mahnwachen wollen wir die israelische Öffentlichkeit auf die andauernde Okkupation aufmerksam machen. In der 24jährigen Besetzung von Land und Herrschaft über Menschen,



die uns dort nicht haben wollen, sehen wir eines der Haupthindernisse auf dem Weg zum Frieden in unserer Region. Darüber hinaus sehen wir Tag für Tag, wie dieser Zustand uns, die israelische Gesellschaft, immer weiter ruiniert. Wie Werte, die uns teuer waren und immer noch sind, ihren Platz frei machen für andere Werte, in denen wir eine Gefahr für die weitere Existenz unserer demokratischen Gesellschaft und unseres Landes sehen. Mit dieser Einsicht stehen wir nicht alleine da. Sie teilt die Hälfte der israelischen Bevölkerung mit uns; auch wenn viele nicht die Notwendigkeit einsehen, für ihre Überzeugung auf die Straße zu gehen. (...)

Als weiterer Preisträger wurde in diesem Jahr der Aachener Pfarrer Dr. Herbert Kaefer geehrt. Der katholische Theologe berät und begleitet seit 23 Jahren Kriegsdienstverweigerer und setzt sich außerdem engagiert und parteiisch für Obdachlose, Flüchtlinge und Asylbewerber ein.

BRIEFE

AN DIE WUB-REDAKTION

wub 3/91 – Kontrovers: „Die Einplanung für kriegswichtige Dienste verweigern?“

Hallo wub-Redaktion.

Mit regem Interesse habe ich wub-Kontrovers (wub 3/91) gelesen. Zugegeben ist es eine sehr heikle Sache, für eine Arbeitsniederlegung zu sein. Schließlich geht es um Menschen. Andererseits muß ich der Pro-Seite zustimmen, daß es sich nicht primär um Lebensrettung, sondern um Wiederherstellung von „Kanonenfutter“ handelt. Kurz, ich kann dieser Argumentationslinie weitgehend zustimmen.

Nun zu Dr. G. Beckstein. Mich erstaunt die Naivität bzw. die Ignoranz mit der hier Kriege mit Katastrophen gleichgesetzt werden. Wenn er sich die Mühe gemacht hätte, sich ein wenig mit Geschichte zu beschäftigen, wüßte er, daß Kriege keine Katastrophen sind. Kriege sind keine Naturereignisse, an denen Menschen unbeteiligt sind. Genau das aber wird suggeriert. Kriege werden geplant und provoziert. Sie haben ihre (irrationalen) Gründe. Waffenlieferung an Diktatoren ist einer von vielen.

Es ist richtig zu helfen. Hilfe kann aber nicht bedeuten, die Kriegsmaschine laufen zu lassen. Dr. Beckstein demonstriert in eindrucksvoller Weise, wie militarisiert das Denken ist, das Kriege als etwas Natürliches annimmt. Ein Streik aber führt diese innere militärische Logik/Planung ad absurdum. Es ist eine Möglichkeit, sich aus der Perversion des militaristischen Denkens auszuklammern.

Katastrophen sind tragisch. Krieg hingegen ist manipulierter Wahnsinn und dies ist vorsätzliche Menschenverachtung. Daher möchte ich mit einem Gandhi-Zitat schließen: Das Ziel kann nicht der Friede sein. Der Friede ist der Weg.

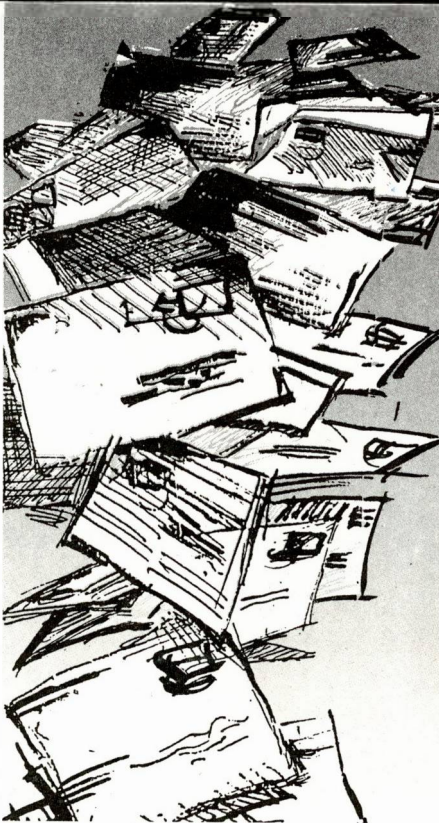
Andreas Strippel, ZDL, Niestetal

wub 3/91 – Kontrovers Streik aus Gewissen

Wie sehr die Zivilbevölkerung in die Militärmaschinerie eingeplant ist, wie notwendig das entsprechende Hinterland für kriegerische Konflikte ist, ist hinreichend bekannt, aber erschreckend genug.

Geradezu schauderlich ist, daß Menschen medizinische Hilfe nur ihrem Grad der Kriegstüchtigkeit und -fähigkeit entsprechend erhalten sollen. „Triage“ ist ein recht euphemistischer Begriff für angewandten Sozialdarwinismus im Kriegsfall. Demgegenüber erscheint die Mahnung des bayr. Staatssekretärs Beckstein an den hippokratischen Eid scheinheilig und lächerlich. Wenn die Wiederherstellung eines Patienten zu „Kriegsmaterial“ Vorrang vor der eigentlichen Prämisse hat, gerade den Schwerstverletzten und Schwerkranken zuerst und unbedingt zu helfen, so widerspricht gerade diese Vorgehensweise den Prinzipien des Hippokrates. Und diese Menschengeschichte ist sogar noch staatlich festgelegt und gewollt.

Es ist gut und begrüßenswert, daß Ärzte und Pflegepersonal bereits im Vorfeld eines Militäreinsatzes gegen diese Unmenschlichkeit protestieren, sich nicht für militärische Zwecke einspannen lassen



wollen und nicht gegen ihr Gewissen arbeiten wollen. Auch den Streik als Protestform und Verweigerung sehe ich in diesem Sinne als legitimiert an.

Traurig und ärgerlich ist nur, daß durch einen Streik, wie so oft, die Schwächsten, die Kranken, betroffenen sind, die eigentlichen Urheber – die Militärstrategen und -gesetzgeber – unberührt bleiben. Beruhigend und auch notwendig ist daher die Versorgung der Pflegefälle auch während des Streiks.

Die Stellungnahme von Staatssekretär Beckstein strotzt dagegen von Unterstellungen, Ermahnungen und weitausschweifenden Drohungen. Beckstein stellt den Krieg als quasi unvermeidbare Naturkatastrophe dar, gleichbedeutend einem Vulkanausbruch und verschweigt, daß Kriege als Mittel der Politik gewollt und geplant werden. Der unangenehme Nachgeschmack bleibt gerade nach dem Lesen seiner Worte, daß Herr Beckstein sich überhaupt nicht mit den Argumenten und Wissenskonflikten der Protestierenden auseinandergesetzt hat, daß er blind die von Militärs vorgegebenen Maßstäbe unabhängig von Gewissens- und Menschlichkeitsfragen diktiert hat.

Arroganz der Macht!

Mit freundlichen Grüßen an alle Kriegsdienstverweigerer

Thomas Friedrich, Weidhausen

Betr. wub: Anregung/Kritik/Lob

Ein paar Beispiele aus den Kommentaren zum letzten Preisrätsel

– „Kontrovers, kritisch, informativ... ich denke es spricht für wub, daß ich auf wub nach meinem Zivildienst nicht verzichten möchte.“

– „Bzgl. Beitrag über Kriegssteuerungsverweigerung: als Ergänzung wäre Bericht über alternative Geldanlagen wie bei EDCS od. Okobank denkbar: bei Bank oder Sparkasse oft auch Investierung in Waffen, Ungerechtigkeit, Umweltverschmutzung.“

– „Ich finde es herrlich, daß eine solche offizielle Zivi-Zeitung existiert, mit immer wieder interessanten Artikeln und Themen – auch, daß sie für Ex-ZDL erhältlich ist. Als Anregung schlage ich das Thema 'Theologie der Befreiung' vor.“

– „Die Themenauswahl in wub finde ich ganz o.k.! Ich hoffe, daß ihr auch in Zukunft nicht nur über zivildienstspezifische Themen schreibt, sondern auch weiterhin über gesellschaftspolitische, wie z. B. 'die neuen Rechten' etc.“

– „Macht weiter so – bitte verfolgt das Thema Steuerboykott weiter!“

– „wub hat mich der Kirche wieder näher gebracht und ist ein Beispiel dafür, wie sie Kontakt zur jungen Generation herstellen kann – durch Offenheit und Engagement.“

– „Nebenbei bemerkt...: Die von Euch besprochene Broschüre 'Wenn Christen den Kriegsdienst verweigern...' habe ich mir bei 24. DEKT im Markt der Möglichkeiten gekauft – ein sehr gutes Heft, das man nur wärmstens weiterempfehlen kann... genauso wie Eure wub. Macht weiter so!“

– „Vielseitig – auch für Frauen interessant!“

– „Nicht von meinen Steuern – hilfreicher Beitrag zu meinem Antrag beim Finanzamt, auch für Ex-Zivis informativ und wissenswert!“

– „Echt Duft! Macht doch öfter mal so'n geiles Kreuzworträtsel! Für die Unterhaltung – Danke!“

– „Dieses wub habe ich richtig gelesen (zum ersten Mal) und war positiv überrascht von Euren liberalen und provokativen Berichterstattungen und Meinungen.“

– „Also Lob: Mir fällt spontan nichts ein, was wesentlich verbessert werden müßte. Ihr macht Eure Arbeit recht gut.“

– Es ist mutig und bewundernswert, wie eindeutig wub zu brisanten Themen (z. B. FSI, wub 2/91) Stellung bezieht. Weiter so!“

– ...

Anmerkung der Redaktion:

Wir freuen uns sehr über Euer positives Feedback und danken allen, die uns – hoffentlich auch weiterhin – ihre Meinung über wub mitteilen.

Unsere Anschrift: wub-Redaktion, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1.

Buchpreise:

Das Lächeln des Esels: DM 19,80
Dimensionen des Golfkrieges: DM 7.–
Wehrdienst, KDV, Zivildienst: DM 7.–
Rüstung ohne Grenzen: DM 14.–
Gewaltfrei widerstehen: DM 2.–
Lieber bezahlter Wirt...: DM 1.–
Frieden '92: DM 9,80
Ars Regnandi: DM 69.–

RÜSTZEITEN/WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann

Sonderurlaub nach Leitfaden E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

BADEN

- 10.02.–14.02.1992 Oppenau/Schwarzwald: „Alternativen zur Gewalt – Aikido und Soziale Verteidigung“
 10.02.–14.02.1992 Oppenau/Schwarzwald: „Marktwirtschaft ohne Zins und Profitgier – Jesuanische Anstöße“
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Kurt Kern und Theodor Ziegler, Vorholzstr. 7, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 0721/168333

Auseinandersetzung mit anderen



NORDELBNIEN

- 10.02.–14.02.1992 Koppelsberg/Plön: „New Age – die große Hoffnung auf die große (Er)lösung“
 24.02.–28.02.1992 Koppelsberg/Plön: „Eine Woche Bürgermeister einer Kleinstadt“ Computer-Simulation (wissenschaftl. Begleitung)
 9.03.–13.03.1992 Koppelsberg/Plön: „Euthanasie – eine alte/neue Versuchung“
 23.03.–27.03.1992 Koppelsberg/Plön: „Gewaltfrei leben – zivil handeln“
 30.03.– 3.04.1992 Koppelsberg/Plön: „Ausländer raus! – über den destruktiven Charakter“
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/258881 und 2508990

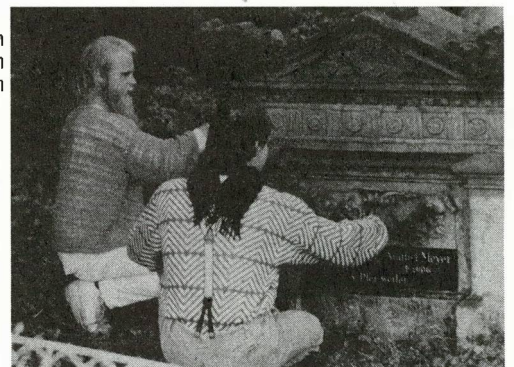
PFALZ

- 10.02.–14.02.1992 Bad Dürkheim: „Lebensträume – Lebenswirklichkeit“
 23.03.–27.03.1992 Ort offen: „Begegnungswerkwoche mit ZDL aus Anhalt (chem. DDR)“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 6720 Speyer, Tel. 06232/78238

BAYERN

- 20.01.–24.01.1992 Schwanberg: „Meditation“
 3.02.– 7.02.1992 Rothenburg: „Das war mein Zivildienst – war das alles?“
 17.02.–21.02.1992 Schwanberg: „Meditation“
 9.03.–13.03.1992 Josefstal-Schliersee: „Theater der Unterdrückten“
 9.03.–13.03.1992 Schwarzbach: „Mann sein zwischen Gewalt und Gewaltverzicht“
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Tel. 0911/4304-238

Spuren sichern auf jüdischen Friedhöfen



HANNOVER

- 24.02.–28.02.1992 Obernkirchen: „Positiver Umgang mit Konflikten“
 16.03.–20.03.1992 Spiekeroog: „Alter, Krankheit, Sterben“
 23.03.–27.03.1992 Obernkirchen: „Soziale Verteidigung“
Anmeldeformulare: Beauftragter der ev. luth. Landeskirche Hannover für KDV und ZDL im Amt für Gemeindedienst, Pastor Günther Reinboth, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/1241-468

HESSEN-NASSAU

- 20.01.–24.01.1992 Höchst/Odw.: „Gewaltfreies Handeln – die Ohnmacht überwinden“
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Hans-Jürgen Rojan, Kiesstr. 18, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/44088 od.44088

Musik machen und Feste feiern



RHEINLAND

- 3.02.– 7.02.1992 Radevormwald: „Mein Weg“
 10.02.–14.02.1992 Solingen-Ohligs: „Spiele für Frieden und Entwicklung“
 9.03.–13.03.1992 Radevormwald: „Planspiele zum gewaltfreien Handeln“
 23.03.–27.03.1992 Altenkirchen: „Entwicklungspolitik“
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Helmut Schlüter, Barbarossa-platz 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/244696

WESTFALEN

- 13.01.–17.01.1992 Villigst: „Psychiatrie“
 20.01.–25.01.1992 Villigst: „Gentechnologie“
 3.02.– 7.02.1992 Dortmund-Husen: „Theater“
 10.02.–14.02.1992 Villigst: „Antifaschismus“
 16.03.–20.03.1992 Bielefeld: „Südliches Afrika“
 23.03.–27.03.1992 Nordwalde: „Was hat mir der Zivildienst gebracht? Für ZDL kurz vor Ende ihrer Dienstzeit“
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Tel. 02304/755-230

WÜRTTEMBERG

- 3.02.– 7.03.1992 Tübingen: „Mit Konflikten leben. Konfliktlösungen im Großen und Kleinen“
 16.03.–20.03.1992 Freudental: „Zwischen allen Stühlen“ Für Vertrauensleute oder Zivisprecher
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/6368149

KURHESSEN-WALDECK

- 10.02.–14.02.1992 Hann. Münden: „Vollwerternährung und Ökologie“
 17.02.–21.02.1992 Eiberfeld: „Wer bin ich?“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Harleshäuser Str. 138, 3500 Kassel, Tel. 0561/62000

Gewissensprüfung

Die allermeisten wub-Leser haben sie hinter sich – die staatliche Gewissensprüfung. Um das Grundrecht auf KDV nach Art. 4 Abs. 3 GG in Anspruch nehmen zu können, muß man seine Entscheidung gegen das Töten im Krieg persönlich und ausführlich begründen. Viele tun sich dabei sehr schwer, zermartern ihr Gehirn über einem leeren Blatt und fragen sich, wie sich dieses eigentlich Selbstverständliche auch noch begründen läßt. (Sinnvollerweise wären doch diejenigen mit der Bereitschaft zum Töten bzw. diejenigen, die dazu verpflichtet, auf ihr Gewissen zu prüfen.)

Auf welche sittliche Normen und Wertvorstellungen, auf welche Persönlichkeiten soll ich mich da berufen? Und was ist **das** Gewissen wie soll ich das erklären, wenn sich selbst die Wissenschaftler darüber nicht einig sind? Jesus sagte einmal, daß sich alle Gesetze und ethischen Normen in einem Satz zusammenfassen lassen: „**Alles nun, was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!**“ (Matthäus-Evangelium Kap. 7, V 12)

Diese Regel ist so universal, daß sie auch die Goldene Regel genannt wird. Sie kommt übrigens (zumindest in ihrer negativen Fassung: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu!) in fast allen Kulturkreisen und Religionen vor, gewissermaßen eine globale Verhaltensregel. Um verantwortlich zu handeln, ist es nicht notwendig, erst einmal viele Gesetze zu studieren und alle möglichen Gewissensdefinitionen zu kennen, auch nicht religiös zu sein. Denn jede/r von uns weiß, was ihr/ihm gut tut, was sie/er von anderen erwartet und erhofft: Achtung, Akzeptanz, Toleranz, Geduld, Nachsicht, Güte, Liebe. Diese Erwartungen sollen Maßstab meines eigenen

Verhaltens sein, denn ich kann von anderen nicht mehr erwarten, als ich selbst zu geben bereit bin.

Während Gesetze von einem wie auch immer gearteten „oben“ kommen, will die Goldene Regel unser Bewußtsein als Mensch ansprechen. Sie macht deutlich: Leben ist nur im Miteinander und in gegenseitiger Verantwortung möglich. Ich erkenne mich als Leben, das leben will, inmitten von Leben, das auch leben will (Albert Schweitzer). So wie ich mich entfalten und verwirklichen will, so wollen es andere Menschen auch. So wie ich glücklich sein will, suchen andere Menschen – vielleicht auf andere Art und Weise – auch ihr Glück. So wie ich meine Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung, Wohnung und Arbeitsplatz gesichert haben möchte, so wollen es die anderen Menschen ebenfalls.

Die Goldene Regel ist jedoch nichts für kühle Rechner mit der Präferenz für das Zug-um-Zug-Geschäft nach dem Motto: Wie Du mir, so ich Dir. Wenn Jesus sagt, „alles was ihr wollt, daß Euch die Leute tun“, dann ruft er dazu auf, unser Verhalten nicht von der jeweiligen Gut- oder Böswilligkeit unserer Mitmenschen abhängig zu machen. Gefragt sind Menschen, die den ersten Schritt wagen, die auf Vorbedingungen verzichten.

Während die staatliche Gewissensprüfung für KDVer als Relikt des kalten Krieges besser heute als morgen gestrichen gehörte, kann Jesu Goldene Regel zur verantwortlichen Regulierung unseres Verhaltens in allen Lebensbereichen nicht genug an Bedeutung bekommen. Bei dieser Gewissensprüfung sind Prüfer und Geprüfter in einer Person vereint.

Theodor Ziegler

wub

was uns betrifft

ART

Diego Rivera (1886–1957)
„Las Casas schützt die Indianer“



Unser Bild ist ein Ausschnitt aus einem Wandgemälde, das im Nationalmuseum Mexiko Stadt zu sehen ist und die Geschichte der Eroberung Amerikas durch die Spanier zeigt: Ein erschütterndes Bilderbuch des Kampfes von Unterdrückern und Unterdrückten, mit Szenen der Ausbeutung und Versklavung der Indios, der Zerstörung ihrer Kultur durch die Inquisition. Der Maler Diego Rivera zeichnet aber nicht nur die zerstörerische Conquista, er zeigt auch die humanistische Gegenkraft gegen die Gewalt, in der Person des Dominikaners Bartholomäus de Las Casas. Der Mönch legt in unserem Bild seine Hand schützend auf einen Indio und hält dem Eroberer Cortez, der in einer Hand eine Peitsche hält, das Kreuz entgegen – Gott steht auf der Seite der Opfer. Las Casas war als Kleriker selber Sklavenbesitzer in Hispaniola, dem heutigen Haiti und der Dominikanischen Republik. 1514 verweigerte ihm ein Dominikanerpater gar die Kommunion, weil er seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Indianern nicht nachgekommen war. Aber später wurde Las Casas zu einem der wenigen Verteidiger der Indianer. Auslöser für seine Bekehrung war ein biblischer Text (Jesus Sirach 34) mit folgendem Wortlaut: „Das mit Schweiß verdiente Brot wegnehmen ist gleich seinen Nächsten umbringen. Den Nächsten morden, wer ihm den Unterhalt nimmt.“ Las Casas begann über Elend und Sklaverei der Indianer nachzudenken und entdeckte, daß die Triebfeder für dieses Verbrechen die Gier nach Gold ist. Der Genozid an den Indianern geschah nicht im Namen des Kreuzes, sondern im Namen des Goldes. Las Casas notierte: „Die einzige und wahre Grundursache, warum die Christen so eine ungeheure Menge schuldloser Men-

schen ermordeten und zugrunderrichteten, war bloß dieses, daß sie ihr Gold in ihre Gewalt zu bekommen suchten. Es geschah, daß ein Häuptling alle seine Leute zusammenrief, jeder sollte an Gold mitbringen was er hatte, alles sollte dann zusammengelegt werden und er sagte zu seinen Indianern: 'Kommt Freunde, das ist der Gott der Christen. Fahrt auf das Meer da, werft es hinein, wenn sie dann erfahren, daß sie ihren Gott nicht mehr haben, werden sie uns in Ruhe lassen.'“

Las Casas streckt das Kreuz des Gottes der Befreiung dem Götzen Gold und seinen Helfershelfern entgegen. Nicht die Indios müssen zivilisiert werden, sondern die goldgierigen spanischen Ausbeuter. Die christlichen Spanier sind die Barbaren, die bekehrt werden müssen. Im Bild zählt gierig ein Bankier des Todes das Gold, das er einem Indianer, der erstochen am Boden liegt, abgenommen hat. 500 Jahre Geschichte der Entdeckung Amerikas sind 500 Jahre Geschichte der Ausbeutung, der Eroberung, des Schmerzes und Leides. Die Eroberung Amerikas knüpfte an die Traditionen der Kreuzzüge an. Sie wurde damals in Spanien als Belohnung Gottes für die gleichzeitig stattfindende Vertreibung von Juden und Moslems verstanden.

Diego Rivera verkehrte als junger Mann in Europa mit Picasso, Mondrian und Modigliani; er ist einer der Initiatoren der mexikanischen Wandmalereibewegung, die sich nach der mexikanischen Revolution von 1910–1917 entwickelte. Diego Rivera hat im Stil des „volkstümlichen Realismus“ 23 große Wandbilder (darunter ein transportables Wandbild „Alptraum des Krieges und Traum vom Frieden“, 1952), 3000 Ölgemälde und 25000 Zeichnungen gemalt. Harald Wagner